

Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung 1933—1945

Grundlagen und Materialien

Mit Beiträgen von

Manfred Geis, Margrit Grubmüller, Ulrich Henke, Susanne
Miller, Detlev Peukert, Horst Schmidt, Klaus Schönhoven
und Ulrich Schüren

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung :

1933—1945 ; Grundlagen und Materialien /

[Manfred Geis . . . Mitglieder d. Projektgruppe

Albert Borgerding . . .].

— Bonn : Verlag Neue Gesellschaft, 1982 —

ISBN 3-87831-358-6

NE : Geis, Manfred [Mitverf.] ; Friedrich-Ebert-Stiftung

Mitarbeiter der Projektgruppe:

Albert Borgerding

Manfred Geis

Margrit Grubmüller

Ulrich Henke

Susanne Müller

Detlev Peukert

Horst Schmidt

Klaus Schönhoven

Ulrich Schüren

ISBN 3-87831-358-6

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149, D-5300 Bonn 2

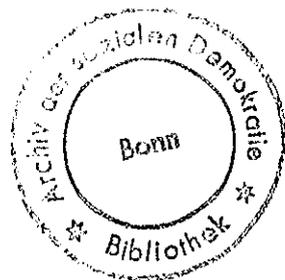
© 1982 bei Verlag Neue Gesellschaft GmbH

Godesberger Allee 143, D-5300 Bonn 2

Alle Rechte vorbehalten

Herstellung: satz + druck gmbh, Düsseldorf

Printed in Germany 1982



Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Bundeszentrale für politische Bildung	11
Vorwort der Friedrich-Ebert-Stiftung	15
Einführung	17
Verzeichnis der Abkürzungen	29
Baustein A	
Klaus Schönhoven	
Geschichtliche Voraussetzungen für den Aufstieg des Nationalsozialismus	31
Problemaufriß	32
Lernziele	32
Schwerpunkte	33
A I Die Weimarer Republik — eine gefährdete Demokratie	35
Lernzielorientierte Zusammenfassung	35
Leitfragen	35
Darstellung	36
A II Weltanschauung, Wirkungsweise und Anhängerschaft des Nationalsozialismus	46
Lernzielorientierte Zusammenfassung	46
Leitfragen	46
Darstellung	46
A III Sozialdemokratie und Kommunismus in der Krise der Weimarer Republik	52
Lernzielorientierte Zusammenfassung	52
Leitfragen	52
Darstellung	52
Methodisch-didaktische Hinweise	61
Literaturhinweise	65
Verzeichnis der Dokumente	66
Dokumente	67

Baustein B

Ulrich Schüren	
Rahmenbedingungen für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus	125
Problemaufriß	126
Lernziele	126
Schwerpunkte	127
B I Gleichschaltung und Anpassung	129
Lernzielorientierte Zusammenfassung	129
Leitfragen	129
Darstellung	130
B II Terror und Verfolgung	137
Lernzielorientierte Zusammenfassung	137
Leitfragen	137
Darstellung	137
B III Veränderung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft	143
Lernzielorientierte Zusammenfassung	143
Leitfragen	143
Darstellung	143
B IV Außenpolitische Erfolge und innenpolitische Konsolidierung des Regimes	149
Lernzielorientierte Zusammenfassung	149
Leitfragen	149
Darstellung	150
Methodisch-didaktische Hinweise	154
Filmpfehlungen	157
Literaturhinweise	158
Verzeichnis der Dokumente	159
Dokumente	161

Baustein C

Detlev Peukert	
Arbeiterwiderstand — Formen und Wirkungsmöglichkeiten	215
Problemaufriß	216
Lernziele	216
Schwerpunkte	217

C I Selbstbehauptungsversuche der Arbeiterorganisationen	218
Lernzielorientierte Zusammenfassung	218
Leitfragen	218
Darstellung	218
C II Alltagskonflikte und spontane Opposition	225
Lernzielorientierte Zusammenfassung	225
Leitfragen	225
Darstellung	225
C III Der 20. Juli 1944: Regimekrise und Eingreifchance des Arbeiterwiderstandes	228
Lernzielorientierte Zusammenfassung	228
Leitfragen	228
Darstellung	228
Methodisch-didaktische Hinweise	232
Anhang zu den methodisch-didaktischen Hinweisen	240
Filmpfehlungen	243
Literaturhinweise	244
Verzeichnis der Dokumente	245
Dokumente	247

Baustein D

Margrit Grubmüller	
Widerstand, Solidarität und Zusammenarbeit in Konzentrationslagern	365
Problemaufriß	366
Lernziele	366
Schwerpunkte	367
D I Die Funktion der Konzentrationslager im NS-Staat	368
Lernzielorientierte Zusammenfassung	368
Leitfragen	368
Darstellung	369
D II Widerstand im Konzentrationslager	373
Lernzielorientierte Zusammenfassung	373
Leitfragen	373
Darstellung	373

Methodisch-didaktische Hinweise	379
Filmempfehlungen	380
Literaturhinweise	381
Verzeichnis der Dokumente	382
Dokumente	383

Baustein E

Susanne Miller

Rahmenbedingungen für das politische Wirken im Exil	451
---	-----

Problemaufriß	452
Lernziele	452
Schwerpunkte	453

E I Zur Verwendung der Begriffe	454
Lernzielorientierte Zusammenfassung	454
Leitfragen	454
Darstellung	454

E II Internationale Politik und Nationalsozialismus	456
Lernzielorientierte Zusammenfassung	456
Leitfragen	456
Darstellung	457

E III Wer wurde politischer Flüchtling?	463
Lernzielorientierte Zusammenfassung	463
Leitfragen	463
Darstellung	463

E IV Das Leben politischer Flüchtlinge im Exil 1933—1939	468
Lernzielorientierte Zusammenfassung	468
Leitfragen	468
Darstellung	468

E V Die Flüchtlinge und der Zweite Weltkrieg	476
Lernzielorientierte Zusammenfassung	476
Leitfragen	476
Darstellung	476

Methodisch-didaktische Hinweise	481
Literaturhinweise	483
Verzeichnis der Dokumente	484
Dokumente	485

Baustein F

Manfred Geis

Politik aus dem Exil — Widerstand gegen das nationalsozialistische Deutschland	525
--	-----

Problemaufriß	526
Lernziele	527
Schwerpunkte	529

F I Politische Organisation und Aktivitäten im Exil	530
Lernzielorientierte Zusammenfassung	530
Leitfragen	530
Darstellung	531

F II Politische Differenzen und Programmatik im Exil	541
Lernzielorientierte Zusammenfassung	541
Leitfragen	541
Darstellung	541

F III Exil im Krieg und Pläne für ein demokratisch-sozialistisches Deutschland	545
Lernzielorientierte Zusammenfassung	545
Leitfragen	545
Darstellung	546

Methodisch-didaktische Hinweise	550
Filmempfehlungen	553
Literaturhinweise	554
Verzeichnis der Dokumente	555
Dokumente	558

Baustein G

Ulrich Henke/ Horst Schmidt

Die Aufarbeitung des Widerstands von 1945 bis heute	649
---	-----

Problemaufriß	650
Lernziele	650
Schwerpunkte	651

G I Bedeutung von Widerstand und Exil für das Nachkriegsdeutschland	652
Lernzielorientierte Zusammenfassung	652
Leitfragen	652
Darstellung	653

G II	Aufarbeitung von Exil und Widerstand	661
	Lernzielorientierte Zusammenfassung	661
	Leitfragen	661
	Darstellung	661
G III	Bedeutung des Widerstands für uns heute	665
	Lernzielorientierte Zusammenfassung	665
	Leitfragen	665
	Darstellung	666
	Methodisch-didaktische Hinweise	672
	Literaturhinweise	677
	Verzeichnis der Dokumente	678
	Dokumente	679
Margrit Grubmüller/Ulrich Henke	Seminarvorschlag	741
Filme zum Thema Nationalsozialismus — Widerstand — Neonazismus in der Bundesrepublik		747
Anschriften von Verteilerstellen		764
Kurzlebensläufe		767

Vorwort I

Seit 1973 fördert die Bundeszentrale für politische Bildung Curriculumprojekte mit dem Ziel, die politische Erwachsenenbildung durch den Aufbau strukturierter und thematischer Lernmaterialien effizienter und transparenter zu gestalten. Erste Anstöße dazu gaben die Richtlinien des Bildungsgesamtplans der Bund-Länder-Kommission vom Juni 1973 und der 2. Kongreß für politische Bildung vom Februar 1973, der in seinen Arbeitsberichten feststellte: „Bildungspolitisch ist darauf zu achten, daß die Entwicklung der Curricula durch interessierte Trägerorganisationen im Zusammenhang mit wissenschaftlichen Institutionen erfolgt. Das Ergebnis ist nicht in einem einzigen, allgemein verbindlichen Curriculum, sondern in einer Vielzahl konkurrierender Angebote zu sehen, die teils im Baukastensystem zu ergänzen sind, in anderen Bereichen aber auch unvereinbar kontrovers bleiben“.

Diese Empfehlung und die grundsätzliche Bereitschaft der Bundeszentrale und einiger Landeszentralen für politische Bildung, Förderungsmitel bereitzustellen, ermutigten einzelne Bildungsträger, das problemreiche Neuland curricularer Entwicklung zu betreten. Von seiten der Bundeszentrale für politische Bildung wurde dafür Sorge getragen, daß die Gesamtheit aller Projekte politische und weltanschauliche Ausgewogenheit widerspiegelt. Das plurale Spektrum der Bildungsträger zeigt sich in den folgenden Curriculumprojekten, die bereits abgeschlossen oder noch in Arbeit sind:

— Gewerkschaften und Mitbestimmung	Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)	Veröffentlicht: Oktober 1977 (vergriffen)
— Gestalt, Standort und Funktion der Familie in der Gesellschaft	Arbeitsgemeinsch. kath.-soz. Bildungswerke (AKSB)	Veröffentlicht: März 1978 (vergriffen)
— Bildungspolitik als Gegenstand polit. Bildung	Leiterkreis der evangelischen Akademien in Deutschland (LEAD)	Veröffentlicht: März 1978 (vergriffen)
— Kommunale Politik	Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)	Veröffentlicht: Dezember 1978 (vergriffen)
— Wirtschaft, Staat, Gesellschaft	Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)	Veröffentlicht: Dezember 1978 (vergriffen)
— Lernen in Bürgerinitiativen	Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS)	Veröffentlicht: 1979 (vergriffen)
— Weiterbildung zur Sekretärin	Deutscher Volkshochschul-Verband (DVV)	Veröffentlicht: 1979 (vergriffen)

— Europäische Integration	Institut für europäische Politik (IEP)	Veröffentlicht: 1979 (vergriffen)
— Soziale Marktwirtschaft	Institut der deutschen Wirtschaft (IW)	Veröffentlicht: 1980 (vergriffen)
— Sicherheit und Gesellschaft	Deutscher Bundeswehr-Verband (DBwV)	Veröffentlicht: 1980
— Demokratie und Recht	Hanns-Seidel-Stiftung (HSS)	Veröffentlicht 1981
— Arbeiterbildung — Lebenslage und Interessen abhängig Beschäftigter	Arbeit und Leben (A.u.L.)	Veröffentlicht: 1980
— Schulmitwirkung und Schulalltag	Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke (ADB)	Veröffentlicht: 1981
— Der öffentliche Dienst in der Bundesrepublik Deutschland	Bildungs- und Sozialwerk des Deutschen Beamtenbundes (BiSoWe)	Veröffentlicht: 1981
— Dritte Welt und Entwicklungspolitik	Institut für Intern. Begegnungen (IIB)	Abschluß: 1982
— Exil und Widerstand der deutschen Arbeiterbewegung im Dritten Reich	Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)	liegt mit diesem Band vor
— Gleichberechtigung	Friedrich-Naumann-Stiftung	Abschluß: 1982
— Veränderung von Werten und Normen im ländlichen Bereich	Arbeitsgemeinschaft kath.-soz. Bildungswerke (AKSB)	Abschluß: 1981
— Europäische Erwachsenenbildung	Institut für Europäische Politik (IEP)	Abschluß: 1982
— Geschichte der christl.-demokratischen Bewegungen in Deutschland	Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)	Abschluß: 1982
— Die Weimarer Republik — erste deutsche Demokratie und Entstehungsfeld des Nationalsozialismus	Internationaler Arbeitskreis Sonnenberg (IAS)	Abschluß: 1982
— Geschichte der Arbeiterbewegung	Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)	Abschluß: 1982
— Geschichte der Bundesrepublik Deutschland	Akademie für polit. Bildung, Tutzing	Abschluß: 1982

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat aus prinzipiellen und haushaltsmäßigen Gründen nicht die volle Förderung der Projekte übernommen. Die Übernahme eines Projektes brachte deshalb auch erhebliche finanzielle, personelle und organisatorische Belastungen für den jeweiligen Bildungsträger, der darüber hinaus die Verantwortung für Organisation, Ablauf und Ergebnis der inhaltlichen Arbeiten trägt. Die Vorteile liegen eindeutig in den neugewonnenen Erfahrungen und Erkenntnissen aus der Curriculumarbeit anhand eines zentralen Themas der politischen Bildung.

Aufbauend auf jahrelangen Erfahrungen, die die verschiedenen Bildungsträger auf bestimmten thematischen Feldern in zahlreichen Seminaren gesammelt haben, stellen die Projekte in der politischen Erwachsenenbildung ein Novum dar, da durch sie der Versuch unternommen wird, zentrale Themen der politischen Bildungsarbeit trägerspezifisch, d. h. vom jeweiligen politischen oder weltanschaulichen Standort her, didaktisch aufzuarbeiten. Dadurch werden die Projektträger herausgefordert, ihre eigene Bildungspraxis zu untersuchen. Politische Bildung wird so für alle am Lernprozeß Beteiligten transparent und überprüfbar. Durch die Legitimationsversuche der politischen und weltanschaulichen Zielsetzungen in einem begrenzten thematischen Rahmen erhält die Formel „Lernzielautonomie“ der Bildungsträger eine inhaltliche Füllung. Das ist ein Politikum und eine neue politisch-qualitative Dimension für die Praxis der politischen Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik Deutschland.

Im Frühjahr 1982 wird das Projekt im Rahmen eines Fortbildungsseminars der Bundeszentrale für politische Bildung den Bildungsträgern vorgestellt.

Die Bundeszentrale für politische Bildung, die die Entwicklung des vorliegenden Projektes finanziell unterstützt hat und in der Projekt- und Trägergruppe vertreten war, dankt allen, die mitgearbeitet und inhaltliche, politische und finanzielle Verantwortung getragen haben.

Durch die Konkurrenz der verschiedenen Projekte wird sich zeigen, welche Impulse das vorliegende Projekt auslösen wird. Mit der Veröffentlichung fällt der Bundeszentrale für politische Bildung die alle Projekte umfassende Aufgabe zu, bildungspolitische Impulse festzustellen und die Effizienz der verschiedenen Projekte für die politische Erwachsenenbildung kritisch zu überprüfen.

Auf die hohen Erwartungen der ersten Jahre schauen wir heute zwar mit einer gewissen Ernüchterung zurück, aber auch in der Erkenntnis, daß es keine überzeugende Alternative gibt und daß die Ergebnisse brauchbare Lernmaterialien für die politische Bildungspraxis darstellen. Zu dieser Überzeugung ist auch der wissenschaftliche Beirat der Bundeszentrale für politische Bildung gelangt, der in den modifizierten Förderungsgrundsätzen für die Entwicklung von Curricula feststellte, daß — Curriculumarbeit auch in Zukunft unentbehrlich für die politische Bildung ist;

- Curricula der Vermittlung der Fähigkeit dienen, Aussagen rational zu überprüfen, zu einem sachlichen Urteil und zu einer selbständigen Stellungnahme zu gelangen;
- durch optimale Kooperation aller am Projekt Beteiligten Standpunktlosigkeit und Verabsolutierung des eigenen Standpunkts vermieden werden sollen;
- durch Veröffentlichung der Ergebnisse eine trägerübergreifende Wirkung erzielt werden kann.

Bundeszentrale
für politische Bildung

Vorwort II

Dieses Curriculum befaßt sich mit Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung, vor allem der Parteien und Organisationen des demokratischen Sozialismus, während der nationalsozialistischen Herrschaft. Es wurde im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung von einer Projektgruppe erarbeitet und von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert. Der Projektgruppe gehörten Historiker und Sozialwissenschaftler an, die in der Forschung und Lehre, in der Erwachsenenbildung und im Schulunterricht tätig sind.

Dem Thema des Curriculums hat sich die Friedrich-Ebert-Stiftung schon seit langem gewidmet, betrifft es doch die Tradition, in der sie selbst steht. Ihr Forschungsinstitut hat über den Widerstand eingehende Lokaltstudien veröffentlicht, die der Geschichtswissenschaft Impulse gaben. Ihr „Archiv der sozialen Demokratie“ bewahrt eine Fülle von Materialien auf, die für die gegenwärtige und künftige Widerstandsforschung unentbehrlich sind. Sie bilden auch den Hauptbestand einer Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung, „Widerstand 1933—1945. Sozialdemokraten und Gewerkschafter gegen Hitler“, die bereits in mehreren Städten gezeigt wurde und große Resonanz fand.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltet seit einigen Jahren Seminare über Widerstand und Exil, bei denen Frauen und Männer — meistens aus der Arbeitsgemeinschaft politisch verfolgter Sozialdemokraten — mitwirken, die aus eigenem Erleben berichten. Die in diesen Seminaren gewonnenen Erfahrungen haben die Erstellung des Curriculums ange-regt und wurden bei seiner Konzipierung, insbesondere in den didaktischen Hinweisen, ausgewertet.

Das Curriculum wendet sich nicht an eine bestimmte Zielgruppe. Es soll von allen in der politischen Bildung im weitesten Sinne Tätigen herangezogen werden können. Die vorgelegten Darstellungen und Dokumente ergänzen das im Bewußtsein breiter Kreise bestehende Geschichtsbild durch bisher weithin unbeachtet gebliebene Züge und verändern manche seiner Konturen. Wir hoffen, daß die Vermittlung des Sachgehalts dieses Curriculums in den angebotenen, vielfältigen und variablen Formen dazu beitragen wird, das Interesse an einer engagierten Ausein-andersetzung mit diesem Teil der deutschen Vergangenheit zu wecken und zu vertiefen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung dankt der Projektgruppe und der Bundeszentrale für politische Bildung für die gute Zusammenarbeit.

Bonn, im Juli 1981

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Dr. Günther Grunwald
Geschäftsführer
und Mitglied des Vorstandes

Siegbert Heid
Leiter der Abteilung politische Bildung

Einführung

1

Die Frage, auf welche Traditionen sich die Bundesrepublik Deutschland insgesamt und die in ihr wirkenden Institutionen im besonderen berufen können, wirft eine Fülle schwieriger und komplexer Probleme auf, die mit der Beurteilung der Wege und Irrwege der deutschen Geschichte zusammenhängen. Auch wenn man nach den Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung und ihren bedeutendsten Organisationen, der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, fragt, muß man divergierende Strömungen, Theorien, Methoden und Zielsetzungen sowie das faktische Verhalten ihrer Träger und führenden Repräsentanten berücksichtigen und bewerten. Diese differenzierende Betrachtungsweise der deutschen Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zur Gegenwart läßt aber auch eine Kontinuität fundamentaler Überzeugungen und Ideen, die ihr Selbstverständnis und ihr Erscheinungsbild prägten, erkennen. Zu dieser Kontinuität gehört der Widerstand, den Frauen und Männer aus ihren Reihen gegen den Nationalsozialismus geleistet haben. Sie verteidigten Menschenrechte und Humanität gegenüber einem verbrecherischen und menschenverachtenden Regime.

Der Widerstand aus der Arbeiterbewegung setzte sofort nach dem Machtantritt der NS-Herrschaft ein und hat ungeheure Opfer gekostet. Von 1933 bis 1939 waren es vor allem Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftler, die als politische Feinde des NS-Staates verfolgt, gefoltert, in Konzentrationslager geworfen und ermordet wurden. In der Gegnerschaft zum nationalsozialistischen Terrorregime waren sich trotz sonstiger Differenzen und Gegensätze alle Gruppen des Arbeiterwiderstandes einig.

In der Aufarbeitung des Arbeiterwiderstands, wie im Geschichtsverständnis generell, zeigen sich sehr deutliche Unterschiede zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Der DDR dient er als eine Legitimation des dort bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Systems. Daher wurde der Arbeiterwiderstand von Anfang an wissenschaftlich erforscht, die Erinnerung an ihn durch den Schulunterricht, die Literatur, Medien, Gedenkstätten, Museen, wachgehalten. Im kommunistischen Herrschafts- und Einflußbereich — zu letzterem sind auch einige Verlage in der Bundesrepublik und in anderen westlichen Ländern zu zählen — wird allerdings der Anteil der Kommunisten am Widerstand unter Vernachlässigung anderer Gruppen überbetont und unkritisch heroisiert. Hingegen wurde der Arbeiterwiderstand in den westlichen Besatzungszonen und danach in der Bundesrepublik lange Zeit kaum beachtet. Dies ist schon deshalb schwer zu verstehen, weil Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu den wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Kräf-

ten des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg gehörten und viele ihrer Repräsentanten aktiv am Widerstand gegen den Nationalsozialismus teilgenommen hatten. So bestand der im Mai 1946 gewählte Vorstand der SPD zum überwiegenden Teil aus Frauen und Männern, die wegen ihrer Widerstandstätigkeit in Gefängnisse und Konzentrationslager gesperrt worden waren oder diesem Schicksal nur durch Flucht ins Exil entgehen konnten und von dort aus den Kampf gegen das NS-Regime fortsetzten. Kurt Schumacher, der Vorsitzende der SPD, war fast elf Jahre lang Gefangener in Konzentrationslagern; er wurde zur bekanntesten und von vielen verehrten Symbolgestalt des „anderen Deutschland“, das bis zur äußersten Konsequenz in Opposition zum Hitler-Staat gestanden und dessen Gegenpol gebildet hat. Aber die Tendenz, die bereits bei den ersten Kommunal- und Länderwahlen der Westzonen sichtbar geworden war, setzte sich bei der Bundestagswahl vom September 1949 und in den folgenden Jahren voll durch: Die Bundesregierung wurde nicht von der Partei Kurt Schumachers, sondern von den Unionsparteien unter Führung Konrad Adenauers und deren Koalitionspartnern gebildet. Das Klima in der Bundesrepublik war bestimmt von ihrem wirtschaftlichen Aufschwung und ihrer internationalen Bedeutung als Vorposten im „Kalten Krieg“ zwischen dem an den USA orientierten Westen und dem in der sowjetischen Einflußsphäre liegenden Osten. Es war für eine Benennung auf den Arbeiterwiderstand und seine Behandlung in der politischen Öffentlichkeit, in der Wissenschaft, in Unterricht und Bildung, in der Literatur und in den Medien lange Zeit alles andere als günstig. Soweit man überhaupt des Widerstands gedachte, bildeten die Ereignisse und Personen des gescheiterten Aufstandsversuchs vom 20. Juli 1944, die Haltung der Kirchen und allenfalls die Gruppe „Weiße Rose“ den Gegenstand von Forschung, Würdigung und Auseinandersetzung. Hinzu kam die Tatsache, daß selbst diejenigen Beteiligten am Arbeiterwiderstand, die in der Bundesrepublik als Partei- und Gewerkschaftsvorsitzende, Ministerpräsidenten, Oberbürgermeister, Parlamentarier und in anderen Funktionen Ansehen und Einfluß besaßen, sich nur höchst selten, viele sogar nie, in der Öffentlichkeit über ihre Widerstandstätigkeit äußerten. Sie widmeten sich den Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft — die Erinnerung an die NS-Zeit war für die meisten durch seelische und physische Leiden so stark belastet, daß sie nach Möglichkeit zurückgedrängt wurde.

Seit einigen Jahren ist in der Bundesrepublik im Verhältnis zur Widerstandsbewegung ein Wandel eingetreten, für den der Titel einer mehrteiligen Fernsehsendung kennzeichnend ist: „Es gab nicht nur den 20. Juli“. Die Geschichtswissenschaft ebenso wie die Medien widmen sich zunehmend dem Widerstand „von unten“. In der SPD wurde, vor allem dank der Initiative des ehemaligen Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bayern, Ludwig Linsert, die Tätigkeit der „Arbeitsgemeinschaft politisch verfolgter Sozialdemokraten“ intensiviert. In Seminaren und anderen Veranstaltungen der politischen Bildung, die sich mit

dem von demokratischen Sozialisten in der NS-Zeit geleisteten Widerstand beachäftigten, läßt sich ein starkes, engagiertes Interesse an dieser Thematik bei Teilnehmern unterschiedlicher Altersgruppen, Berufe und Vorbildung feststellen. Es war vor allem diese Erfahrung, die den Anstoß zur Erstellung des vorliegenden Curriculums gab. Denn obwohl die Zahl der Monographien über den Widerstand wächst, fehlt eine didaktisch aufbereitete, die verschiedenen relevanten Aspekte zusammenfassende Veröffentlichung¹. Das vorliegende Curriculum versucht, diese Lücke zu schließen.

Auf einige grundlegende Schwierigkeiten bei der Behandlung des Arbeiterwiderstandes in der politischen Bildung sei von vornherein hingewiesen. Sie sind im wesentlichen auf die Tatsache zurückzuführen, daß sich Menschen, die nie unter einer Diktatur gelebt haben, trotz eingehender sachlicher Information kaum in die Bedingungen hineinendenken können, unter denen der Kampf gegen das NS-Regime geführt werden mußte. Daher werden für viele die konspirativen Methoden dieses Kampfes ebenso schwer verständlich sein wie seine Beschränkung auf heute harmlos erscheinende Mittel — daß Menschen z. B. durch die Weitergabe eines antinazistischen Flugblatts oder durch das Abhören eines ausländischen Senders Freiheit und Leben aufs Spiel setzten, wird vielen unbegreiflich erscheinen. Mit der Unvergleichlichkeit einer Unrechtsherrschaft mit einem Rechtsstaat hängt auch die Problematik bei der Verwendung von Begriffen zusammen: Arbeiterwiderstand war „illegale Arbeit“ und seine Träger bezeichneten sich selbst als „illegale“; dabei waren es diese „illegale“ Menschen, die unter rechtsstaatlichen Verhältnissen die Gesetze geachtet haben und in deren Rahmen politisch tätig waren. Eine gewisse Verwirrung bei Teilnehmern von Veranstaltungen über den Arbeiterwiderstand mag auch dadurch hervorgerufen werden, daß es sich in dem Curriculum nicht vermeiden ließ, die von den nationalsozialistischen Machthabern benutzte Terminologie zu verwenden: Sie verhängten die „Todesstrafe“, wenn sie Menschen von einer willfährigen Justiz oder ihren SS-Schergen kaltblütig ermorden ließen; sie verfügten die „Einweisung“ mißliebiger Personen als „Häftlinge“ in Konzentrationslager, wenn sie sie als jeder Willkür ausgelieferte Gefangene jahrelang einsperrten, quälten, Zwangsarbeit verrichten ließen und umbrachten. Ein Eingehen auf die Gründe für die Perversion der Begriffe unter der NS-Herrschaft ist in Veranstaltungen der politischen Bildung unerlässlich, um die wahren Sachverhalte und die nationalsozialistischen Methoden ihrer Verschleierung zu erfassen.

Ein fundamentales Problem bleibt die Frage, ob der Arbeiterwiderstand in Anbetracht seiner Erfolglosigkeit und der Opfer, die er gefordert hat,

¹ Zur ersten Orientierung seien empfohlen: K. D. Bracher: Die deutsche Diktatur 6. Aufl. Berlin 1979 (Ullstein-Buch 35002). — M. Broszat: Der Staat Hitlers, 4. Aufl. München 1979 (dtv 4009). — C. Kleßmann/F. Pingel (Hg): Gegner des Nationalsozialismus. Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach historischer Wirklichkeit, Frankfurt/New York 1980. — G. v. Roon: Widerstand im Dritten Reich, München 1979

überhaupt einen Sinn gehabt habe. Sie läßt sich wohl nur mit dem Hinweis auf den Sinn beantworten, den die Frauen und Männer des Arbeiterwiderstandes ihrem eigenen Entschluß gaben, der nicht nur ein politischer, sondern immer auch ein moralischer war. Über die Erörterung dieser Frage hinaus muß diskutiert werden, welche Verpflichtungen sich aus der historischen Tatsache des Widerstandes für die Gegenwart ergeben.

II

Politisch-historische Bildung ist notwendiger Bestandteil der Erwachsenenbildung. Doch klaffen programmatische Absichtserklärungen und Realisierung sowie Realisierung und didaktische Forschung weit auseinander. Weder die wissenschaftlichen Vertreter der Geschichtsdidaktik, die sich seit jüngster Zeit mit der außerschulischen Entwicklung des Geschichtsbewußtseins beschäftigen, noch die Erwachsenenbildner haben dies als Aufgabe ihrer Forschung hinlänglich anerkannt. Eine kritische wissenschaftliche Analyse der politisch-historischen Erwachsenenbildung über den gesamten Stand ihres Fachgebietes allgemein und das Thema Widerstand im besonderen, liegt bis heute nicht vor.

Eine einschneidende Veränderung bewirkte die Fernsehserie „Holocaust“, die eine breite Öffentlichkeit erreicht hat. Durch diesen Film stieg die Nachfrage nach zeitgeschichtlichen Themen in der Erwachsenenbildung und dies führte zu einigen Veröffentlichungen, die Anspruch und Wirklichkeit sowie die methodisch-didaktischen Probleme der politisch-historischen Erwachsenenbildung untersuchten.² Nicht zuletzt die von der Bundeszentrale geförderten Curricula zu politisch-historischen Themen, von denen hier das erste Modell vorliegt, und didaktische Publikationen werden dazu beitragen, daß sich sowohl die wissenschaftliche Forschung als auch die pädagogische Praxis mit mehr Aufmerksamkeit den historischen Themen widmen.³

„Das Lernen Erwachsener, das den Anspruch auf Selbstbestimmung der Menschen sowohl in individueller als auch in kollektiver Hinsicht akzeptiert, hat politische und soziale Intention, weil es das Zusammenleben der Menschen im persönlichen Bereich, aber auch im gesellschaftlichen Kräftefeld beeinflusst. ... Umgang mit sich selbst (Selbsterfahrung), mit anderen (soziales Lernen) und mit gesellschaftlichen Bedingungen (politische Bildung) sind untrennbare, einander zugeordnete Elemente einer Erwachsenenbildung in emanzipatorischer Absicht.“⁴

2 Vgl. die Aufsätze zur Wirkung des Fernsehfilms „Holocaust“, in: Zeitschrift für Rundfunk und Fernsehen, 28. Jahrgang 1980, Heft 4, hrsg. vom Hans-Bredow-Institut, Hamburg

3 Der Nationalsozialismus als didaktisches Problem. Beiträge zur Behandlung des NS-Systems und des Widerstandes im Unterricht, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1980 (Schriftenreihe Bd. 156)

4 W. Lenz: Grundlagen der Erwachsenenbildung, Stuttgart 1979, S. 70

Dies bedeutet aber auch, daß das allgemeine Ziel einer historisch-politischen Erwachsenenbildung nicht nur in der Vermittlung historischer Fakten bestehen kann. „Die emotionslose reine Faktenvermittlung, die alleinige Kenntnis historischer Ereignisse und Abläufe reicht nicht aus, ein historisch-politisches Bewußtsein zu vermitteln, das zur Bereitschaft zu bewußter gestaltender Einflußnahme auf gesellschaftspolitisches Geschehen in Gegenwart und Zukunft befähigt.“⁵

Leitziel der politischen Bildung in der Schule wie in der Erwachsenenbildung ist, die Teilnehmer zum politischen Handeln zu motivieren und zu befähigen. In den einzelnen Elementen der Lernziele kommen die unterschiedlichen Ebenen des Erkennens sowie des Erwerbs von Wissen, von Handlungsbereitschaft und -fähigkeit aufgrund demokratischer Wertvorstellungen zum Ausdruck.

„Historisch-politische Bildung, die ... Identifikationsmöglichkeiten mit Vorbildern aus allen Schichten anbietet und damit auch der Zusammensetzung einer Schulklasse wie auch eines Erwachsenenbildungskurses am ehesten gerecht wird, stärkt die Ich-Identität der Betroffenen, was ... von besonderer Bedeutung ist.“⁶

Für didaktische Überlegungen in der historisch-politischen Erwachsenenbildung ist die Zielvorstellung leitend, dem lernenden Erwachsenen historische Kompetenzen für seine Entscheidung im individuellen, sozialen und politischen Bereich zu ermöglichen.

Diese Kompetenzen können natürlich nicht ausschließlich in Kurzzeitveranstaltungen vermittelt werden. Doch sollte eine politisch-historische Erwachsenenbildung zur Stärkung der historisch-politischen *Sach-, Sozial- und Selbstkompetenz* beitragen.⁷

Sachkompetenz meint die Fähigkeit, historische Prozesse, politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen und handelnde Personen zu analysieren, miteinander zu vergleichen und zu beurteilen. Die Vermittlung der Fähigkeit zum kritischen Umgang mit Texten, Quellen und audiovisuellen Sendungen historischen Inhalts ist für das selbständige Lernen und Weiterlernen, für das ja eine Weiterbildungsveranstaltung motivieren und befähigen soll, unerläßlich.

Sozialkompetenz wird bei der Anwendung der verschiedenen Elemente der historischen Sachkompetenz auf die eigene und fremde Umwelt entwickelt. Hier geht es um das Lernen aus der Vergangenheit für die Gegenwart und die Zukunft. Gegenwärtige Probleme (Behandlung von Minderheiten, Eintreten für demokratische Grundrechte und Menschenrech-

5 M. Hoffmann: Möglichkeiten und Bedingungen des Widerstandes, in: P. Meyers/D. Riesenberger (Hrsg.): Der Nationalsozialismus in der historisch-politischen Bildung, Göttingen 1979, S. 120

6 P. Meyers: Didaktische Aspekte zur Behandlung des Nationalsozialismus in Schule und Erwachsenenbildung, in: Meyers/Riesenberger, a. a. O., S. 28

7 W. Hug: Der Beitrag der Geschichte zu einem kooperativen Curriculum in der Sekundarstufe I, in: A. Lodtke/H. Uhl (Hrsg.): Kooperation der Sozialwissenschaften. Teil I. Notwendigkeiten und Grenzen in Didaktik und Unterrichtspraxis, Stuttgart 1977, S. 84 ff.

te) werden aus der Kenntnis der Entstehung der Ursachen und Folgen erklärt und gedeutet; darauf aufbauend, können Chancen zur Veränderung erkannt werden. Dazu gehört auch die kritische Übernahme oder Ablehnung von Traditionen und der sozialen Identität der Arbeiterbewegung, deren Interessen, Normen und Werten.

Die Bedeutung des Widerstandes für die Entstehung der Bundesrepublik findet hier ihren Platz. Historische Sozialkompetenz entwickelt sich in Teilnahme und Parteinahme, die sich gegenseitig bedingen. Damit wird auf politische Anteilnahme und Handlungsfähigkeit und -bereitschaft abgezielt.

Selbstkompetenz kann zur Findung und Begründung einer eigenen Identität, der Ich-Identität beitragen. Möglicherweise ergibt sich auch eine Veränderung und Neuorientierung, die nicht durch die Indoktrination der Teilnehmer, sondern durch die freie Entscheidung erwachsener Menschen erreicht werden soll. So kann der Vergleich eigener Verhaltensweisen mit historischen Mustern aus der Widerstandsbewegung und die Übernahme persönlicher Leitbilder und Traditionen zu eigenständigen moralischen und politischen Entschlüssen führen.

Desgleichen kann die Verantwortungsbereitschaft durch persönliche Betroffenheit über historische Einzelschicksale, durch eine Sensibilisierung für die derzeitige politische Praxis (Minderheiten, Menschenrechte) gefördert werden. Dazu kann auch eine persönliche Bindung an menschliche und politische Grundwerte (Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenwürde) durch die Behandlung des Widerstandes angestrebt werden.

III

Bisher durchgeführte Bildungsveranstaltungen in der Erwachsenenbildung zum Nationalsozialismus, zum Widerstand und zur Geschichte der Arbeiterbewegung zeigten, daß „Widerstand und Exil der Arbeiterbewegung“ sowohl in den verschiedensten Schwerpunktsetzungen und Inhalten als auch mit unterschiedlichsten Methoden, Medien und Quellen behandelt wird.

Gemeinsames Merkmal war bei allen Veranstaltungen, daß dieser Bereich von der Quellenlage her schwer zugänglich und für die politische Bildung unzureichend aufbereitet war. Diesem Mangel will das vorliegende Curriculum abhelfen. Es versteht sich als ersten Versuch und ist offen für selbständige Weiterentwicklung durch die Seminarleiter und Teilnehmer.

Die vorliegenden didaktischen Materialien und Hinweise sind ein Angebot für unterschiedliche Verwendungssituationen.

Aus diesem Grunde sind auch die Bausteine nicht bis ins einzelne für den Einsatz in der Erwachsenenbildung aufbereitet worden. Die methodisch-didaktischen Hinweise sollen nur als Anregungen und Hilfen für den Seminarleiter dienen.

Bei der Erstellung des Curriculums waren die Verfasser bemüht, nicht nur Wissen über allgemeine Sachverhalte und Einsichten in historische Zusammenhänge zu vermitteln, sondern auch individuelle Verhaltensweisen und Schicksale zu dokumentieren. Durch das Aufzeigen des Widerstandes als individuelle Alltagserfahrung wird für Seminarteilnehmer eine Verbindung zum eigenen Umkreis hergestellt und die Möglichkeit zur positiven Besetzung und Identifikation geschaffen.

In diesem Curriculum werden Widerstand und Exil als Einheit behandelt, da es dieselben politischen Umstände waren, die Menschen zu dem Entschluß brachten, in Deutschland Widerstand zu leisten oder ins Exil zu fliehen und dort den Kampf gegen das NS-Regime fortzusetzen. Im Arbeiterwiderstand waren die in der Heimat Gebliebenen und die ins Exil Gezwungenen auf enge Zusammenarbeit angewiesen.

Adressaten des Curriculums sind überwiegend Veranstalter und pädagogisch Verantwortliche in allen Bereichen der politischen Bildung. Das Curriculum ist zwar in erster Linie für die politische Erwachsenenbildung entwickelt worden, doch können die Bausteine und ihre Schwerpunkte auch im Schulunterricht und der außerschulischen Jugendbildung eingesetzt werden.

Potentielle *Teilnehmer* der Seminare zu „Widerstand und Exil der Arbeiterbewegung“ sind alle politisch Interessierten.

Besondere Zielgruppen können „Mitglieder der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, Geschichts(Politik-)lehrer und -studenten, Angehörige von Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr, Jugendliche und Senioren sein. Falls eine besondere Berücksichtigung der Alltagserfahrungen der Teilnehmer beabsichtigt ist, ist zu überlegen, ob nicht eine regionale oder berufliche Differenzierung der Teilnehmer vorgenommen werden soll.

Bei Veranstaltungen der Volkshochschulen, regionaler Bildungsgemeinschaften oder historischer örtlicher Arbeitskreise bietet sich eine ortsbezogene oder stadtteilorientierte Bearbeitung des Themas an. In diesen Veranstaltungen dürften das Wohnumfeld und der Bekanntheitsgrad damals handelnder Personen dazu beitragen, Betroffenheit zu wecken und historische Erfahrungen in den Alltag einzuordnen.

In der Regel werden die Teilnehmergruppen bei Seminaren der Heimvolkshochschulen und in den Wochenend- und Abendveranstaltungen der Volkshochschulen und anderer Institutionen heterogen zusammengesetzt sein.

Die Teilnehmer unterscheiden sich durch ihre jeweilige Lernerfahrung und Lebensgeschichte, die durch die sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Lebensbedingungen (Bildung, Beruf, Geschlecht, Alter, Familienstand, wirtschaftliche Verhältnisse, sozialer Status) geprägt sind. Somit muß der Seminarleiter oder das Leitungsteam mit großen Unterschieden in der Lernbereitschaft und -fähigkeit im Kenntnisstand, historisch-politischen Bewußtsein und bei den Interessen und Erwartungen rechnen.

Bei der Behandlung des Nationalsozialismus und des Widerstandes können starke Spannungen zwischen den Teilnehmern entstehen, wenn diese selber von den damaligen Entwicklungen betroffen waren. Diese Spannungen müssen von der Seminarleitung erkannt, bei der weiteren Planung des Seminars berücksichtigt und durch gruppenpädagogische oder Einzelmaßnahmen aufgearbeitet werden.

Die einzelnen *Bausteine*, deren Auswahl sich aus der historischen Forschung, den pädagogischen Zielen und der praktischen Seminarerfahrung begründet, können innerhalb der historisch-politischen Erwachsenenbildung in Tages-, Wochenend- und Wochenseminaren eingesetzt werden.

Sie können aber auch in thematisch anders strukturierten Seminareinheiten (z. B. Geschichte des Nationalsozialismus/Geschichte der Arbeiterbewegung/Nationalsozialismus und Neofaschismus) verwendet werden. Dies gilt ebenso für die Schwerpunkte innerhalb der Bausteine, da sie als selbständige und exemplarische Einheiten entwickelt worden sind. Durch die Anlage des Curriculums ist offensichtlich, daß nicht der gesamte Inhalt in einem Wochenseminar behandelt werden kann.

Da die Behandlung des Themas in unterschiedlichen Seminarformen möglich sein soll, wurden zu den einzelnen Inhaltsbereichen lernzielorientierte Zusammenfassungen, teilnehmerorientierte Leitfragen und kurz gehaltene Darstellungen mit Quellenauszügen zusammengestellt. Die Auswahl der Themenbereiche und die Ausführlichkeit ihrer Behandlung hängt von den Zielen der Veranstalter, dem Vorwissen und der Interessenlage der Teilnehmer und den organisatorischen Bedingungen wie Dauer und Räumlichkeiten der Veranstaltungen ab.

Grundlegend für die Auswahl der Inhalte waren folgende drei Prämissen:

1. Um die geschichtlichen Voraussetzungen für Widerstand bzw. den Verzicht auf Widerstand verdeutlichen zu können, ist es notwendig, Ursachen, Hintergründe und Konsequenzen der nationalsozialistischen Machtergreifung aufzudecken.
2. Exil und Widerstand werden als Einheit begriffen, d. h. zwischen dem politischen Widerstand der deutschen Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus und der Tätigkeit der Mitglieder der Arbeiterbewegung im Exil bestand ein unlösbarer Zusammenhang.
3. Die Beschäftigung mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus kann nicht bei der Behandlung historischer Fakten stehenbleiben. Es muß danach gefragt werden: wie können wir verhindern, daß so etwas wieder geschieht? Dabei geht es auch um die Handlungsbeurteilung und -fähigkeit, sich z. B. aktiv und passiv Unrechtshandlungen zu widersetzen, d. h. solche Möglichkeiten zu erkennen, die Notwendigkeit des Widerstandes einzusehen und diese Einsicht in politisches Handeln umzusetzen.

Daraus ergeben sich folgende Bausteine:

- A Geschichtliche Voraussetzungen für den Aufstieg des Nationalsozialismus
- B Rahmenbedingungen für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus
- C Arbeiterwiderstand — Formen und Wirkungsmöglichkeiten
- D Widerstand, Solidarität und Zusammenarbeit in Konzentrationslagern
- E Rahmenbedingungen für das politische Wirken im Exil
- F Politik aus dem Exil — Widerstand gegen das nationalsozialistische Deutschland
- G Die Aufarbeitung des Widerstands von 1945 bis heute.

Jedem Baustein vorangestellt sind *Problemaufriß*, *Lernziele* und eine Erläuterung der *Schwerpunkte des Bausteins*. Die Bausteine wurden thematisch unter dem Gesichtspunkt zusammengestellt, daß die Widerstandstätigkeit unter nationalsozialistischer Herrschaft, die die *Bausteine C, D* und *F* behandeln, in ihrer historisch-politischen und moralischen Bedeutung nur dann begriffen werden kann, wenn die allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Umstände ebenso wie deren Wirkung auf das Leben des einzelnen Menschen — die *conditio humana* — berücksichtigt werden; diesem Zweck dienen die *Bausteine B* und *E*. Bei der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus in seiner extremen Unmenschlichkeit ist die Frage unausweichlich, wie es möglich war, daß er zur Macht kommen konnte; darum werden die geschichtlichen Voraussetzungen seines Aufstiegs im *Baustein A* dargestellt.

Im abschließenden *Baustein G* wird die Bedeutung des Arbeiterwiderstandes für das Nachkriegsdeutschland und die Aufarbeitung des Themas bis heute behandelt.

Zuletzt wird die Gesamtthematik aktualisiert, um zusammenfassend aus der Einsicht in die geschichtlichen Vorgänge und Zusammenhänge Schlußfolgerungen für politische Stellungnahmen und persönliches Verhalten heute zu ziehen.

Der *Problemaufriß* führt kurz in die ausgewählten Themenbereiche ein. Diese sind problemorientiert angeordnet. Die Auswahl der Lerninhalte ist beispielhaft eingeschränkt.

Dies hat notwendigerweise zur Folge, daß eine ereignisgeschichtliche Betrachtung vernachlässigt werden mußte und daß die Darstellung und die Quellenmaterialien systematisch zusammengestellt sind.

Die *Lernziele* gelten für den gesamten Baustein und verstehen sich als Leitlinie für die Darstellung der einzelnen Schwerpunkte sowie für die Auswahl der Dokumente und der methodisch-didaktischen Hinweise.

Die *Schwerpunkte* der Bausteine wurden einheitlich in lernzielorientierte Zusammenfassung, Leitfragen für die Teilnehmer und den Darstellungsteil gegliedert.

Die *Zusammenfassung* orientiert sich an den für den gesamten Baustein geltenden Lernzielen und gibt einen kurzen Überblick über den Inhalt des Schwerpunktes.

Die *Leitfragen* zu den Schwerpunkten sind als Arbeitshilfen für die Teilnehmer gedacht. Sie sollen diese anleiten, die Quellen kritisch zu sichten und einen Zugang zu den in den Quellen behandelten Sachverhalten zu finden. Gleichzeitig können sie als Fragen für die Arbeitsgruppen und Arbeitsaufträge für Interviews, Rollenspiele und andere Arbeitsformen dienen.

Im *Darstellungsteil* wird versucht, das zum Verständnis der Dokumente erforderliche Orientierungswissen zu präsentieren. In den Textabschnitten wird auf die entsprechenden Quellen und Dokumente verwiesen. Die Darstellung ist für die Vorbereitung des Seminarleiters bzw. der Referenten bestimmt, sie kann aber auch den Teilnehmern zur vorbereitenden Lektüre oder zur Nacharbeit empfohlen werden.

Die *methodisch-didaktischen Hinweise* enthalten Anregungen und Anleitungen zur Behandlung der Schwerpunkte in Wochenseminaren und zum Einsatz der Quellen. Sie verweisen auf Möglichkeiten intensiver Auseinandersetzung mit den einzelnen Schwerpunkten und auf den Einsatz audiovisueller Medien.

Die *Literaturhinweise* sind sowohl zur Einarbeitung für die Referenten und Teamer wie auch zur weiteren Beschäftigung der Teilnehmer mit den Bausteinen gedacht.

Die *Dokumente*, die jedem Baustein beigegeben sind, unterbauen die Darstellung. Darunter befinden sich bisher unveröffentlichte und schwer zugängliche Quellen.

Manche Dokumente, besonders die persönlichen Zeugnisse, ergänzen die sachlichen Aussagen der Darstellung in einer auch emotional anrührenden Weise. Eine Bildungsmaßnahme kann sich jedoch nicht nur auf die Dokumente, unter Verzicht auf die Darstellung, stützen; denn diese ist nicht durchweg auf die im Curriculum abgedruckten Materialien aufgebaut, da sonst der Dokumentarteil den gebotenen Umfang sprengen würde.

So sollen und können auch regionale Besonderheiten und Quellen von den Referenten und Teilnehmern eingebracht werden. Unter Umständen kann eine Arbeitsgruppe des Seminars solche neuen Quellen erst erschließen und erarbeiten.⁸

Welche und wieviele Bausteine für eine Bildungsveranstaltung verwendet werden, richtet sich nach deren Themenstellung und Dauer sowie

⁸ Eine wertvolle Hilfe stellt dabei ein Führer durch die Gedenkstätten dar: Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1981, hrsg. v. der Bundeszentrale für politische Bildung

nach der Interessenslage und dem Wissensstand der Teilnehmer. Da jeder einzelne Baustein nach Schwerpunkten gegliedert und in sich abgeschlossen ist, kann er auch im ganzen oder in Teilen als Grundlage einer Bildungsveranstaltung herangezogen werden. Für die Verwendung aller Bausteine in einem Wochenseminar ist ein Programmvorschlag entwickelt.

Die Orientierung an der Alltagserfahrung der Teilnehmer wird bei der *methodischen Gestaltung* der einzelnen Unterrichtseinheiten von großer Bedeutung sein, vor allem, weil die Auseinandersetzung mit dem „Widerstand und Exil der Arbeiterbewegung“ nicht allein der Wissensvermittlung, der historischen Sachkompetenz, so wichtig sie ist, dienen darf. Sie soll auch zur begründeten, kritischen Stellungnahme, zu einem veränderten bzw. überprüften gesellschaftlichen und politischen Verhalten im Alltag führen.

Deshalb scheint es wichtig, daß der Einstieg zum Thema nicht nur über die allgemeine, politische Ereignisgeschichte gehen kann, sondern vom Einzelschicksal her zu deuten und verständlich zu machen ist.

Sicherlich ist neben dieser emotionalen Beziehung auch die Vermittlung von historischem Wissen ein wesentliches Element in diesen Veranstaltungen. Bei sehr vielen Teilnehmern kann große Unkenntnis, Halbwissen und zum Teil Falschwissen vorausgesetzt werden. Sowohl einschlägige Untersuchungen über das Geschichtsbild der Schüler wie eigene Erfahrungen in den Seminaren der Friedrich-Ebert-Stiftung offenbaren die Notwendigkeit der Vermittlung von geschichtlichen Kenntnissen.

Dennoch dürfen die verwendeten Methoden nicht allein an der Wissensvermittlung ausgerichtet sein. Zu einem positiven Lernerfolg trägt auch ein gutes soziales, kommunikationsfreundliches Klima der Lerngruppe bei. So haben auch in der historischen Bildung Erwachsener die verschiedenen medien- und teilnehmerorientierten Methoden ihren Platz.

Gerade im Geschichtsunterricht wird genau zu prüfen sein, ob mehr konsumorientierte oder mehr aktivierende Methoden eingesetzt werden sollen. Zwar wird auf die konzentrierte Weitergabe von Informationen durch Vorträge und Referate nicht verzichtet werden können, doch sollten nicht zuletzt wegen des Lernerfolgs beim entdeckenden oder forschenden Lernen aktivierende Methoden eingesetzt werden.

Die Lerngeschichte und die Lernvoraussetzungen der Teilnehmer sind jedoch bei allen Methoden zu prüfen. Die Einführung neuer oder ungeübter Methoden bedarf sorgfältiger Vorbereitung und einer längeren Übungsphase.

In der Regel ist davon auszugehen, daß ein Methodenwechsel beim normalen erwachsenen Lernenden für eine Steigerung des Lernerfolgs sorgt.

Die audio-visuellen Medien (Film, Fernsehsendungen, Videokassetten, Tonbilder, Tonaufnahmen, Schallplatten) stellen unerläßliche Hilfsmittel bei der Aufnahme und Verarbeitung der historischen Informationen dar.

Allerdings stehen brauchbare Medien gerade für den Bereich „Widerstand und Exil der Arbeiterbewegung“ noch nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung. Die vorhandenen Medien müssen in dieser Hinsicht überprüft werden.⁹

Vorliegende schriftliche Quellen und Texte sowie andere Materialien sind für die Verwendung in den einzelnen Unterrichtseinheiten aufzubereiten und gegebenenfalls mit Bearbeitungsfragen und -hypothesen zu versehen.

Auf eine *Evaluierung* des Gesamtcurriculums wurde verzichtet. Dagegen wurden die einzelnen Bausteine und Schwerpunkte in Seminarveranstaltungen angeregt, entwickelt und auf ihre Verwendung hin erprobt.

Hinweise zur Evaluierung zeitgeschichtlicher Veranstaltungen in der Erwachsenenbildung finden sich in der Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung „Nationalsozialismus und Widerstand in der politischen Erwachsenenbildung“.

Dreizehn Bildungsträger werteten im Auftrag der Bundeszentrale zahlreiche Modellseminare zu Nationalsozialismus und Widerstand aus.

Das *Modellseminar* versteht sich als ein exemplarischer Programmvorschlag für die Durchführung einer Wochenveranstaltung zu „Widerstand und Exil der Arbeiterbewegung“ und keineswegs als notwendige Konsequenz aus den Bausteinen. Zwei Gesichtspunkte sollten jedoch in allen Seminaren beachtet werden:

Widerstand und Exil zwischen 1933 und 1945 kann nicht ohne Berücksichtigung der durch die NS-Diktatur geschaffenen Bedingungen behandelt werden.

Zum anderen gehört dazu die Frage nach der Bedeutung des Widerstandes für uns heute. Bei der Frage: wofür und wie leisten wir heute Widerstand? muß der Unterschied zwischen Widerstand in einer Diktatur und in einem demokratischen Staat klar herausgearbeitet werden.

Die Projektgruppe

⁹ Zum Einsatz audiovisueller Medien vgl.:
G. Diemer: Nationalsozialismus und Drittes Reich in der Erwachsenenbildung, in: Nationalsozialismus und Drittes Reich. Audiovisuelle Medien. Ausgewählt und kommentiert von H. Baumann u. a., hrsg. vom Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, Grünwald bei München 1979.

Baustein G

Ulrich Henke (G I und G II)
Horst Schmidt (G III)

Die Aufarbeitung des Widerstands von 1945 bis heute

Schwerpunkte

- G I Bedeutung von Widerstand und Exil für das Nachkriegsdeutschland
- G II Aufarbeitung von Exil und Widerstand
- G III Bedeutung des Widerstands für uns heute

Problemaufriß

Der Nationalsozialismus wurde in der Bundesrepublik nur halbherzig und unvollständig bewältigt. Zu groß war die Mitverantwortung vieler Teile der Bevölkerung für den Erfolg Hitlers, zu tief die Verstrickung von Teilen der Eliten in die nationalsozialistische Schuld. Der Verweis auf den Widerstand aus den Reihen der Arbeiterbewegung bot diesen Gruppen keine Entlastung. Auch die Alliierten außer den Sowjets, waren an der Aufarbeitung des Widerstands von unten zunächst wenig interessiert, da er ihrer Einschätzung der Deutschen nicht entsprach.

Der Widerstand aus den Reihen der Arbeiterbewegung fand deshalb im Nachkriegsdeutschland nicht die ihm an sich zustehende Bewertung. Dies hatte Konsequenzen für die Aufarbeitung des Widerstands sowohl im politischen, gesellschaftlichen, wissenschaftlichen, pädagogischen und kulturellen Bereich. Weder die Widerstandskämpfer selber noch ihre Vorstellungen spielten beim demokratischen Neubeginn die zunächst erwartete Rolle.

Diese Form der „Bewältigung“ auch des Widerstands hat die Entwicklung der Politik, zumindest jedoch der politischen Kultur in der Bundesrepublik erheblich beeinflusst. Deshalb ist es sinnvoll, sowohl danach zu fragen, welche Bedeutung die Erfahrungen des Widerstands für die heutige Politik haben oder haben sollten, als auch danach zu fragen, welche Rolle der Widerstand und die ehemaligen Angehörigen des Widerstands in der Bundesrepublik nach 1945 spielten. Da die Entwicklung in der Sowjetzone und in der DDR völlig anders verlaufen ist, insbesondere da die Berufung auf den Arbeiterwiderstand eine der Legitimationsgrundlagen der DDR-Führung war und ist, scheint es sinnvoll, die Aufarbeitung des Widerstands in der DDR zum Vergleich heranzuziehen.

Lernziele

Die Teilnehmer sollen

- den Einfluß von Personen und Zielen des Arbeiterwiderstands und Exils auf die deutsche Entwicklung nach '45 analysieren, beurteilen und bewerten können
- den Wandel in der Aufarbeitung des Widerstands in Forschung und Gesellschaft begründen können
- die Bedeutung des Widerstands für unsere Politik heute beurteilen können
- Engagement gegen den Abbau demokratischer Rechte und gegen Menschenrechtsverletzungen aus den Erfahrungen des Widerstands begründen können

- ihren eigenen Standpunkt und ihre Identität im Rahmen der Arbeiterbewegung selbstbestimmt begründen und vertreten können (Leitbilder, Tradition)
- Verantwortung für die Verwirklichung von Gerechtigkeit und Freiheit übernehmen und sich aktiv am gesellschaftlich-politischen Leben beteiligen können

Schwerpunkte des Bausteins

Der Baustein ist in drei Schwerpunkte aufgeteilt, die sich nicht direkt aufeinander beziehen und deshalb unabhängig voneinander behandelt werden können.

Im ersten Schwerpunkt wird der Einfluß der Angehörigen des Arbeiterwiderstands auf die Entwicklung Deutschlands unter den Besatzungsmächten und für den Beginn beider deutscher Staaten behandelt. Die politischen Erwartungen und persönlichen Hoffnungen werden mit der tatsächlichen Entwicklung verglichen. Besonderes Gewicht wird dabei auf die Frage gelegt, warum es trotz gemeinsam erlittener Verfolgung zu keinem Zusammengehen der beiden Arbeiterparteien SPD und KPD in den Westzonen gekommen ist.

Im zweiten Schwerpunkt geht es um die Aufarbeitung des Arbeiterwiderstands in der Forschung, im historisch-politischen Unterricht und in der politischen Öffentlichkeit. Die Gründe für die einseitige Aufarbeitung des bürgerlichen, militärischen und kirchlichen Widerstands in der Bundesrepublik sowie des kommunistischen Widerstands in der DDR werden herausgearbeitet.

Im dritten Schwerpunkt wird für drei ausgewählte Bereiche die Bedeutung des seinerzeitigen Widerstands für die heutige Politik und das politische Engagement einzelner exemplarisch aufgezeigt. Folgende Bereiche wurden gewählt: Eintreten gegen Menschenrechtsverletzungen, Auseinandersetzung mit dem Neonazismus und Verhalten gegenüber Asylsuchenden.

GI Bedeutung von Widerstand und Exil für das Nachkriegsdeutschland

Lernzielorientierte Zusammenfassung

Bei aller Übereinstimmung in den persönlichen Erwartungen unterschieden sich die Entwürfe für das Nachkriegsdeutschland der verschiedenen Gruppen des Widerstands und des Exils in ihren politischen Vorstellungen und Programmen.

Personen und Programme aus dem Widerstand der Arbeiterbewegung spielten in den Westzonen nicht die erwartete Rolle, in der sowjetischen Zone standen dagegen Personen aus diesem Widerstand an der Spitze der Verantwortung.

Dies erklärt sich in den Westzonen aus den starken Vorbehalten der amerikanischen Besatzungsmacht gegen sozialistische Ordnungsvorstellungen und der relativ schnellen Hinwendung der Mehrheit der Wähler zu konservativen Parteien.

In der SBZ waren die Kommunisten dagegen bereit, sich als Instrument der Besatzungsmacht benutzen zu lassen und deren Politik in jeder Hinsicht mitzutragen. Wahlentscheidungen gegen diese Entwicklung waren schon nach kurzem nicht mehr möglich. Dieses Verhalten der Kommunisten in der SBZ hat das Verhältnis der Sozialdemokraten zu den Kommunisten in den Westzonen entscheidend beeinflusst.

Aber nicht nur deswegen konnten die Angehörigen des Arbeiterwiderstands nicht die von ihnen erhoffte Rolle spielen. Dem breiten Bedürfnis nach Vergessen und Verdrängen, auch in den eigenen Reihen, war ihr Anspruch eher hinderlich. Nachdem man sich stillschweigend auf „die Stunde Null“ geeinigt hatte, sollte auch niemand mehr einen Bonus geltend machen, weil er Widerstand geleistet hatte.

Leitfragen

Welche persönlichen Erwartungen hatten die Angehörigen des Widerstands nach der Befreiung?

Welche dieser Vorstellungen konnten umgesetzt werden?

Wie war das Verhältnis der Besatzungsmächte zum Widerstand?

Wie verlief die politische Entwicklung nach '45 und wer bestimmte sie?

Wie war das Verhältnis von Kommunisten und Sozialdemokraten in den Westzonen, wie in der Ostzone?

Wie wurden Personen, die im Widerstand und Exil waren, von der übrigen Bevölkerung behandelt?

Darstellung

„Nach Hitler — wir!“ soll Rudolf Breitscheid, einer der Vorsitzenden der SPD-Reichstagsfraktion, schon 1932 gesagt haben. Wie tausende seiner Weggefährten sollte auch er die Zeit nach Hitler nicht mehr erleben. Sein Wort drückt jedoch am besten die Erwartung der Angehörigen der Arbeiterbewegung, die im Widerstand gegen den Nationalsozialismus gestanden waren, aus.

Nach der entschiedenen Gegnerschaft der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus von Anfang an und angesichts der ungeheuren Opfer war es für viele selbstverständlich, daß der Neuaufbau Deutschlands hauptsächlich von ihnen getragen werden müsse. Kurt Schumacher, der in kürzester Zeit zum unbestrittenen ersten Mann der Sozialdemokratie in den Westzonen aufsteigen sollte, begründete z. B. im Sommer 1945 den Führungsanspruch der SPD damit, daß nur sie in dieser Zeit „die Prüfung vor dem Richterstuhl der Geschichte bestanden habe“.

Neben dieser persönlichen Erwartung standen die politischen Erwartungen an die künftige Entwicklung Deutschlands. Allgemein vorherrschende Überzeugung war, daß die Niederlage des Nationalsozialismus auch die endgültige Niederlage des kapitalistischen Systems in der bisherigen Form in Deutschland sein werde. Eine Erwartung, die im übrigen nicht nur Sozialisten hatten, wie das Ahlener Programm der CDU in der britischen Zone noch Anfang 1947 verdeutlicht. In ihm heißt es: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“ Für die Sozialisten aus dem Widerstand bedeutete diese Erkenntnis die klare Forderung nach einer sozialistischen Umgestaltung Deutschlands. Sehr eindrucksvoll finden diese Forderungen und Hoffnungen ihren Ausdruck im Buchenwalder Manifest, verfaßt unmittelbar nach der Befreiung des KZ Buchenwald von Sozialisten unterschiedlicher Richtungen, die bis dahin Häftlinge des KZ waren.

Das Buchenwalder Manifest spiegelt daneben eine andere Erwartung wider, die Teile der Arbeiterbewegung beherrschte, das Verlangen nach „Einheit der sozialistischen Bewegung“. Der mörderische Terror des SS-Staates hatte die Gründe, die zur Spaltung der Arbeiterbewegung geführt hatten, unbedeutend erscheinen lassen, die gemeinsam erlittene Verfolgung hatte die Bereitschaft verstärkt, diese Gräben zu überwinden.

Dok. G 1

Dok. G 2

Vielfach war man dabei davon ausgegangen, gegen Ende des Krieges werde in Deutschland eine ähnliche Situation herrschen, wie am Ende des ersten Weltkrieges. Diesen Erwartungen lag vor allem die Vorstellung zugrunde, der Nationalsozialismus werde nicht nur von außen durch militärische Mittel, sondern auch von innen bezwungen werden. Erich Ollenhauer erklärte z. B. noch 1942 in London für die im englischen Exil zusammenarbeitenden Sozialisten: „Es ist unsere gemeinsame Überzeugung, daß der Sturz der Hitlerdiktatur die Folge eines eindeutigen militärischen Sieges der Alliierten und einer revolutionären Erhebung der antifaschistischen Kräfte in Deutschland selbst sein wird.“ In dieser Situation sollten sich die Fehler von 1918/19 nicht wiederholen.

Diese Hoffnung wurde geringer, je länger der Krieg andauerte. Letztlich sollte sie sich als vollkommen falsch erweisen. Der 8. Mai 1945 brachte keine Revolution, sondern die bedingungslose Kapitulation. Trotz der vieltausendfachen Opfer war es dem deutschen Widerstand nicht gelungen, einen Beitrag zur Überwindung des Nationalsozialismus von innen zu leisten. Die NS-Diktatur wurde ausschließlich durch den militärischen Sieg der Alliierten bezwungen.

Die Alliierten, insbesondere die westlichen, gingen angesichts der Erfolglosigkeit des Widerstandes davon aus, daß es einen deutschen Widerstand von Bedeutung nicht gegeben habe. In das Bewußtsein der westlichen Alliierten war ohnehin nur der versuchte Staatsstreich des 20. Juli 1944 gedrungen. Er jedoch wurde damals und auch noch in der Zeit unmittelbar nach Kriegsende mißtrauisch und kritisch beurteilt. Man sah in dem Anschlag nur den Versuch der deutschen Militärs angesichts der sich bereits abzeichnenden Niederlage den Kopf aus der Schlinge zu ziehen.

Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit sei schuld an den ungeheuerlichen Verbrechen, deren ganzes Ausmaß beim Vormarsch der alliierten Truppen erst richtig deutlich wurde.

Die Truppen kamen deshalb nicht, um Deutschland zu befreien, obwohl die meisten Verfolgten es so empfanden, sondern um es zu besetzen, wie es in einer Anweisung an den Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungstruppen hieß. Von daher war für sie auch kein Grund gegeben, auf Planungen oder Erwartungen des deutschen Widerstandes Rücksicht nehmen zu müssen.

Trotzdem kam es ganz zwangsläufig zur Zusammenarbeit zwischen den Alliierten und den Angehörigen des Arbeiterwiderstandes. Der Grundstein für diese Zusammenarbeit

war vielfach bereits im Exil gelegt worden, wobei politische Übereinstimmung bzw. politische Differenzen zwischen Emigranten und Regierungen der Exilländer für die Intensität der Zusammenarbeit eine erhebliche Bedeutung hatten. Von größerer Bedeutung waren jedoch die Vorstellungen der Alliierten, was die Ursachen des Nationalsozialismus seien und wie der Nationalsozialismus ein für allemal überwunden werden könne.

Einig waren sich alle vier Besatzungsmächte, die Grundlagen des Nationalsozialismus zu zerschlagen und die Schuldigen zu bestrafen. In der Frage nach den Grundlagen gingen jedoch die Ansichten weit auseinander, besonders zwischen den Regierungen der USA und der Sowjetunion.

Für die Amerikaner war die Zerschlagung der Grundlagen des Nationalsozialismus vor allem ein pädagogisches und strafrechtliches Problem. Der Nationalsozialismus wurde verstanden als Ergebnis des antidemokratischen Denkens in der deutschen Geschichte, die Deutschen mußten deshalb durch die Reeducation zu Demokraten umerzogen und die Schuldigen bestraft werden.

Für die Sowjetunion war der Nationalsozialismus entsprechend der orthodox-marxistischen Faschismustheorie, die „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. (Dimitroff)

Da die Ursachen des Nationalsozialismus im kapitalistischen System lägen, müsse dieses System überwunden werden.

Unter den Bedingungen der zunächst vereinbarten gemeinsamen Verwaltung Deutschlands durch alle vier Besatzungsmächte war allerdings klar, daß eine solche Umgestaltung vorläufig nicht möglich sein konnte.

In dieser Situation gewannen die kommunistischen Gegner des NS-Regimes eine besondere Bedeutung in den Planungen der Sowjets. Mit ihnen besaß die Sowjetunion zum einen Persönlichkeiten, deren antifaschistische Grundeinstellung außer Frage stand, die aber zum anderen bereit waren, sich völlig den sowjetischen Weisungen unterzuordnen, auch wenn diese, aus taktischen Gründen, eine Abkehr von bisherigen Grundforderungen verlangten.

So forderte die KDP-Führung im Juni 1945 für den Neuaufbau Deutschlands nicht etwa die sozialistische, sondern in Übereinstimmung mit der sowjetischen Besatzungsmacht, die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung und die parlamentarisch-demokratische Republik. Gleichzeitig wurden Gruppen deutscher Kommunisten aus dem sowje-

Dok. G 5

Dok. G 3

Dok. G 4

Dok. G 6

tischen Exil mit konkreten Anweisungen in die sowjetische Zone geschickt, die dafür zu sorgen hatten, daß durch li-nientreue Kommunisten die Schlüsselpositionen besetzt wurden. Wolfgang Leonhard, der selber einer der Gruppen angehörte, hat in seinem Buch „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ geschildert, wie dieser Einsatz vor sich ging.

Einen ähnlichen Einsatz von Angehörigen des Widerstands durch die westlichen Besatzungsmächte gab es nicht.

Die Entwicklung in den Westzonen ist überhaupt nur eingeschränkt mit der Entwicklung in der sowjetischen Zone vergleichbar.

Während der starke, letztlich bestimmende Einfluß der sowjetischen Besatzungsmacht auf ihre Zone kaum bestritten wird, wird vielfach behauptet, in den Westzonen wäre eine völlig andere Entwicklung möglich gewesen, als sie dann tatsächlich eingetreten ist. Insbesondere die Sozialdemokraten hätten mit dazu beigetragen, das „Vermächtnis des Widerstands“, die Schaffung eines demokratisch-sozialistischen Staates durch eine geeinte Arbeiterbewegung zu verhindern. Stattdessen sei es zur westdeutschen Restauration gekommen.

Tatsächlich kam es unmittelbar nach Beendigung des Kriegs in einigen Hochburgen der Arbeiterbewegung zur Gründung von Antifaschistischen Ausschüssen durch ehemalige Hitler-Gegner. Diese Ausschüsse sollten sowohl die Spaltung der Arbeiterbewegung in verschiedene Parteien als auch die Aufgabenteilung in politische Vertretung durch Parteien und wirtschaftliche Vertretung durch Gewerkschaften aufheben. Die Ausschüsse hatten jedoch nur eine sehr kurze Lebensdauer. Sie verschwanden schon im Frühsommer 1945 wieder und nicht nur auf Druck der Besatzungsmächte. Sobald sich die Parteien wieder organisieren konnten, schien für die Ausschüsse keine Basis mehr vorhanden zu sein. Eine Massenbewegung von unten waren sie zu keiner Zeit.

Versuche, die parteilpolitische Spaltung zu überwinden, gab es allerdings auch bei den sich neu organisierenden bisherigen Parteien. All diese Versuche können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es eine echte Möglichkeit, diese Trennung zu überwinden, nicht gegeben hat.

Die Trennung beruhte ja nicht nur auf einer unterschiedlichen Einschätzung des Nationalsozialismus bzw. seiner Bekämpfung, sondern hatte tief liegende grundsätzliche Ursachen.

Diese Ursachen hatten auch in allen anderen Ländern zur Spaltung der Arbeiterbewegung in einen sozialdemokrati-

schen und einen kommunistischen Teil geführt. Die Praxis des Stalinismus hatte viele Sozialdemokraten in ihrer Ablehnung des kommunistischen Wegs noch bestärkt.

Unter den Bedingungen der Besatzungszeit und angesichts des besonderen Verhältnisses der KPD zur sowjetischen Besatzungsmacht waren die Möglichkeiten einer Einheitspartei eher schlechter als in den anderen europäischen Ländern. Obwohl in den meisten dieser Länder ebenfalls Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam Widerstand geleistet hatten, ist es auch dort nicht zu einer Überwindung der Spaltung gekommen.

Die Umstände, die dann 1946 zur Vereinigung von SPD und KPD in der sowjetischen Zone zur SED führten, machten vollends jede vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in den Westzonen unmöglich.

Der sich verschärfende Ost-West-Konflikt bis hin zum Kalten Krieg führte letztlich dazu, daß die SED statt den zunächst versprochenen „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ zu gehen, sich rasch in eine leninistische Kaderpartei wandelte. Für viele sozialdemokratische Widerstandskämpfer in der SBZ, die nicht bereit waren, diesen Weg mitzugehen, hatte dies tragische Folgen. Manche fanden sich in den selben Zuchthäusern und Gefängnissen, ja sogar KZ's wieder, aus denen sie vor kurzem erst befreit worden waren.

Hunderttausende Wähler und tausende von KPD-Mitgliedern wandten sich in den Westzonen enttäuscht von ihrer Partei ab und der Sozialdemokratie zu. Die KPD sank in die Bedeutungslosigkeit ab. Die „Einheit der Arbeiterbewegung“ wurde erreicht, wenn auch anders als erwartet.

Die SPD kam so in den Westzonen zwar zu Wahlergebnissen, die weit günstiger als in den Jahren der Weimarer Republik waren, der Stimmenanteil für die Arbeiterparteien insgesamt nahm jedoch kaum zu. Im Gegenteil wirkte sich die Diskreditierung des Begriffs Sozialismus durch den Stalinismus in der SBZ/DDR auch für die demokratisch-sozialistische SPD im Westen immer ungünstiger aus. Hinzu kam, daß die bürgerlichen Parteien diese Tatsache in diffamierender Weise im Wahlkampf gegen die SPD wandten, z. B. in dem Wahlplakattext: „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau!“

Zu keiner Zeit gab es eine Mehrheit in den Westzonen für eine sozialistische Politik entsprechend den Vorstellungen der Angehörigen des Arbeiterwiderstands. Die Erfolglosigkeit dieser Programmatik fand ihren Ausdruck in den

Dok. 10 a—b Wahlergebnissen bei den verschiedenen Wahlen nach dem Krieg. Dabei kann man davon absehen, daß die westlichen Besatzungsmächte, insbesondere die USA, eine solche Entwicklung kaum hingenommen hätten. Trotzdem gewannen vor allem in Kommunen und Ländern Angehörige des Arbeiterwiderstands erheblichen Einfluß auf die Politik. In fast allen Ländern der Westzonen gab es zunächst Allparteienregierungen unter starker Beteiligung von sozialdemokratischen und in den ersten Monaten auch kommunistischen Gegnern des Nationalsozialismus. Nach der Entwicklung „normaler“ parlamentarischer Strukturen in den Ländern beschränkte sich dieser Einfluß auf die Länder, in denen die SPD an der Regierung beteiligt blieb. Die große Enttäuschung brachten die Bundestagswahlen von 1949 und vor allem von 1953. Sie setzten ein Ende unter die Erwartungen der Angehörigen des Arbeiterwiderstands, die bestimmende Kraft beim deutschen Wiederaufbau zu werden. Auf Bundesebene und in vielen Ländern standen die Gegner des Nationalsozialismus aus den Reihen der Arbeiterbewegung nun erst im zweiten Glied. Umso mehr bestimmten sie die Entwicklung auch in personeller Hinsicht in ihren eigenen Organisationen. Sowohl die SPD und die KPD, die jedoch in den Westzonen bald faktisch bedeutungslos wurde, als auch die Gewerkschaften wurden von ehemals engagierten Nazi-Gegnern geführt. Die Zusammensetzung des ersten frei gewählten SPD-Vorstands nach dem Krieg ist ein eindrucksvoller Beweis für diese Behauptung. Fast alle Mitglieder des Vorstands waren aktive Gegner des Nationalsozialismus, die meisten von ihnen wurden in Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen oder mußten ins Exil ausweichen. Auch über die Gewerkschaften war es nicht möglich, den sozialistischen Zielvorstellungen des Arbeiterwiderstands größeren Nachdruck zu verleihen. Im Gegenteil nahmen die westlichen Alliierten gerade auf die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung besonders starken Einfluß. Hauptstreitpunkt war dabei die Frage der Organisationsform der Gewerkschaften. „Morgen werde ich gehängt, schafft die Einheit!“ soll Wilhelm Leuschner, führender gewerkschaftlicher Widerstandskämpfer, am Tag vor seiner Hinrichtung durch die Nazis gefordert haben. Diese Aufforderung wurde von den meisten Gewerkschaftlern als das wichtigste Vermächtnis des gewerkschaftlichen Widerstands angesehen. Die Planungen des gewerkschaftlichen Widerstands, vor allem formuliert in der Emigration, gingen denn auch alle

Dok. G 11

davon aus, das System der Richtungsgewerkschaften der Weimarer Republik zu Gunsten einer Einheitsgewerkschaft zu überwinden.

Zwei unterschiedliche Modelle waren dabei insbesondere entwickelt worden. Zum einen ein straff zentralistisch von oben nach unten organisierter Verband, der in der Anfangsphase sogar auf die nationalsozialistische DAF aufbauen sollte. Dieser Vorschlag wurde vor allem unter dem Einfluß Fritz Tarnows im schwedischen Exil entwickelt.

Dok. G 12 a

Das zweite Modell sah dagegen einen Aufbau von unten nach oben vor. Die verschiedenen Industrie- und sonstigen Gewerkschaften sollten einen gemeinsamen Gewerkschaftsbund als Dachverband bilden. Besonderen Einfluß gewann der unter Hans Gottfurcht im englischen Exil entwickelte Vorschlag.

Dok. G 12 b

Nach 1945 schien unter den deutschen Gewerkschaftlern zunächst das zentralistische Modell bevorzugt zu werden. Dieses Modell scheiterte letztlich am Widerstand der Besatzungsmächte. Eine zentralistisch organisierte Gewerkschaft schien zum einen dem deutschen Hang nach autoritärer Führung zu entsprechen, zum anderen befürchteten die Alliierten eine zu starke Macht einer solchen Gewerkschaft. Nicht zuletzt spielte vor allem bei den Amerikanern die Furcht vor zu starkem kommunistischen Einfluß in dieser Gewerkschaft eine wichtige Rolle.

Die administrativen Behinderungen durch die westlichen Alliierten führten dazu, daß sich die Gewerkschaften in den ersten Jahren sehr stark mit organisatorischen Fragen befassen mußten, was ihren wirtschaftspolitischen Einfluß erheblich einschränkte.

Erst 1949 konnte sich so ein gewerkschaftlicher Dachverband im DGB gründen, der auf dem Prinzip der autonomen Industriegewerkschaften beruhte. Die vom gewerkschaftlichen Widerstand geforderte Einheit wurde damit erreicht, wenn sich auch in der gesonderten Beamtenvertretung und im Ausscheiden der DAG aus dem DGB bald Abspaltungen zeigten.

Auch wenn es gelungen ist, das System der Richtungsgewerkschaften zu überwinden, haben sich insgesamt die großen Hoffnungen der Männer und Frauen des Arbeiterwiderstands für die Zeit nach Hitler nicht erfüllt. Letztlich spielten sie nicht die erwartete Rolle, auch die von ihnen entwickelten sozialistischen Ziele konnten nicht durchgesetzt werden.

Ein Teil der Gründe dafür wurde bereits angeführt. Mit Sicherheit wirkte sich die politische und wirtschaftliche

Entwicklung in der SBZ/DDR auf die Forderung nach sozialistischer Umgestaltung der Bundesrepublik hemmend aus. Die raschen Erfolge der Marktwirtschaft beim wirtschaftlichen Wiederaufbau taten ein übriges, um die Anziehungskraft von Personen und Programmen des demokratischen Sozialismus zu begrenzen.

Daneben spielte aber auch eine große Rolle, daß viele Menschen das eigene Versagen und die eigene Schuld durch Verdrängen von allem, was war, zu bewältigen suchten. Das Ende des dritten Reiches wurde zur „Stunde Null“ erklärt, so als könne man nach Auschwitz einfach wieder von vorne anfangen. Ehemalige Nazis wurden „entnazifiziert“ und durften anschließend wieder dieselben Positionen wie vorher einnehmen. Die Überlebenden Opfer der Verfolgung oder die Angehörigen der ums Leben gekommenen erhielten „Wiedergutmachung“. Nach Entnazifizierung und Wiedergutmachung war für viele die Vergangenheit „bewältigt“, auch die Opfer sollten nun keine weiteren Ansprüche aus ihrem Widerstand oder ihrer Verfolgung ableiten können.

Auch wenn sich die konkreten Hoffnungen vielfach nicht erfüllten, haben die Männer und Frauen des Arbeiterwiderstands einen bedeutenden Anteil am Aufbau der zweiten deutschen Demokratie.

Die Einheitsgewerkschaft, ein Grundelement der politischen Stabilität der Bundesrepublik, ist die Konsequenz aus der bitteren Erfahrung von Diktatur, Verfolgung und Widerstand. Ohne die Gewerkschaften wäre der wirtschaftliche Aufstieg undenkbar gewesen, ohne die Bereitschaft der von ehemaligen Widerstandskämpfern geführten Sozialdemokratie zur konstruktiven Opposition wäre die Schaffung eines nun schon über 30 Jahre funktionierenden demokratischen Rechtsstaats nicht möglich gewesen.

Dok. G 13

G II Aufarbeitung von Exil und Widerstand

Lernzielorientierte Zusammenfassung

Bis zum Beginn der 70er Jahre wurde in den Schulen, wenn überhaupt über den Widerstand gesprochen worden ist, kaum mehr als der 20. Juli behandelt. Die fehlende Bereitschaft zur Aufarbeitung des Widerstands von unten erleichterte vor allem dem in den Nationalsozialismus verstrickten Bürgertum die Verdrängung dieser Vergangenheit. Als ein Teil der Vergangenheit wurden so die Verfolgten mitverdrängt. Das lange Zeit gestörte Verhältnis der Deutschen zum Widerstand von unten wird nur verständlich, wenn man diesen Mechanismus begreift.

Da die DDR den „antifaschistischen Widerstand“ zur wichtigsten Legitimation machte, wurde durch den Antikommunismus des Kalten Kriegs „Antifaschist“ ein eher negativ besetzter Begriff, mit persönlichen Konsequenzen für die ehemaligen Widerstandskämpfer. Nicht zuletzt dadurch ist die Aufarbeitung des Widerstands von unten in der Forschung der Öffentlichkeit, ja selbst in den Institutionen der Arbeiterbewegung, erst mit erheblicher Verspätung vorgenommen worden.

Leitfragen

- Warum sind der 20. Juli und der kirchliche Widerstand bei uns viel bekannter als der Arbeiterwiderstand?
- Wie wird der Arbeiterwiderstand im Unterricht behandelt?
- Welche „Wiedergutmachung“ gab es für den Widerstand?
- Wie wurden und werden Personen aus dem Widerstand in unserer Gesellschaft (und in der DDR) behandelt?
- Welche Bedeutung hat die Aufarbeitung des Widerstands in politischen und gesellschaftlichen Institutionen?
- Wo haben Sie selbst die Aufarbeitung des Widerstands wahrgenommen?

Darstellung

Vom Widerstand der Sklaven im alten Rom vor 2000 Jahren gegen ihre Unterdrücker hören die meisten Deutschen Schüler im Unterricht. Vom Widerstand deutscher Arbeiter gegen den nationalsozialistischen Terrorstaat vor 40 bis 50 Jahren erfahren die wenigsten. Erst sehr allmählich rückt der deutsche Arbeiterwiderstand in das Gedächtnis der geschichtlich interessierten Öffentlichkeit. Bis in die 70er Jahre hinein war Widerstand für viele fast nur verbunden mit dem 20. Juli 1944.

Noch bis heute gedenkt man des deutschen Widerstands in der Bundesrepublik vorzugsweise an diesem Tag. Da liegt es dann nahe, fast nur auf die Umstände und Hintergründe dieses Teils des Widerstandes einzugehen.

Ganz anders der andere deutsche Staat. Gedenkreden an den Widerstand werden dort vor allem am 8. Mai gehalten, der Tag, der in der DDR „Tag der Befreiung“ genannt wird. Befreit wurden an diesem Tag die antifaschistischen Widerstandskämpfer, und d. h. für die DDR insbesondere die Kommunisten.

Während sich in der Bundesrepublik Deutschland keine der großen Parteien in ihren Programmen auf das Erbe des Widerstands beruft, steht im Programm der SED, sie „erfüllt das Vermächtnis der antifaschistischen Widerstandskämpfer“.

Bezeichnend für die unterschiedliche Aufarbeitung des Widerstands in beiden deutschen Staaten ist z. B. ein Vergleich der Artikel zum Thema Widerstand in den bekannten Lexika Brockhaus (Bundesrepublik Deutschland) bzw. Meyer (DDR). So wie im Brockhaus der Arbeiterwiderstand nur so eben erwähnt wird, so wird im „Meyer“ der bürgerliche Widerstand fast bedeutungslos.

Die Ursachen für die einseitige Aufarbeitung des kommunistischen Widerstands in der DDR sind einleuchtend. Der Arbeiterwiderstand ist eine der wichtigsten Legitimationsgrundlagen des SED-Staates. Zahlreiche Straßen und Plätze in der DDR tragen Namen von Opfern der Hitler-Diktatur. Die ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald und Sachsenhausen sind zu monumentalen Gedenkstätten des Widerstands ausgebaut worden. In fast martialischer Form wird im Herzen Ostberlins ein ewiges Feuer zum Gedächtnis an die Opfer von Faschismus und Militarismus von Soldaten der nationalen Volksarmee bewacht.

Der Bedeutung des Arbeiterwiderstands für das geschichtliche Selbstverständnis der DDR entspricht die Aufarbeitung des Arbeiterwiderstands im wissenschaftlichen Bereich. In unzähligen Veröffentlichungen wird deutlich, wie stark in der DDR der Widerstand von unten von Anfang an erforscht worden ist. Bei den Veröffentlichungen wird allerdings einseitig der kommunistische Widerstand in den Vordergrund gerückt. Sozialdemokraten werden allenfalls dann entsprechend berücksichtigt, wenn sie zu einer engen Zusammenarbeit mit den Kommunisten bereit gewesen sind. Der bürgerliche Widerstand erfährt dabei erst in den letzten Jahren eine gewisse Würdigung.

Der bürgerliche Widerstand stand dagegen im Mittelpunkt

der Forschung in der Bundesrepublik bis weit in die 60er Jahre. Ursprünglich war der Schwerpunkt der gesamten Forschung auf den 20. Juli und die Erforschung des kirchlichen Widerstands gerichtet. Ergänzt wurde dies durch Veröffentlichungen zu anderen bürgerlichen Widerstandsgruppen wie z. B. „Weiße Rose“ oder „Kreisauer Kreis“.

„Aufstand des Gewissens“ war der Titel eines Buches von Annedore Leber über den Widerstand, der die Richtung der Widerstandsaufarbeitung gut wiedergibt, auch wenn das Buch selber sich keineswegs nur mit dem bürgerlichen Widerstand befaßt. Nicht die Forschung über den Umfang des Widerstands stand im Vordergrund, sondern die Rehabilitation der nun wieder bestimmenden alten bürgerlichen Eliten durch die Forschung.

Diese Art der Aufarbeitung wurde verstärkt durch die Entwicklung im Kalten Krieg und die damit verbundene Aktualisierung der Totalitarismustheorie. Als Alternativen wurden nun der bürgerliche, auf ethische Werte abzielende Widerstand und der kommunistische Widerstand, der das eine Terrorsystem nur durch ein anderes ersetzen wollte, gegenübergestellt.

Diese Forschung, verbunden mit der öffentlichen Diskussion über den Widerstand, hatte ihre Auswirkungen auf die Behandlung des Widerstands im Unterricht. Im Mittelpunkt, zumindest der Schulbücher, stand jeweils der 20. Juli und der militärische Widerstand. Der Arbeiterwiderstand kam in seinem tatsächlichen Umfang nicht zur Würdigung, der Bereich des Exils als ein Teil des Widerstands wird praktisch nicht erwähnt.

In einer neueren Schulbuchanalyse von Torsten-Dietrich Schramm wird nachgewiesen, daß sich an diesem Tatbestand auch in den jetzt verwendeten Schulbüchern wenig geändert hat. Wo der Arbeiterwiderstand im Unterricht behandelt wird, ist es nach wie vor überwiegend der Initiative einzelner Lehrer zu danken.

Durch die einseitige Aufarbeitung des Widerstands von oben (Offiziere, Kirchenführer) wurde die Identifikation mit Angehörigen des Widerstands außerordentlich erschwert. Dies bewirkte eine sehr einseitige Beurteilung dessen, was überhaupt sinnvolle Formen des Widerstands gewesen seien. Verstärkt wurde das noch durch eine entsprechende Rechtsprechung.

Letztlich fiel so der Widerstand als Legitimationsprinzip für demokratische Werte aus. Bei den meisten der als beispielhaft herausgestellten Widerstandskämpfer war das ursprüngliche Motiv nicht die Verteidigung demokratischer

Dok. G 14
a—b

Dok. G 15

Dok. G 16

Rechte, sondern Abscheu vor den unsagbaren Verbrechen der Nazis.

Dieser Aufarbeitung des Widerstands entsprach die Behandlung von ehemaligen Widerstandskämpfern aus dem Bereich des Arbeiterwiderstands. „Wiedergutmachung“ für erlittenes Unrecht mußte häufig in langwierigen erniedrigenden Verfahren vor Gericht erstritten werden. Durch den § 6 Bundesentschädigungsgesetz von 1956 wurden Kommunisten, die sich nach wie vor zu ihrer kommunistischen Überzeugung bekannten, von der staatlichen Wiedergutmachung ausgeschlossen.

Dok. G 23

Noch 1978 wurde eine öffentliche Diskussion von dem CSU-Bundestagsabgeordneten von Stauffenberg über die Frage entfacht, ob Herbert Wehner, der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, als ehemaliger Kommunist die Rede bei der offiziellen Gedenkfeier für die Opfer des 20. Juli halten dürfe. Als 1974 diese Rede von dem vormaligen Marinerichter Hans Karl Filbinger gehalten wurde, sah Stauffenberg das Erbe seines Vaters nicht in Gefahr.

Dok. G 17

Diskriminiert wurden in der Öffentlichkeit vor allem ehemalige Emigranten, dann wenn sie eine wichtige Position im Staat anstreben wollten. Beispiel ist die Diskussion um die Exiltätigkeit Willy Brandts in den Bundestags-Wahlkämpfen 1961 und 1965. Führende CDU- und CSU-Politiker hatten sich an dieser denunziatorischen Diskussion beteiligt, deren Langzeitwirkungen bis heute zu spüren sind. Längst war vergessen, wie man einst die Deutschen im Exil zur Rückkehr aufgefordert hatte.

Dok. G 18

Dok. G 21

Immer noch werden über die Auftritte ehemaliger Widerstandskämpfer in Schulen öffentliche Diskussionen geführt, die den Widerstand nachträglich diskreditieren und junge Menschen schwerlich dazu bringen, sich intensiver mit diesem Teil der deutschen Geschichte zu befassen. Noch heute wird in kleinlicher, z. T. peinlicher Form über Zuschüsse an Ausstellungen über den Widerstand gefeilscht, weil einige Darstellungen „umstritten“ seien oder weil auch der kommunistische Widerstand erwähnt wird. Gleichzeitig werden Millionenbeträge für Ausstellungen über die Stauer oder die Wittelsbacher gewährt, ohne daß geprüft wird, ob diese Form einseitiger Traditionspflege dem demokratischen Selbstverständnis unseres Staates entspricht.

Dok. G 19

Eine konsequente Aufarbeitung des Widerstands durch die verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Institutionen fand bis heute nicht statt. Dies gilt in besonderem Maße für den Widerstand aus der Arbeiterbewegung.

G III Bedeutung des Widerstands für uns heute

Lernzielorientierte Zusammenfassung

Heute berufen sich unterschiedliche Gruppen aus den verschiedensten Gründen auf ein vermeintliches oder tatsächliches Vermächtnis des deutschen Widerstands. Der Respekt vor den Opfern und dem Erbe des Widerstands sollte uns gegenüber einem inflationären Gebrauch dieses Begriffs vorsichtig machen. Es muß klargestellt werden, daß der Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen oder andere für verhängnisvoll gehaltene Entwicklungen in einer intakten Demokratie mit dem Widerstand gegen die NS-Diktatur nicht vergleichbar ist. Politisches Engagement soll verhindern, daß wieder Verhältnisse entstehen, in denen Widerstand unter Gefahr für Leib und Leben notwendig wird.

Die Tradition des Widerstandes verpflichtet uns heute, alles zu tun, um ein Wiedererstarken von nazistischem Gedankengut und neonazistischen Gruppen zu verhindern.

Das Vermächtnis des Widerstands fordert uns auch auf, Angehörige von Ländern, in denen diktatorische Regimes herrschen, so zu unterstützen, wie es die politisch Verfolgten des Nationalsozialismus vom Ausland erwartet haben. Ausschlaggebend für die Unterstützung muß dabei die Not der Verfolgten sein und nicht die Ideologie des Staates, aus dem diese Menschen kommen.

Leitfragen

Hat der deutsche Arbeiterwiderstand für uns heute noch Bedeutung?
Unter welchen Bedingungen ist Widerstand in unserer Gesellschaft berechtigt und geboten?

Was müssen wir tun, damit Widerstand in unserer Gesellschaft nicht notwendig wird?

Wodurch unterscheiden sich Widerstandshandlungen im Nationalsozialismus von Zivilcourage, vom Protest, Demonstrationen, politischen Aktionen in demokratischen Gesellschaften?

Wie verhalten wir uns gegenüber Forderungen, Erwartungen, Hilferufen von Widerstandskämpfern, Dissidenten oder politischen Flüchtlingen aus diktatorisch regierten Staaten?

Ist die Unterstützung von Dissidenten und politisch Verfolgten (z. B. im Ostblock/DDR) eine moralische Verpflichtung oder eine Einmischung in die Angelegenheiten souveräner Staaten?

Was lehrt uns der Widerstand von damals für die Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus heute?

Darstellung

Wenn Geschichtskennntnis und Geschichtsbewußtsein Voraussetzungen zur politischen Parteilnahme und Teilnahme sind, gilt es, sich mit dem Vermächtnis des Widerstands, vor allem des Widerstands von unten, auseinanderzusetzen und die Tradition des Widerstands der Arbeiterbewegung wachzuhalten und seine Erfahrungen weiterzutragen. Deshalb soll in diesem Abschnitt danach gefragt werden, was diese Erfahrungen für uns heute bedeuten.

Dok. G 20

Die Tradition des Widerstands

Die demokratische Tradition des deutschen Widerstands, trotz unterschiedlicher Herkunft und politischer Auffassung, liegt im gemeinsamen Ziel der Bekämpfung des nationalsozialistischen Unrechtsregimes. Dies bedeutet auch, daß sich die Kontinuität der politischen und menschlichen Wertvorstellungen der Arbeiterbewegung heute noch fortsetzt. Neben der politischen Orientierung an einer demokratischen Gesellschaft war die Orientierung an der Unverletzbarkeit der Würde des Menschen an Freiheit und Gerechtigkeit und an der Unversehrtheit der Persönlichkeit des anderen Grundlage des Widerstands der Arbeiterbewegung.

Die Vielfalt der Beweggründe und die verschiedenen Rahmenbedingungen während der Widerstandszeit verhinderten in der Regel gemeinsame Aktionen. Die unterschiedlichen politischen und Ideologischen Ziele der Erforschung und Inbesitznahme des Widerstands heute trugen später zu einer wieder verschiedenen Interpretation, manchmal sogar zu einer Perversion, der Bedeutung des Widerstandsgedankens bei.

Dok. G 21

Dok. G 22

Als Beispiel dafür, daß einige Gruppen den Widerstand für sich und ihre Legitimation benutzen, kann die Diskussion um die Gedächtnisrede zum 20. Juli 1978 dienen, als der Sohn des Attentäters vom 20. Juli 1944, der CSU-Bundestagsabgeordnete Franz Ludwig Graf Stauffenberg, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner das Recht abgesprochen hat, des 20. Juli 1944 zu gedenken.

Dok. G 23

Auf der anderen Seite haben die Nachwirkungen des beiderseitigen Kampfes in der Arbeiterbewegung während der Weimarer Republik die Folgen des Kalten Krieges in der Nachkriegszeit und die heute noch erheblich unterschiedlichen Positionen „eine Einheit in der Anerkennung der prinzipiellen Verschiedenheit der politischen Kräfte“ verhindert.

Um der Tradition des Widerstands gerecht zu werden, genügt es nicht, den Widerstand nur rein geschichtlich zu betrachten, es ist aber auch unredlich, den Widerstand ohne seinen historischen Zusammenhang nur für einseitige (partei-)politische Zwecke in Anspruch zu nehmen.

Es reicht nicht aus, Kenntnisse über den Widerstand und den Nationalsozialismus zu vermitteln. Ebenso wenig reicht es aus, bei Gedenktagen und im Geschichtsunterricht auch durch das Anbieten von positiven Identifikationsmöglichkeiten mit NS-Verfolgten — so wichtig sie sind —, Betroffenheit zu wecken. Die Beschäftigung mit dem demokratisch-sozialistischen Widerstand muß diese Betroffenheit aufgreifen. Sie muß zeigen, wie die Vergangenheit die Gegenwart bestimmt, sie muß die Erfahrung von demokratischen Verhaltensweisen und Solidarität ermöglichen. Sie muß auffordern zu fragen, was wir heute tun können, wie wir verhindern können, daß so etwas wieder geschieht.

Der Auftrag des demokratisch-sozialistischen Widerstands liegt für uns heute vorwiegend in der politischen Aufgabe:

- die Demokratie und die Achtung der Menschenrechte zu stärken sowie überkommene Strukturen und neue Entwicklungen, die sich mit dem Anspruch und dem Selbstverständnis eines freien und demokratischen Rechtsstaates nicht vereinbaren lassen, aufzudecken;
- den Widerstandskämpfern und politisch Verfolgten aus diktatorisch regierten Ländern unsere Solidarität zu beweisen;
- und das Wiederaufleben faschistischer und rechtsextremer Tendenzen in der Bundesrepublik zu verhindern.

Engagement für eine demokratische Gesellschaft

Gerade die Erfahrung der Unwirksamkeit des Widerstandes gegen das NS-Regime macht die Notwendigkeit deutlich, diktatorische Entwicklungen von Anfang an zu verhindern.

Verantwortungsvolles Engagement und die Mitbestimmung der Bürger in Staat und Gesellschaft sind notwendige Folgerungen für den, der aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Lehren ziehen will.

An sich völlig unpolitische Menschen haben das NS-Regime durch Schweigen, Mitläufertum, Denunziationen und Verweigerung von Hilfestellungen absichtlich oder unabsichtlich unterstützt.

Das zeigt, wie groß das Ausmaß der Anpassungs- und Kooperationsbereitschaft vieler Deutscher gegenüber der nationalsozialistischen Herrschaft war.

Es gab aber auch zahlreiche Frauen und Männer, die sich im Alltagsleben dem NS-Regime widersetzen und dabei immer wieder ihre eigene Freiheit, Gesundheit und Leben auf's Spiel setzten.

Das Eintreten gegen Ungerechtigkeit, das Engagement für benachteiligte Minderheiten oder Randgruppen, die Verhinderung des Abbaus demokratischer Rechte, der Einsatz für die Verwirklichung der Grundrechte, ergeben sich für die Mitglieder der Arbeiterbewegung aus den Werten, die in der Tradition des Arbeiterwiderstandes bewahrt worden sind.

Die Tradition des Widerstands gegen das NS-Regime verpflichtet die Bürger zu aktivem gesellschaftspolitischem Engagement gegen Rechtsverletzungen und Gefährdungen der demokratischen Grundrechte.

Dok. G 24

Allerdings findet oppositionelles Verhalten in einem demokratischen Staat, sei es in Bürgerinitiativen oder in Aktionen gegen politische Entscheidungen oder gesellschaftspolitische Entwicklungen unter grundsätzlich anderen Bedingungen statt, wie der Widerstand von damals.

Der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat bietet genügend Spielraum, Widerstand im Sinne von Widerstehen, Sich-Widersetzen, Sich-Entgegenstellen im Rahmen gesetzmäßiger Handlungen zu leisten.

Also Handlungen, die weit vor dem in Artikel 20, Absatz 4 Grundgesetz garantierten Recht auf Widerstand zur Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates, liegen. Dort heißt es:

„Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Solidarität mit Widerstandskämpfern und politisch Verfolgten im Ausland

Das Eintreten für demokratische Grund- und Menschenrechte, Widerstand als Gegenpol zu diktatorischen Staaten, die Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen der Emigranten und der politischen Flüchtlinge im Exil dürfen sich nicht nur auf die Gestaltung unserer Gesellschaft im Inneren richten, sondern müssen sich auch auf unser Verhältnis zu den anderen Staaten beziehen. Dabei gilt es, zwi-

schen der Einhaltung internationaler diplomatischer Gepflogenheiten und einer nicht nur ideellen und moralischen Unterstützung für politisch Verfolgte und Widerstandskämpfer in diktatorisch regierten Staaten zu unterscheiden. Hier darf die ideologische Ausrichtung der jeweiligen Staaten und der Widerstandskämpfer kein Maßstab für unser Eintreten gegen die Verletzung der Menschenwürde und demokratischer Prinzipien sein.

Das Eintreten und der Einsatz für die Menschenrechte darf sich aber nicht vor „diplomatischen Barrieren fürchten“, so schwierig dieser Grundsatz auch in der Außenpolitik eines demokratischen Staates zu verwirklichen sein mag.

Schwer lösbare Fragen, für deren Beantwortung es keine allgemeingültigen Richtlinien gibt, stellen sich bei der Parteilnahme für politische Befreiungsbewegungen oder bei der Unterstützung, welcher Art sie auch immer sei, für diktatorisch regierte Systeme. Diese Entscheidungen müssen in jedem Einzelfall neu begründet und offen vertreten werden.

Dok. G 25

Gerade die Verantwortlichen der staatlichen Organe und die Bürger der Bundesrepublik werden sich in ihrem Verhalten auch gegenüber Asylbewerbern an den Erwartungen der Emigranten im Exil damals messen lassen müssen.

Dok. G 26

Der Artikel 16 (2) Satz 2 Grundgesetz bestimmt:

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“

Politisch Verfolgter ist, wer wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung fürchten muß, verfolgt zu werden und deshalb seinen Heimatstaat verlassen mußte und nicht mehr zurückkehren kann und will.

Dok. G 27

Das Asylrecht als Grundrecht und als Ergebnis schmerzlicher Erlebnisse deutscher Verfolgter während des NS-Regimes kann in seinem Wesensinhalt nicht verändert werden und wird durch die Gesetze zur Beschleunigung des Asylverfahrens und das Ausländergesetz näher beschrieben.

Der an sich klar umrissene unverzichtbare Kerngehalt ist manchmal durch einzelne Verwaltungsmaßnahmen nicht beachtet worden.

Dies und die Probleme, die sich aus der steigenden Inanspruchnahme des Asylrechts ergeben, und eine gewisse Fremdenfeindlichkeit bei Teilen der deutschen Bevölkerung, führten zu einer öffentlichen Diskussion um die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl.

Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus

Dok. G 28

Die zunehmende Zahl der neonazistischen Aktivitäten in den letzten Jahren und der immer stärker werdende Anteil der Gewalttaten an neonazistischen Ausschreitungen machen deutlich, wie notwendig es auch heute wieder ist, sich mit den Nachfolgern und Nacheiferern der NS-Ideologie aktiv auseinanderzusetzen.

Die Erfahrungen des Widerstandes im Dritten Reich und die ungenügende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der Gesellschaft der Nachkriegszeit sind warnende Beispiele für eine Vernachlässigung dieses Kampfes.

Wenn diesen Anfängen nicht entschieden und mit gesetzlichen und politischen Mitteln entgegengetreten wird, können z. B. bei tiefgreifenden Veränderungen der ökonomischen Rahmenbedingungen sich auch größere Kreise der deutschen Bevölkerung dem neofaschistischen Gedankengut anschließen und dies könnte wiederum zu einer Gefährdung der Menschenrechte und demokratischen Gesellschaftsordnung führen.

Dok. G 29

Problematisch ist die Unsicherheit vieler Menschen gegenüber den Positionen des Rechtsextremismus und die Anfälligkeit vieler Jugendlicher, die die Erfahrungen des Dritten Reiches nicht erlebt haben und die durch die Attraktivität rechtsextremistischer neonazistischer Organisationen angezogen werden.

Dok. G 30

Die unter dem Namen SINUS-Studie bekannt gewordene Untersuchung aus dem Jahre 79/80 (veröffentlicht 1981) weist nach, daß 13 Prozent der Wahlbevölkerung über ein „Ideologisch geschlossenes rechtsextremes Weltbild“ verfügen und die Hälfte davon (6 Prozent) auch gewaltsamen Protest akzeptiert. Allerdings mißt die Studie nur Einstellungen, nicht aber tatsächliches Verhalten. Sie stellt auch keineswegs eine „Beleidigung des deutschen Volkes“ dar, wie der CDU-Innenminister von Schleswig-Holstein (1981) vorschnell kritisierte.

Die Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus muß sich mit folgenden Ideologischen Mustern und propagandahafte Phrasen beschäftigen:

- Das NS-Regime wird verharmlost und beschönigt. Der Nationalsozialismus wäre an sich eine gute Sache gewesen, die nur schlecht ausgeführt worden sei.
- Die deutsche Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wird geleugnet, der deutsche Widerstand und Antifaschismus als Landesverrat diffamiert. Die Verfol-

gung und systematische Ermordung von Millionen Juden als „Auschwitz-Lüge“ oder „Vergasungsschwindel“ abgestritten.

- Antisemitismus, Rassismus und völkischer Rassismus werden als neue „alte Werte“ bezeichnet.
- Demokratische Verfassungs- und Gesellschaftsordnungen werden unter Berufung auf das Führerprinzip abgelehnt. Ziel ist die Beseitigung der Demokratie und die Errichtung eines dem NS-Staat ähnlichen Regimes.
- In letzter Zeit wurde auch der Umweltschutz als Aufgabe der Volksgemeinschaft entdeckt und propagiert. Der Ökologie-Begriff der sogenannten Öko-Rechten gleicht in vielen Punkten den früheren „Blut- und Boden“-Thesen, z. B. Kampf gegen die Umweltzerstörung, idealisierte Sicht des Bauernstandes, Zerstörung sittlicher Werte, Aversion gegen Parteien und Gewerkschaften, Kampf gegen Überfremdung des Deutschtums, Ablehnung von Ehen mit Ausländern und anderes mehr.

Die SINUS-Studie zeigt weiterhin auf, daß zur rechtsextremen Seite nicht nur politische Außenseiter gehören, sondern daß dieses Einstellungspotential weit verbreitet ist. 37 Prozent der deutschen Wahlbevölkerung akzeptieren autoritäre Einstellungen, dies weist auf die Anfälligkeit für rechtsextreme Positionen hin, denen es frühzeitig entgegenzutreten gilt.

Dok. G 30

Dok. G 31

Methodisch-didaktische Hinweise

Die Themen dieses Bausteins werden in der Regel am Ende eines Seminars zum Widerstand stehen. Da der Inhalt des Bausteins bis zur Gegenwart reicht, dürfte er besonders gut auch in Veranstaltungen zu anderen Themenbereichen eingesetzt werden können, z. B. in Seminaren über die Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit, die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, Vergleiche der Entwicklung beider deutscher Staaten usw.

G 1 Bedeutung von Widerstand und Exil für das Nachkriegsdeutschland

Bei der Behandlung dieses Schwerpunkts sollten zwei Fragen herausgearbeitet werden, die je nach Seminarverlauf auch unabhängig voneinander behandelt werden können. Frage 1: Welchen Einfluß hatte der Arbeiterwiderstand auf die Entwicklung in der Nachkriegszeit? Da es hier vielfach an Grundinformationen fehlt, empfiehlt sich als Einstieg ein kurzes Referat oder ein Lehrgespräch (Basis: Darstellung G 1) über die politischen Bedingungen der Nachkriegszeit. Anschließend werden in Gruppen anhand der Dokumente F 13 c und G 2 die wesentlichen Forderungen der Widerstandskämpfer an die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft herausgearbeitet.

Leitfragen für die Gruppenarbeit:

— Wie stellten sich die Angehörigen des Arbeiterwiderstandes das künftige Deutschland vor?

— Was ist von diesen Vorstellungen verwirklicht worden?

Von Seminarteilnehmern, die mit einem Verfassungstext arbeiten können, könnte zusätzlich verglichen werden, welche der Forderungen in das Grundgesetz Eingang gefunden haben. Die Ergebnisse der Gruppenarbeit werden im Plenum vorgestellt, und anschließend sollte gemeinsam diskutiert werden, warum nur ein Teil dieser Forderungen durchgesetzt werden konnte. Als Ergänzung und um einen Eindruck von den damaligen Bedingungen zu vermitteln, empfiehlt sich die Vorführung des Films „Deutschland 1945“.

Frage 2: Warum kam es trotz gemeinsam erlittener Verfolgung nicht zu einem Zusammengehen der Arbeiterparteien SPD und KPD?

Diese Frage sollte vor allem dann aufgegriffen werden, wenn die Diskussion über die „Einheitsfront“ im bisherigen Seminar-Verlauf eine vorrangige Rolle gespielt hat. Diese Frage ist besonders für Gruppenarbeit geeignet. Anhand der Dok. G 6, G 7, G 8 und G 9 werden folgende Leitfragen diskutiert:

— Gab es Erwartungen der jeweiligen Parteimitglieder, die „Spaltung der Arbeiterbewegung“ zu überwinden? (Dok. G 8)

- Wie war das Verhältnis Kurt Schumachers zur KPD? (Dok. G 9)
- Wie war das Verhältnis der KPD zu einer demokratischen Entwicklung? (Dok. G 6, Dok. G 7)
- Entsprach die Entwicklung in der SBZ den Forderungen der KPD an die Nachkriegsentwicklung? (Dok. G 6, Dok. G 7)
- Welche Aussichten hätte eine zusammengeschlossene Arbeiterpartei nach 1945 gehabt? (Dok. G 10)

Die Ergebnisse der Gruppenarbeit können im Plenum in einer pro- und contra-Diskussion dargestellt werden.

Weitere Möglichkeiten zur Behandlung des Schwerpunktes im Seminar sind je nach Zusammensetzung der Teilnehmer bzw. der zur Verfügung stehenden Zeit z. B. für Gewerkschaftsgruppen: Vergleich der Forderungen nach dem Neuaufbau der Gewerkschaften in der Emigration (Dok. G 12 a + b) mit dem tatsächlichen Aufbau des DGB; oder: Plenumsdiskussion über die Begriffe „Entnazifizierung“, „Wiedergutmachung“, „Bewältigung“ anhand des Textes Dok. G 13.

G 2 Aufarbeitung von Exil und Widerstand

In diesem Schwerpunkt soll verdeutlicht werden, daß und warum der Arbeiterwiderstand so unbefriedigend aufgearbeitet worden ist. Da dies auch eine Erfahrung der meisten Teilnehmer sein dürfte, kann unmittelbar an dieser Erfahrung angesetzt werden.

In Kleingruppen notieren die Teilnehmer, wo und wie sie bisher vom Arbeiterwiderstand gehört haben. Anschließend sollte in einem Referat bzw. in einer gemeinsamen Diskussion die Ursachen der mangelhaften Aufarbeitung erklärt werden.

Wenn für Gruppenarbeit mehr Zeit zur Verfügung steht, kann von den Teilnehmern anhand der Dok. G 14 a und G 15 erarbeitet werden, wie der Widerstand in der BRD dargestellt wird.

Leitfragen zur Gruppenarbeit:

— Welchen Umfang hat in den Lexikonartikeln der Arbeiterwiderstand, welchen der bürgerliche Widerstand?

— Wird eine Begründung des Widerstands angegeben und wenn ja, bei wem und welche?

— Welche Formen des Widerstands werden als „sinnvoll“ angesehen und beschrieben?

Die Ergebnisse der Gruppenarbeit werden mit dem Widerstandsbild des Bundesgerichtshofs anhand des Urteils von 1961 (Dok. G 16) verglichen. Für bestimmte Gruppen, z. B. in einem Seminar zur Politik beider deutscher Staaten, ist ein Vergleich der Darstellung des Widerstands in der BRD mit der Aufarbeitung des Widerstands in der DDR sinnvoll (Dok. G 14 a + b).

Eine andere Möglichkeit zur Behandlung des Schwerpunkts ist die Diskussion konkreter Fälle in Form eines Rollenspiels, z. B.

„Stadttratssitzung“

Ein Platz in der Stadt soll nach einem Widerstandskämpfer benannt werden, der vor seiner Hinrichtung durch die Nazis in dieser Stadt gelebt hat. Sein politischer Standort (SPD oder KPD) ist nicht mehr genau zu bestimmen. Die entsprechende Stadttratssitzung soll gespielt werden. Die Zusammensetzung des Stadtrats kann dabei entsprechend der Teilnehmerzahl festgelegt werden.

Diskussion im Schulunterricht.

Schüler schlagen vor, einen ehemaligen Widerstandskämpfer in den Unterricht einzuladen. Ein Teil der Schüler und der Lehrer lehnt das ab, weil der eingeladene Widerstandskämpfer früher in der KPD gewesen sei.

G 3 Bedeutung des Widerstands für uns heute

Vorrangiges Ziel dieses Schwerpunktes ist nicht die Grundlagenvermittlung, sondern die Auseinandersetzung mit der Frage: Wie müssen wir uns heute verhalten, damit ein Widerstand wie der gegen die NS-Diktatur nicht mehr notwendig wird? Hierzu gehört auch das Herausarbeiten der Unterschiede zwischen Widerstand gegen eine Diktatur und Widerstand in einer demokratischen Gesellschaft im Sinne von widerstehen, sich entgegenstellen, gegen-den-Strom-schwimmen.

Für die Behandlung in einem Wochenseminar bietet es sich an, die Abschnitte dieses Schwerpunktes (Bedeutung des Widerstands heute / Engagement für eine demokratische Gesellschaft / Menschenrechte und Asyl / Neofaschismus) in getrennten Arbeitsgruppen behandeln zu lassen oder sich auf einen Abschnitt zu konzentrieren. Dies hängt von den Zielen der Veranstaltung, dem Verlauf des Seminars und den Interessen und Erwartungen der Teilnehmer ab.

Bedeutung des Widerstands heute

Projektarbeit / Interview

Die Kenntnis vom Widerstand und dessen Bedeutung ist unterschiedlich. Eine Befragung der Bevölkerung mit Video oder Tonband vermittelt ein breites Spektrum.

Die Arbeitsgruppe kann aufgrund der vorangegangenen Bausteine einige Fragen für das Interview entwerfen. Die Befragten können Straßenpassanten oder Mitglieder bzw. Vertreter der Gewerkschaften oder Parteien, Kirchen oder sonstiger Verbände sein.

Die Antworten werden dann strukturiert und in Ausschnitten dem Plenum vorgestellt und diskutiert.

Engagement für eine demokratische Gesellschaft

Gruppenarbeit mit Texten und Filmauswertung.

In Gruppenarbeit können die Dokumente 24 a–f auf ihren Widerstands-

begriff befragt werden. Die Gruppe soll dann selbst formulieren, was Widerstand in einer demokratischen Gesellschaft bedeutet und in welchen Situationen Widerstand notwendig wäre und wo sie selbst Widerstand leisten würde (Dok. G 25).

Der Film „Abraham — Ein Versuch“ macht deutlich, wie schwierig es ist, einem Befehl nicht zu folgen, auch wenn dieser nicht mit physischer Gewalt durchgesetzt wird.

Menschenrechte und Asyl

Filmanalyse und Auswertung der Dokumente

Der Film „Im Jahr der Folter“ (LFD NW) zeigt Ausmaß und Ursachen der Folter auf. Mit Hilfe des Dokuments G 25 lassen sich die Fragen bearbeiten: Wie verhalten wir uns bei Gefährdung der Menschenrechte? Was tun wir, um dies zu verhindern? Bedeutet uns Asylrecht nur ein Recht oder auch Verpflichtung?

Neofaschismus

Filmanalyse und Auswertung der Dokumente

In dem Film „Wotans Erben“ äußern sich Jugendliche zu der Frage, warum sie Mitglied neonazistischer Organisationen geworden sind und weshalb sie das Gedankengut des Nationalsozialismus akzeptieren. Daran kann sich die Bearbeitung der Dokumente G 28–G 31 anschließen.

Leitfragen: Wie können wir den „Argumenten“ der Neuen Rechten begegnen?

Wie verhindern wir eine weitere Ausbreitung dieses Gedankengutes? Diese Arbeitseinheit kann auch zur Entwicklung konkreter Aktionen führen, entweder zu Bildungsveranstaltungen, zu einem regionalen oder lokalen Arbeitskreis (Nationalsozialismus, Widerstand, Neofaschismus), zu Ausstellungen, Leserbriefen, Kundgebungen oder anderen öffentlichen Aktionen.

Rollenspiel

„Jugendzentrumsrat:“

Planung eines Arbeitskreises „Nationalsozialismus, Widerstand und Neofaschismus in unserer Gegend“ mit dem Ziel öffentlicher Aktionen und einer Ausstellung. Es muß ein Antrag auf die Genehmigung durch den Stadtrat gestellt werden.

Hinweise zur weiterführenden Arbeit

Andere Möglichkeiten, die wesentlich mehr Zeit benötigen und nicht an einem Halbtage durchzuführen sind, wären Projektarbeiten wie z. B.

- Untersuchung der Schulbücher, Lesebücher, Lehrpläne, zum Widerstand der Arbeiterbewegung (u. a. mit Lehrern und Schülern)
- Analyse von Stadtplänen nach Namen von Widerstandskämpfern
- Analyse von Ausstellungskatalogen, parteiorientierten Ortsvereinschroniken.

Podlumsdiskussion:

Widerstand in der NS-Zeit — Widerstand in der Bundesrepublik

Teilnehmer:

Atomkraftgegner

Widerstandskämpfer

Parteienvertreter

Vertreter der Friedensbewegung

Bundeswehrsoldaten

Literaturhinweise

- T.-D. Schramm: Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1980
- Widerstand 1933—1945. Sozialdemokraten und Gewerkschaftler gegen Hitler. Ausstellungskatalog. Hrsg. v. Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1980
- Alltag im Nationalsozialismus (Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte Lehrer- und Schülerheft) hrsg. von der Körber-Stiftung, Hamburg 1980
- D. Boßmann (Hrsg.): Was ich über Adolf Hitler gehört habe, Frankfurt 1977
- A. Meyer/K.-K. Rabe: Unsere Stunde wird kommen. Rechtsextremismus unter Jugendlichen, Bornheim-Merten 1980
- K. Sochatzky u. a.: Neofaschismus im Schülerurteil. Eine empirische Studie, 2. erw. Auflage, Frankfurt 1981
- P. Dudek (Hrsg.), Hakenkreuz und Judenwitz. Antifaschistische Jugendarbeit in der Schule, Bernsheim 1980
- H. G. Lehmann, In Acht und Bann. Politische Emigration, NS-Ausbürgerung und Wiedergutmachung am Beispiel Willy Brandts, München 1976
- J. Becker/T. Stammen/P. Waldmann (Hrsg.), Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. München 1979
- M. Overesch, Deutschland 1945—1949. Vorgeschichte und Gründung der Bundesrepublik. Königstein 1979
- T. Pirker, Die SPD nach Hitler

Verzeichnis der Dokumente

Dok. G 1	Kurt Schumacher zum Führungsanspruch der Sozialdemokratie	679
Dok. G 2	Buchenwalder Manifest	680
Dok. G 3	Amerikanische Pressestimmen zum 20. Juli 1944	684
Dok. G 4	Grundlage des Verhältnls der amerikanischen Besatzungsmacht zu den Deutschen	685
Dok. G 5	Potsdamer Abkommen	685
Dok. G 6	Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands (Auszüge)	688
Dok. G 7	Anweisungen Ulbrichts an die kommunistischen Funktionäre	689
Dok. G 8	Gemeinsamer Aufruf von Sozialdemokraten und Kommunisten aus Hamburg zum Zusammenschluß der beiden Parteien	690
Dok. G 9	Kurt Schumacher zum Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten im August 1945	691
Dok. G 10 a-b	Wahlergebnisse der Nachkriegszeit	692
Dok. G 11	Daten der Verfolgung und des Exils der Mitglieder des SPD-Vorstands von 1946	694
Dok. G 12 a-b	Planungen in der Emigration für den Wiederaufbau der Gewerkschaften	695
Dok. G 13	Lea Fleischmann über die Bedeutung des Wortes „Wiedergutmachung“	697
Dok. G 14 a-b	Artikel in Lexika der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zum Stichwort: Widerstand	698
Dok. G 15	Darstellung des Widerstands in einem Lehrbuch für den Geschichtsunterricht in der Bundesrepublik (1968)	704
Dok. G 16	Gerichtsurteil zum Widerstandsrecht	705
Dok. G 17	CDU/CSU-Politiker zur Emigration Willy Brandts	706
Dok. G 18	Aufruf der Ministerpräsidenten an die deutschen Emigranten	707
Dok. G 19	Kontroverse um eine Ausstellung über den Widerstand ...	708
Dok. G 20	Willy Brandt über Lehren des Widerstands	711
Dok. G 21	Kontroverse um Auftritt eines Widerstandskämpfers in einer bayerischen Schule	712
Dok. G 22 a-b	Perversion des Widerstandsgedankens	714
Dok. G 23 a-b	Kontroverse um Herbert Wehner und den 20. Juli 1944 ...	715
Dok. G 24 a-f	Zum Widerstandsbegriff	719
Dok. G 25	Widerstand und Menschenrechte	724
Dok. G 26	Emigration aus Deutschland 1933—1948	729
Dok. G 27	Asylrecht in der Bundesrepublik Deutschland	730
Dok. G 28	Rechtsextremistische Aktionen	736
Dok. G 29	Attraktivität des Rechtsextremismus bei Jugendlichen ...	737
Dok. G 30	SINUS-Studie: Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland	738
Dok. G 31	Bekämpfung des Neonazismus	740

Dok. G 1

Kurt Schumacher zum Führungsanspruch der Sozialdemokratie Auszug aus einem Aufruf Kurt Schumachers vom Sommer 1945

III. Führungsanspruch der Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratische Partei kann und will nicht behaupten, daß Ihr Kampf um die Gestaltung der Weimarer Republik in den Jahren 1918 bis 1933 ohne Fehler und personelle Versager gewesen ist. Aber das könnte schließlich keine Partei in keinem Lande der Welt von sich aussagen. In Deutschland waren die Fehler aller anderen Parteien größere und entscheidendere. Es waren grundsätzliche und bestanden in der verhängnisvollen Verkennung geschichtlicher Möglichkeiten und Notwendigkeiten. Die Bürgerlichen hatten die staatspolitische und die Kommunisten die klassenpolitische Notwendigkeit der Demokratie nicht erkannt. Die Sozialdemokratische Partei ist die einzige Partei in Deutschland gewesen, die an der großen Linie der Demokratie und des Friedens ohne Konzessionen festgehalten hat. Darum kann nur sie allein von sich sagen, daß die Grundsätze Ihrer Politik Ihre Prüfung vor dem Richterstuhl der Geschichte bestanden haben. Alle anderen Richtungen in Deutschland sind mehr oder weniger schuld an dem Aufkommen des Nazismus, haben entweder seine geistigen und politischen Grundlagen oder seine praktischen und taktischen Voraussetzungen geschaffen. Neben der Sozialdemokratie käme als Partei der Abwehr nur noch das Zentrum in Frage. Aber selbst seine Politik kann den grundsätzlichen Vergleich mit der Sozialdemokratie nicht bestehen.

Wenn die Sozialdemokratie jetzt den Anspruch auf die Führung beim Neubau des deutschen Staatswesens erhebt, dann tut sie das nicht aus einem selbstsüchtigen Parteilmotiv. Sie denkt nicht daran, auch nur den Versuch zu machen, andere unbelastete und aufbauwillige Kräfte in Deutschland von dem Recht auf Mitgestaltung auszuschließen. Sie will aber eine klare Entscheidung darüber, ob wir in Deutschland einen Neubau oder einen Wiederaufbau vornehmen wollen. In den bürgerlichen Strömungen machen sich zuviel Kräfte des Wiederaufbaus geltend. Die Sozialdemokratische Partei glaubt demgegenüber, daß ein Staat des Wiederaufbaues den Stürmen der Zeit nicht widerstehen könnte und daß durch das viele alte Material der Schwamm bereits im Haus wäre, bevor es bezogen werden könnte. Zuviel alte Ideen und Methoden, zuviel Un- und Antidemokratisches würde dabei eingebaut werden. Nur eine Partei, die sich dessen bewußt ist, daß wir uns in einem Prozeß weltrevolutionärer Umgestaltung befinden, und die die vorwärtsdrängenden Kräfte auch vorwärts führen will, kann den Grundakkord bei diesem Werk anschlagen. Mit den Mitteln taktischer Schlaueit und bürokratischer Erbschleicherel, mit dem Versuch, die Notwendigkeiten der Zeit zu umgehen und zu verschleppen, wird das Aufbauwerk gefährdet.

Wenn die Sozialdemokratie ihr parteilegitimes Wohlergehen zur Grundlage Ihrer Politik machen würde, dann müßte sie sich in der ersten schweren und am meisten belastenden Periode der Aufbauarbeit möglichst im zweiten Glied halten. Die bitteren Erfahrungen nach 1918 sollte der Sozialdemokratie, die damals in die Bresche sprang und das Reich zusammenhielt, jede Neigung dazu genommen haben, sich zum zweiten Male nach einem verlorenen Weltkrieg in die höchste Gefahr zu bringen. 1945 sind die Voraussetzungen materiell und politisch ungleich schlechter als damals. Es ist die Zerstörung nicht nur unvergleichbar größer, es fehlt auch jedes Vertrauen in der Welt zu dem deutschen Volk von heute.

Würde sich die Sozialdemokratie in der ersten Zeit zurückhalten, dann wäre damit die immanente Logik der politischen Entwicklung gestört. Das Volk empfindet die Sozialdemokratie als den eigentlichen Gegenpol des Nazismus. Instinktiv verlangt es die Aktion der grundsätzlichen Demokraten nach dem Zusammenbruch des Diktaturprinzips. In Deutschland ist mit der Niederlage der Nazidiktatur die Idee jeder Diktatur zusammengebrochen.

Quelle: Kurt Schumacher, Reden und Schriften, Berlin 1962, Seite 31 f.

Dok. G 2

Buchenwalder Manifest

Das Manifest wurde von Häftlingen verschiedener sozialistischer Gruppen und Parteien im KZ Buchenwald unmittelbar nach der Befreiung verfaßt und am 13. April 1945 veröffentlicht

Bund demokratischer Sozialisten für Frieden, Freiheit, Sozialismus!

Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald.

Im Augenblick ihrer Befreiung aus der bestialischen Gefangenschaft der nazistischen Diktatur empfinden es die im ehem. Konzentrationslager Buchenwald versammelten Vertreter des demokratischen Sozialismus aus Berlin, Brandenburg, Mitteldeutschland, Sachsen, Thüringen, Anhalt, Hannover, Braunschweig, Westfalen, Rheinland, Saarland, Bayern und Österreich als ihre Pflicht, in Anwesenheit der legitimierten Vertreter und Beauftragten der französischen, belgischen, niederländischen, tschechischen und polnischen Sozialisten sowie der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei in der Tschechoslowakischen Republik, folgendes zu erklären:

Wir haben Gefängnis, Zuchthaus und Konzentrationslager ertragen, weil wir glaubten, auch unter der Diktatur für die Gedanken und Ziele des Sozialismus und für die Erhaltung des Friedens arbeiten zu müssen. In Zuchthaus und Konzentrationslager setzten wir trotz täglicher Bedrohung mit einem elenden Tode unsere konspirative Tätigkeit fort. Durch diesen Kampf ist es uns vergönnt gewesen, menschliche, moralische und geistige Erfahrungen zu sammeln, wie sie in normalen Lebensformen unmöglich sind. Vor dem Schattengesicht der Blutzweigen unserer Weltanschauung, die durch die hitleristischen Henker gestorben sind, wie auch in der besonderen Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder halten wir uns deshalb für berechtigt und verpflichtet, dem deutschen Volke zu sagen, welche Maßnahmen notwendig sind, um Deutschland aus diesem geschichtlichen beispiellosen Zusammenbruch zu retten und ihm wieder Achtung und Vertrauen im Rate der Nationen zu verschaffen.

1. Vernichtung des Faschismus

Solange Faschismus und Militarismus in Deutschland nicht restlos vernichtet sind, wird es keine Ruhe und keinen Frieden bei uns und in der Welt geben. Unsere ersten Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, alle gesellschaftlichen Erscheinungen dieser blutigen Unterdrückung des Lebens für immer zu beseitigen.

Alle Gesetze, Erlasse, Verordnungen, Verfügungen, Urteile, Bescheide und sonstige Rechtsvorschriften, die zur Begründung, Förderung und Behauptung der Diktatur gedient haben, sind aufzuheben.

Die NSDAP mit allen Gliederungen und angeschlossenen Verbänden ist zu verbieten und aufzulösen, ihr Vermögen zugunsten der Opfer ihres Terrors einzuziehen, ihren Mitgliedern sind die politischen Rechte zu entziehen. Alle begangenen Verbrechen sind durch Volksgericht schnell, streng und gerecht zu bestrafen und die Verurteilung einem Strafvollzug nach ihren eigenen Anschauungen zu unterwerfen. Alle zu Unrecht erworbenen Vermögen der Nutznießer des Regimes sind zu enteignen. Nationalsozialistische Aufstandsversuche sind rücksichtslos niederzukämpfen.

Darüber hinaus sind alle faschistischen und militaristischen Organisationen dem gleichen Verfahren zu unterwerfen.

Ebenso ist die hitleristische Wehrmacht mit allen ihren Institutionen aufzulösen. Den Bedürfnissen der öffentlichen Sicherheit kann durch eine Miliz genügt werden.

Alle Beamte, die als Träger der Diktatur tätig gewesen sind, müssen unverzüglich den öffentlichen Dienst verlassen.

Kriegsverbrecher und Kriegsverlängerer sind nach den Geboten des internationalen Rechts von deutschen Gerichten zu bestrafen.

2. Aufbau der Volksrepublik

Diese riesenhafte Arbeit kann nur geleistet werden, wenn sich alle antifaschistischen Kräfte zu einem unverbrüchlichen Bündnis zusammenschließen. Zu diesem Zwecke erstreben wir einen neuen Typ der Demokratie, die sich nicht in einem leeren, formelhaften Parlamentarismus erschöpft, sondern den breiten Massen in Stadt und Land eine effektive Betätigung in Politik und Verwaltung ermöglicht.

Zuerst sind in allen Orten antifaschistische Volksausschüsse zu bilden, die sobald als möglich durch Heranziehung antifaschistischer Organisationen auf eine urdemokratische Grundlage zu stellen sind.

Aus diesen Volksausschüssen ist für das ganze Reich ein Deutscher Volkskongreß zu berufen, der eine Volksregierung einzusetzen und eine Volksvertretung zu wählen hat.

Die bürgerlichen Freiheiten der Person, des Glaubens, des Denkens, der Rede und Schrift, der Freizügigkeit und des Koalitionsrechts sind sofort wieder herzustellen.

Die Volksausschüsse haben Gemeinderäte, diese durch Deligierte Kreis- und Landesräte zu wählen. Die Behördenvorstände in Stadt und Land sind neu zu bestellen. Staatskommissare haben die Kontrolle der übrigen Verwaltung zu übernehmen.

Das Reich ist unter Beseitigung des ganzen bisherigen Regierungsapparates der Länder nach wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten neu zu gliedern, die Verwaltung zusammenzufassen, zu vereinfachen und zu verbilligen.

Das privilegierte Berufsbeamtentum ist abzuschaffen und durch ein hochqualifiziertes, sauberes, sozial modernes Volksbeamtentum zu ersetzen.

3. Befreiung der Arbeit

Aufbau und Führung der Volksrepublik sind nur möglich, wenn die Massen der Werktätigen in Stadt und Land in ihr ihren Staat sehen, ihn bejahen und immer

bereit sind, für diesen Staat einzustehen. Sie werden das nur tun, wenn die Volksrepublik die Arbeit aus der unerhörten Ausbeutung und Entrechtung, die die Kapitalistenknechte der NSDAP über sie verhängt haben, befreit und ein menschenwürdigeres Dasein aller Arbeitenden schafft und garantiert. Deshalb sind die Sozialpolitik und die Sozialversicherung den Bedürfnissen der Arbeiterschaft entsprechend zu gestalten.

Der Achtstundentag ist sofort wieder einzuführen und eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit vorzubereiten.

Das Diktat der angeblichen „Treuhand der Arbeit“ ist abzuschaffen, die freie, tarifvertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wieder herzustellen. Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten und die Arbeitsgerichtsbarkeit haben Gesetz und Recht im Arbeitsleben zu gewährleisten.

Die DAF ist in eine einheitliche Gewerkschaft zu überführen. Diese vom Staate unabhängige Gewerkschaftsorganisation soll die Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der Arbeiter, Angestellten und Beamten für ihre sozialen Geschicke erneuern und stärken, um ihren ganzen Einfluß im Gesamtprozeß der Sozialisierung voll zur Geltung zu bringen.

4. Sozialisierung der Wirtschaft

Überzeugt, daß die letzte Ursache zu diesem ungeheuerlichsten aller Kriege in der Raubtiernatur der kapitalistischen Wirtschaft, des finanzkapitalistischen Imperialismus und der von beiden erzeugten moralischen und politischen Verwahrlosung des Lumpenproletariats und Kleinbürgertums liegt, fordern wir, daß den Gesellschaftskrisen durch eine sozialistische Wirtschaft ein absolutes Ende gesetzt wird. Deutschland kann ökonomisch nur auf sozialistischer Grundlage wieder aufgebaut werden. Ein Aufbau unserer zerstörten Städte als kapitalistisches Privatgeschäft ist ebenso unmöglich, wie ein Wiederaufbau der Industrie aus den Taschen der Steuerzahler.

Wir erklären fernerlich, daß niemand von uns an eine Enteignung des bäuerlichen Besitzes denkt. Er soll im Gegenteil garantiert und vermehrt, zur Höchstleistung geführt, von allen Schranken der Reichsnährstandspolitik befreit, genossenschaftlich gefördert werden und einer freien Selbstverwaltung überlassen bleiben. Der Großgrundbesitz ist einzuziehen und gemeinwirtschaftlich zu verwalten.

Eine neue Währung, ein von Lasten der Diktatur gereinigter öffentlicher Haushalt und eine Sozialisierung der Banken und Versicherungsanstalten unter Führung der öffentlichen Bankanstalten sollen die Grundlagen einer gesunden Wirtschaftspolitik schaffen.

Staatsmonopole für Massenverbrauchsgüter sollen fiskalisch und preisregulierend wirken.

Bergwerke, die gesamte Energieerzeugung, die Schwerindustrie und das Verkehrswesen sind zu sozialisieren.

Zur Befriedigung des dringenden Massenbedarfs sind alle Verbrauchsgüterindustrien staatlich zu lenken. Der Wiederaufbau der Städte und die Wohnungsbeschaffung sind nach demselben Gesichtspunkt zu regeln. Ein Planwirtschaftsamt hat den sozialistischen Wiederaufbau zu leiten.

5. Friede und Recht

Wir wissen, daß unsere Innere Lage furchtbar ist. Unsere äußere Lage ist jedoch noch verzweifelter. Aber wir verzagen nicht.

Wir bekennen uns vor der Welt aus tiefster ehrlicher Überzeugung zu der schuldrechtlichen Verpflichtung der Wiedergutmachung der Schäden, die das deutsche Volk durch den Hitlerismus angerichtet hat. So entschieden wir Kontributionen und Vasallendienste ablehnen, so aufrichtig wollen wir dazu beitragen, daß durch Abtragung einer festbestimmten Wiedergutmachungsschuld eine neue Atmosphäre des Vertrauens zu Deutschland geschaffen wird. Die deutsche Jugend wird verstehen, daß es besser ist, für den Frieden Opfer zu bringen, als im Kriege bei noch größeren sinnlosen Opfern das Leben zu verlieren.

Wir wollen nie wieder Krieg. Wir werden alles tun, um einen neuen Krieg unmöglich zu machen.

Wir wünschen baldigst in die Weltorganisation des Friedens und der Sicherheit aufgenommen zu werden und besonders als Richter und Partei in der internationalen Gerichtsbarkeit einen Beitrag zu leisten, der von anderen Völkern als wertvoll anerkannt werden soll.

Auch in der verzweifeltsten Lage werden wir deshalb nicht auf eine eigene sozialistische Außenpolitik verzichten. Die deutsche Außenpolitik muß im engsten Einvernehmen mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geführt werden. Unser oberstes Ziel ist, in Zusammenarbeit mit allen sozialistisch geführten Staaten zu einer europäischen Staatengemeinschaft zu kommen, die unserem schwergeprüften Kontinent durch eine europäische Gemeinschaft Ordnung und Wohlstand verbürgt.

Diese soll uns als Mittel dienen, Europas kulturelle Mission in der Welt auf der gesellschaftlichen Stufe des Sozialismus zu erneuern. Die erste Voraussetzung dafür sehen wir in der deutsch-französischen und deutsch-polnischen Verständigung und Zusammenarbeit, die zweite im Eintritt Deutschlands in den angelsächsischen Kulturkreis. So wollen wir ein europäisches Gesamtbewußtsein schaffen, das allein den Frieden der Völker tragen kann.

6. Humanität

Dazu brauchen wir einen neuen Geist. Er soll verkörpert werden durch den neuen Typ des deutschen Europäers. Uns kann niemand umerziehen, wenn wir es nicht in Freiheit selbst tun.

Neue Universitäten, aus den wertvollsten Kräften der Emigration und der inländischen sozialistischen Intelligenz gebildet, sollen uns neue Lehrer schaffen. Wenn alle nazistischen Sonderformen der Schule wie Ordensburgen, Adolf-Hitler-Schulen, nationalpolitische Erziehungsanstalten, verschwunden sind, wollen wir mit neuen Lehrern Volks- und Berufsschulen, vor allem auf dem Lande, aufbauen, das humanistische Gymnasium modernisieren, den Typ eines deutschen Gymnasiums neu schaffen, Landes- und Hochschulen für Politik errichten und die Erwachsenenbildung mit allen Kräften fördern. Freie und angewandte Künste, Literatur, Theater und Musik sollen in Freiheit aus einer Nacht tiefsten Grauens ins Land der Schönheit führen.

7. Sozialistische Einheit

Zu all diesem ist die Einheit der sozialistischen Bewegung unerläßlich. Begründet auf die Gedanken des Klassenkampfes und der Internationalität und auf das Bewußtsein, daß die Verwirklichung des Sozialismus nicht eine Frage des Zukunftsstaates, sondern die unmittelbare Gegenwartsaufgabe ist, wollen wir die Einheit der sozialistischen Bewegung als eine Einheit des praktischen Handelns, der proletarischen Aktion herstellen. Freiheit in der Diskussion und Disziplin in der

Durchführung der Beschlüsse werden es uns ermöglichen, alle ehrlichen sozialistischen Kräfte zusammenzufassen.

Wir erwarten, daß die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Parteien und Gewerkschaften nach den unerläßlichen Vorbesprechungen alsbald einen Organisationsausschuß einsetzen und dieser einen Gründungskongreß beruft, der Statuten und Aktionsprogramm feststellen und die neuen Parteiorgane zu wählen hat.

Zur Vollendung der Einheit des Weltproletariats fordern wir die Aufrichtung einer alle sozialistischen Parteien umfassenden, arbeitenden und kämpfenden internationalen politischen und gewerkschaftlichen Organisation.

Es lebe das Bündnis aller antifaschistischen Kräfte Deutschlands!

Es lebe ein freies, friedliches, sozialistisches Deutschland!

Es lebe der revolutionäre demokratische Sozialismus!

Es lebe die Internationale der Sozialisten der ganzen Welt!

Buchenwald, den 13. April 1945.

Baumeister, Heinz, Dortmund;
Branz, Gottlieb, München;
Dr. Brill, Hermann, Berlin;
Kautsky, Benedikt, Wien;

Das Komitee.
Mantler, Karl, Wien;
Schilling, Erich, Leipzig;
Thape, Ernst, Magdeburg.

Quelle: Manfred Overesch, Deutschland 1945—1949, Königstein/Ts. 1979, S. 171 ff.

Dok. G 3

Amerikanische Pressestimmen zum 20. Juli 1944

Es mag genügen, aus einigen Leitartikeln zu zitieren, die den Sinn des 20. Juli der amerikanischen Öffentlichkeit erläuterten. Am 9. August stellte die *New York Times* fest, daß die Einzelheiten des Attentates eher an die „Atmosphäre der finsternen Verbrecherwelt“ erinnerten als an die, welche „man normalerweise in einem Offizierskorps eines Kulturstaates erwarten würde“. Ein ganzes Jahr lang, so bemerkte die *Times* in vorwurfsvollem Tone, hatten einige der höchsten Offiziere der deutschen Armee sich mit Plänen beschäftigt, „das Oberhaupt des Staates und den Oberstkommandierenden seiner Armee gefangenzusetzen oder zu töten“. Schließlich führten sie ihren Plan aus „mit einer Bombe, der typischen Waffe der Verbrecherwelt . . .“. Einige Tage früher (1. August) hatte die *New York Herald Tribune* geschrieben: „Wenn der Hitlerismus seine letzte Verteidigungsstellung bezieht, indem er die militärische Tradition zerstört, dann nimmt er den Alliierten einen großen Teil ihrer Arbeit ab.“ Am 9. August fügte die gleiche Zeitung die folgende Würdigung hinzu: „Amerikaner werden im allgemeinen nicht bedauern, daß die Bombe Hitler verschont hat, auf daß er seine Generale erledige. Amerikaner haben nichts übrig für Aristokraten als solche und am wenigsten für diejenigen, die dem Gleichschritt (goosestep) huldigen und, wenn es in ihre Pläne paßt, mit niedriggeborenen, pöbelverbundenen Korporalen zusammengehen. Mögen die Generale den Korporal töten oder umgekehrt, am liebsten beides.“

Quelle: Hans Rothfels, Die Deutsche Opposition gegen Hitler, Frankfurt/Main 1964, Seite 169 f.

Dok. G 4

Grundlage des Verhältnis der amerikanischen Besatzungsmacht zu den Deutschen

Direktive an den Oberkommandierenden der Okkupationstruppen der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Militärregierung für Deutschland (Direktive JCS 1067) vom April 1945, veröffentlicht am 17. Oktober 1945

[. . .]

4. Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland

a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben, und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.

b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung und Verwaltung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit deutschen Beamten und der Bevölkerung werden Sie streng unterbinden.

c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. Wichtige Schritte zur Erreichung dieses Zieles sind die Ausschaltung des Nazismus und des Militarismus in jeder Form, die sofortige Verhaftung der Kriegsverbrecher zum Zwecke der Bestrafung, die industrielle Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands mit langfristiger Kontrolle des deutschen Kriegspotentials und die Vorbereitungen zu einem späteren Wiederaufbau des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage.

d) Andere alliierte Ziele sind die Durchführung des Reparations- und Rückerstattungsprogramms. Nothilfe für die durch den Naziangriff verwüsteten Länder und die Betreuung und Rückführung der Kriegsgefangenen und Verschleppten der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen.

Quelle: Ernst-Ulrich Huster u. a., Determinanten der westdeutschen Restauration, Frankfurt/M. 1972, S. 284 f.

Dok. G 5

Potsdamer Abkommen

[. . .]

III. Deutschland

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in bezug auf das besetzte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.

Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und

die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.

Der Text dieser Übereinkunft lautet:

„Politische und wirtschaftliche Grundsätze, deren man sich bei der Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Kontrolle bedienen muß:

A. Politische Grundsätze

1. Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt, und zwar von jedem in seiner Besatzungszone, sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen.
2. Soweit dieses praktisch durchführbar ist, muß die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein.
3. Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:
 - I Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann oder deren Überwachung. Zu diesem Zweck:
 - a) werden alle Land-, See- und Luftstreitkräfte Deutschlands, SS, SA, SD und Gestapo mit allen ihren Organisationen, Stäben und Ämtern, einschließlich des Generalstabes, des Offizierskorps, der Reservisten, der Kriegsschulen, der Kriegervereine und aller anderen militärischen und halb-militärischen Organisationen zusammen mit ihren Vereinen und Unterorganisationen, die den Interessen der Erhaltung der militärischen Tradition dienen, völlig und endgültig aufgelöst, um damit für immer der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen;
 - b) müssen sich alle Waffen, Munition und Kriegsgerät und alle Spezialmittel zu deren Herstellung in der Gewalt der Alliierten befinden oder vernichtet werden. Der Unterhaltung und Herstellung aller Flugzeuge und aller Waffen, Ausrüstung und Kriegsgeräte wird vorgebeugt werden.
 - II Das Deutsche Volk muß überzeugt werden, daß es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, daß seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.

III Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistische und militärische Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.

IV Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten.

4. Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischer Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden.
5. Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. Nazistische Parteiführer, einflußreiche Nazianhänger und die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und alle anderen Personen, die für die Besetzung und Ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren.
6. Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an Ihrer Tätigkeit teilgenommen haben und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach Ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.
7. Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.
8. Das Gerichtswesen wird entsprechend den Grundsätzen der Demokratie und der Gerechtigkeit auf der Grundlage der Gesetzmäßigkeit und der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität und der Religion reorganisiert werden.
9. Die Verwaltung Deutschlands muß in Richtung auf eine Dezentralisation der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverantwortung durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke:
 - I Die lokale Selbstverwaltung wird in ganz Deutschland nach demokratischen Grundsätzen, und zwar durch Wahlausschüsse (Räte), so schnell wie es mit der Wahrung der militärischen Sicherheit und den Zielen der militärischen Besetzung vereinbar ist, wiederhergestellt.
 - II In ganz Deutschland sind alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern mit der Einräumung des Rechtes, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen.
 - III Der Grundsatz der Wahlvertretung soll in die Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Landesverwaltungen, so schnell wie es durch die erfolgreiche Anwendung dieser Grundsätze in der örtlichen Selbstverwaltung gerechtfertigt werden kann, eingeführt werden.
 - IV Bis auf weiteres wird keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen

errichtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, und zwar auf den Gebieten des Finanzwesens, des Transportwesens, des Verkehrswesens, des Außenhandels und der Industrie. Diese Abteilungen werden unter Leitung des Kontrollrates tätig sein.

10. Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit wird die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion gewährt. Die religiösen Einrichtungen sollen respektiert werden. Die Schaffung freier Gewerkschaften, gleichfalls unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Erhaltung der militärischen Sicherheit, wird gestattet werden.

[. . .]

Quelle: Seminarmaterial des Gesamtdeutschen Instituts

Dok. G 6

Auftrag der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945 (Auszüge)

[. . .]

Jetzt gilt es, gründlich und für immer die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Ein ganz neuer Weg muß beschritten werden! Werde sich jeder Deutsche bewußt, daß der Weg, den unser Volk bisher ging, ein falscher Weg, ein Irrweg war, der in Schuld und Schande, Krieg und Verderben führte. Nicht nur der Schutt der zerstörten Städte, auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß gründlich hinweggeräumt werden. Möge der Neubau Deutschlands auf solider Grundlage erfolgen, damit eine dritte Wiederholung der imperialistischen Katastrophenpolitik unmöglich wird. Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten. Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk. An der gegenwärtigen historischen Wende rufen wir Kommunisten alle Werktätigen, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes zu diesem großen Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands, für die Wiedergeburt unseres Landes auf!

[. . .]

Quelle: Dokumente zur parteilpolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. 3, Berlin 1963, S. 313)

Dok. G 7

Anweisungen Ulbrichts an die kommunistischen Funktionäre

Wolfgang Leonhard gehörte zu einer Gruppe kommunistischer Funktionäre, die mit Walter Ulbricht aus dem sowjetischen Exil zum direkten Einsatz in die Sowjetische Zone kamen.

[. . .]

Ulbricht gab uns neue Direktiven. Jede Bezirksverwaltung sollte von einem Bürgermeister und zwei Stellvertretern (wobei der erste Stellvertreter gleichzeitig der Dezernent für Personalfragen sein sollte) geleitet werden und aus einer Reihe von Dezernaten bestehen: Ernährung, Wirtschaft und Soziales, Gesundheitswesen, Verkehr, Arbeitseinsatz, Volksbildung, Finanzen, einem Beirat für Kirchenfragen u. a.

Schon die einfache Besetzung dieser Stellen — in zwanzig Berliner Bezirken! — war eine sehr schwierige Aufgabe, um so mehr, als Ulbricht uns dauernd antrieb und erklärte, die Arbeit müsse „spätestens in zwei Wochen“ zu Ende sein. Aber es handelte sich nicht nur um eine „einfache Besetzung“. Ulbricht erklärte uns: „Die Bezirksverwaltungen müssen politisch richtig zusammengestellt werden. Kommunisten als Bürgermeister können wir nicht brauchen, höchstens im Wedding und in Friedrichshain. Die Bürgermeister sollen in den Arbeiterbezirken in der Regel Sozialdemokraten sein. In den bürgerlichen Vierteln — Zehlendorf, Wilmersdorf, Charlottenburg usw. — müssen wir an die Spitze einen bürgerlichen Mann stellen, einen, der früher dem Zentrum, der Demokratischen oder Deutschen Volkspartei angehört hat. Am besten, wenn er ein Doktor ist; er muß aber gleichzeitig auch Antifaschist sein und ein Mann, mit dem wir gut zusammenarbeiten können.“

„Und die anderen Posten?“ warf einer ein.

„Nicht so voreilig, kommt gleich dran. Die müssen der politischen Struktur der Berliner Bezirke angepaßt sein. In Zehlendorf kann es nicht so sein wie in Wedding oder Friedrichshain. In den Arbeitervierteln müssen wir vor allem viele Sozialdemokraten heranziehen oder parteilose Antifaschisten aus der Arbeiterklasse, die mit uns eng zusammenarbeiten. In den bürgerlichen Vierteln müssen wir möglichst viele Bürgerliche finden.“

Für den stellvertretenden Bürgermeister, für Ernährung, für Wirtschaft und Soziales sowie für Verkehr nehmen wir am besten Sozialdemokraten, die verstehen was von Kommunalpolitik. Für Gesundheitswesen antifaschistisch eingestellte Ärzte, für Post und Verbindungswesen parteilose Spezialisten, die etwas davon verstehen. Jedenfalls müssen zahlenmäßig mindestens die Hälfte aller Funktionen mit Bürgerlichen oder Sozialdemokraten besetzt werden.“

Wir machten lange Gesichter, denn bisher hatten wir fast ausschließlich Kommunisten kennengelernt und wußten gar nicht, woher wir so schnell die Bürgerlichen und Sozialdemokraten nehmen sollten.

Ulbricht fuhr fort: „Ihr kennt jetzt schon genug Leute. Gleich morgen kann man mit der Zusammensetzung der Verwaltungen beginnen. Sucht euch zunächst einmal den Bürgermeister. Wenn ihr erst einen Bürgerlichen oder Sozialdemokraten habt, dann werdet ihr schon auch an andere herankommen. Und nun zu unseren Genossen. Der erste stellvertretende Bürgermeister, der Dezernent für Personalfragen und der Dezernent für Volksbildung — das müssen unsere Leute sein. Dann müßt ihr noch einen ganz zuverlässigen Genossen in jedem Bezirk ausfindig machen, den wir für den Aufbau der Polizei brauchen.“

Das gilt für alle Bezirke. In manchen Bezirken werden wir uns nur auf die Besetzung dieser Funktionen beschränken. In den Arbeitervierteln Wedding, Friedrichshain, Neukölln und Lichtenberg können wir vielleicht von unseren Leuten einen oder zwei mehr einsetzen.“

„Und der Beirat für Kirchenfragen?“

„Da müßt ihr eben antifaschistische Geistliche finden. Mit denen muß man gut zusammenarbeiten; das ist jetzt sehr wichtig.“

Ich bekam den Eindruck, daß ich den Kursus in der Kominternschule nicht umsonst besucht hatte, denn nun spielte sich haargenau das ab, was ich vor zweieinhalb Jahren in Baschkirien in den Seminaren üben mußte — Volksausschüsse „richtig“ zusammensetzen, mit dem einen Unterschied allerdings, daß es sich hier nicht um Volksausschüsse, sondern um Bezirksverwaltungen handelte.

Über Ulbrichts Direktiven wurde noch hin und her diskutiert; vor allem über die Frage, wie man plötzlich so viel Bürgerliche und nun auch noch Geistliche finden sollte. Aber etwa nach einer halben Stunde brach Ulbricht die Diskussion ab. Im klassischen Sächsisch gab er uns die letzte abschließende Direktive: „Es ist doch ganz klar: es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ Nun war wirklich alles klar.

[. . .]

Quelle: Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder. Frankfurt/Main 1970, Seite 293 f.

Dok. G 8

Gemeinsamer Aufruf von Sozialdemokraten und Kommunisten aus Hamburg zum Zusammenschluß der beiden Parteien

Im Juli 1945 bildeten in Hamburg Vertreter der KPD und der SPD ohne erkennbaren Widerspruch aus den eigenen Reihen einen gemeinsamen Aktionsausschuß, in dessen Gründungserklärung es u. a. heißt:

[. . .] Ohne Zweifel ist der Hauptträger der deutschen Zukunft die Arbeiterklasse. Auf ihren Schultern lag die Hauptlast des Krlages. In ihr lebte der Wille nach der antifaschistischen Demokratie am brennendsten. Aus ihrer gesammelten Kraft und mit der Unterstützung der Arbeiter aller Länder muß und wird sie in einem einheitlichen Deutschland neu erstehen.

Die blutige Lehre der 12jährigen Hitlerdiktatur im Inneren, des Hitlerkrieges nach außen und seiner großen sozialen Umwälzung heißt für alle schaffenden Männer und Frauen eindeutig: „Einigkeit — Einheit! Und nie wieder Spaltung und Bruderkampf!“

In dem organischen Prozeß des unablässigen Kampfes der Arbeiterklasse, in dessen Mittelpunkt ihre Aktionseinheit steht, liegt die Voraussetzung für die Verwirklichung und den Bestand ihrer politischen und organisatorischen Einheit! In den Millionen Anhängern der einst sich bekämpfenden deutschen Arbeiterparteien lebt dieser Wille zum Zusammenschluß in einer einheitlichen, machtvollen politischen Partei als das bedeutsamste Ergebnis ihres gemeinsamen Leidens. Diese Sehnsucht ist tief eingegraben in alle noch am Leben gebliebenen politischen Gefangenen der Konzentrationslager, Zuchthäuser und Gestapoinstitutionen. Sie ist lebendig in den Millionen der durch den Krieg völlig Verarmten aller Stände und Schichten unseres leid gebeugten Volkes. Sie zu erwecken in den Herzen unserer durch den Krieg geschleiften Jugend ist das Gebot der Stunde.

Diese Sehnsucht zu verwirklichen ist das heilige Vermächtnis der von Hitler gemordeten Freiheitskämpfer und der in seinem Eroberungskrieg getöteten Soldaten!

Dies erkennend und von dem gleichen Willen beseelt, in kürzester Frist die Einheitspartei Wirklichkeit werden zu lassen, beschließen die Vertreter der bisherigen Organisationen der Hamburger KPD und SPD folgendes Aktionsprogramm [. . .]

Quelle: Arno Klönne, Die deutsche Arbeiterbewegung Düsseldorf, Köln 1980, S. 287 f.

Dok. G 9

Kurt Schumacher zum Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten im August 1945

[. . .]

Aus den Erfahrungen der jüngsten deutschen Geschichte und aus dem ursprünglichen Willen der Massen heraus wäre die Einheitspartei der Arbeitenden aller Berufe und Schichten zu formieren. Daß sich dieses Ziel bisher nicht hat verwirklichen lassen und auch in der heutigen geschichtlichen Situation nicht realisierbar ist, liegt nicht an dem Willen und nicht an den Führern, sondern an den objektiven, durch keinerlei Anstrengungen aus der Welt zu schaffenden Schwierigkeiten.

Eine Einigung ist bisher noch nirgends in der Welt erfolgt, obwohl in anderen Ländern die traditionellen und dogmatischen Spannungen nicht so stark sind wie in Deutschland. Wäre die Einigung möglich, dann wäre sie uns schon vorgemacht worden, und wir würden nicht Beschlüsse erleben wie den der Sozialisten Frankreichs oder Wahlen wie in England, die trotz aller andersartigen „Erklärungen“ doch die tatsächliche Situation charakterisieren. Die wirkliche Schwierigkeit liegt nicht darin, daß revolutionäre Prinzipientreue und Intransigenz oder ein größerer Grad von Revolutionarismus der Kommunisten die unübersteigbare Barriere bilden. Die wird vielmehr durch die außenpolitischen Machtverhältnisse und Bindungen errichtet. Die Kommunistische Partei ist unlösbar an eine einzige der Siegen gemächte, und zwar an Rußland als nationalen und imperialistischen Staat und an seine außenpolitischen Ziele gebunden.

Die Parole der „Einheitspartei“ ist ein taktisches Manöver, das bisher in der östlichen Besatzungszone gar nicht versucht worden ist, da man es dort nicht nötig hat, Verhandlungskonzessionen zu machen. In den drei westlichen Zonen aber wird dieser Weg eingeschlagen, weil die Kommunisten wissen, daß sie angesichts der Tatsache gar nicht mehr die Basis für eine richtige Massenpartei haben. Tatsächlich dürften sie bereits die bei weitem schwächste Partei in Deutschland sein. Darüber helfen auch die Illusionen, die noch immer in manchen Kreisen politisch interessierter Arbeiter leben, nicht hinweg. Es wird bald so weit sein, daß die Sozialdemokratie sich in die Bresche werfen muß, um eine nationalistische Übersteigerung der Ablehnung dieser Politik zu verhüten.

Auch das überraschende Bekenntnis der Kommunistischen Partei zur Demokratie ändert nichts daran. Für die Sozialdemokraten ist die Demokratie ein Prinzip. Alle Leute, die die Demokratie als eine Frage der Taktik betrachten, werden uns erst einer gewissen Periode der Quarantäne und der Beobachtung unterworfen. In dieser Periode müssen sie sich praktisch auf ihre demokratischen Qualitäten hin bewähren. Dabei sei vorweg bemerkt, daß es auf die Dauer unhaltbar ist, wenn in dem einen Lande die Diktatur theoretisch und real herrscht, in einem

deren aber von derselben Richtung die Demokratie mit der ganzen Begeisterung der Neubekehrten verkündet wird. Wie die Kommunisten die Demokratie und ihre ganze Politik in Deutschland auffassen, geht wohl am besten daraus hervor, daß sie in Ihrem wichtigsten Satze Ihres Aufrufes vom 11. 6. 45 berichten:

„Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.“

Also nicht den „gegenwärtigen Bedingungen“, wohl aber den zukünftigen, die von der KPD erhofft werden. Dabei ist es zwecklos, sich dagegen zu wenden, daß die diktatorischen Herrschaftsformen in Rußland nicht auf eine ausgesprochen zurückgebliebene Entwicklung samt ihren illegal bürokratischen Erscheinungen innerhalb der Opposition in den Jahren vor 1917 zurückzuführen sind. Hier gilt nur die Tatsache, daß das Prinzip der Diktatur nicht negiert, sondern als das höhere Prinzip für eine zukünftige Eventualität zurückgestellt wird.

[. .]

Quelle: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Berlin/Bonn 1973, Seite 268 f.

Dok. G 10

Wahlergebnisse der Nachkriegszeit

Dok. G 10 a

Ergebnisse der Landtagswahlen 1946/47

Landtagswahlen 1946/47																							
Bayern 30. 6. 46				Hessen 30. 6. 48				Württemberg-Baden 30. 6. 48				Hamburg 13. 10. 48											
CSU	1 587 595	= 58,3%	SPD	653 584	= 44,3%	CDU	474 555	= 40,9%	SPD	1 210 010	= 43,1%	CDU	749 153	= 26,7%	FDP	509 632	= 18,2%	KPD	291 701	= 10,4%			
SPD	786 045	= 28,8%	CDU	550 242	= 37,3%	SPD	374 922	= 32,3%	DVP	195 053	= 16,8%	FDP	509 632	= 18,2%	KPD	291 701	= 10,4%						
KPD	145 749	= 5,3%	KPD	144 024	= 9,7%	DVP	195 053	= 16,8%															
WAV	137 765	= 5,1%	LDP	119 538	= 8,1%	KPD	116 655	= 10,0%															
FDP	68 417	= 2,5%																					
Berlin (Westsektoren) 20. 10. 48				Niedersachsen 20. 4. 47				Nordrhein-Westfalen 20. 4. 47				Schleswig-Holstein 20. 4. 47											
SPD	674 209	= 51,7%	SPD	1 086 370	= 43,4%	CDU	1 889 581	= 37,6%	SPD	469 994	= 43,8%	CDU	365 534	= 34,1%	SSV	99 500	= 9,3%	FDP	53 359	= 5,0%	KPD	50 398	= 4,7%
CDU	316 205	= 24,3%	CDU	489 422	= 19,9%	SPD	1 607 487	= 32,0%	CDU	365 534	= 34,1%	SSV	99 500	= 9,3%	FDP	53 359	= 5,0%	KPD	50 398	= 4,7%			
SED	179 124	= 13,7%	NLP	440 387	= 17,9%	KPD	702 410	= 14,0%	SSV	99 500	= 9,3%	FDP	53 359	= 5,0%	KPD	50 398	= 4,7%						
LDP	133 433	= 10,3%	FDP	138 977	= 5,8%	Zentr.	491 138	= 9,8%	FDP	53 359	= 5,0%	KPD	50 398	= 4,7%									
			Zentr.	101 283	= 4,1%	FDP	298 955	= 5,9%	KPD	50 398	= 4,7%												
Rheinland-Pfalz 18. 5. 47				Wttbg./Hohenzollern 18. 5. 47				Saarland 5. 10. 47				Baden 18. 5. 47											
CDU	547 875	= 47,2%	CDU	205 037	= 54,2%	CVP	230 082	= 51,2%	BCSV	239 312	= 55,9%	SP	95 829	= 22,4%	Dem.P.	60 980	= 14,3%	SP	95 829	= 22,4%	Dem.P.	60 980	= 14,3%
SPD	398 594	= 34,3%	SPD	78 707	= 20,8%	SPS	147 292	= 32,8%	SP	95 829	= 22,4%	SP	95 829	= 22,4%	Dem.P.	60 980	= 14,3%	Dem.P.	60 980	= 14,3%	Dem.P.	60 980	= 14,3%
Dem.P.	113 844	= 9,8%	DVP	67 018	= 17,7%	KP	37 936	= 8,4%	Dem.P.	60 980	= 14,3%	Dem.P.	60 980	= 14,3%	Dem.P.	60 980	= 14,3%	Dem.P.	60 980	= 14,3%	Dem.P.	60 980	= 14,3%
KPD	100 739	= 8,7%	KPD	27 571	= 7,3%	DPS	34 255	= 7,6%	KP	31 703	= 7,4%	KP	31 703	= 7,4%	KP	31 703	= 7,4%	KP	31 703	= 7,4%	KP	31 703	= 7,4%
			Bremen 12. 10. 47																				
			SPD	91 235	= 41,7%																		
			CDU	48 118	= 22,0%																		
			BDV	30 541	= 13,9%																		
			KPD	19 220	= 8,8%																		
			FDP	11 998	= 5,5%																		
			andere	17 676	= 8,1%																		

Gesamtergebnis der Landtagswahlen in den drei Westzonen 1946/47	
Abgegebene Stimmen:	70,4% der Wahlberechtigten, Ungültige Stimmen: 5,5%
Von den gültigen Stimmen gewannen:	
CDU/CSU	37,6%
SPD	35,0%
KPD	9,4%
FDP/LDP/DVP	9,3%
Sonstige	8,7%

BCSV = Badische Christlich-Soziale Volkspartei (entspr. CDU)	NLP = Niedersächsische Landespartei (später Deutsche Partei)
CVP = Christliche Volkspartei (Saarland)	SPS = Sozialdemokratische Partei Saar
BDV = Bremer Demokratische Volkspartei*	SSV = Südschleswigscher Wählerverband (Dänische Minderheit)
Dem.P. = Demokratische Partei*	WAV = Wirtschaftliche Aufbauvereinigung
DVP = Demokratische Volkspartei*	
LDP = Liberaldemokratische Partei*	
DPS = Demokratische Partei Saar*	

* Diese 5 Parteien entsprechen der FDP

Quelle: Informationen zur politischen Bildung, Heft 157/1974, S. 20

Dok. G 10 b

Ergebnisse der Bundestagswahlen 1949 und 1953

Ergebnis der Bundestagswahl 1949						
Gesamtergebnis						
Wahlberechtigt	31 207 620	Wahlbeteiligung	78,5%			
Gültige Stimmen	23 732 398	Mandate	402			
	Stimmen absolut	Stimmenanteil in %	WK	Mandate LL	insg.	Mandatsanteil in %
CDU/CSU	7 359 084	31,0	115	24	139	34,6
SPD	6 934 975	29,2	96	35	131	32,8
FDP/DVP/BDV	2 829 920	11,9	12	40	52	12,9
KPD	1 361 708	5,7	—	15	15	3,7
BP	986 478	4,2	11	6	17	4,2
DP	939 934	4,0	5	12	17	4,2
Z	727 505	3,1	—	10	10	2,5
WAV	681 888	2,9	—	12	12	3,0
DReP/DKP	429 031	1,8	—	5	5	1,2
NG	248 305	1,0	—	—	1	0,2
RSF	216 749	0,9	1	—	1	0,2
SSW	75 388	0,3	—	—	—	—
EVD/SzT	26 162	0,1	—	—	—	—
RVP/RWVP	21 931	0,1	—	—	—	—
Unabhängige	893 342	3,8	2	—	2	0,5

Ergebnis der Bundestagswahl 1953

Gesamtergebnis (Zweitstimmen)			
Wahlberechtigt	33 121 066	Wahlbeteiligung	83,2%
Gültige Stimmen	27 551 376	Mandate	487

	Stimmen absolut	Stimmenanteil in %	WK	Mandate		Mandatsanteil in %
				LL	insg.	
CDU/CSU	12 444 055	45,2	172	71	243	49,9
SPD	7 944 953	28,8	45	106	151	31,0
FDP	2 629 169	9,5	14	34	48	9,9
GB-BHE	1 616 956	5,9	—	27	27	5,5
DP	896 230	3,2	10	5	15	3,1
KPD	607 761	2,2	—	—	—	—
BP	465 641	1,7	—	—	—	—
GVP	318 476	1,1	—	—	—	—
DRP*	295 746	1,1	—	—	—	—
Z	217 078	0,8	1	2**	3	0,6
DNS	70 726	0,3	—	—	—	—
SSW	44 585	0,2	—	—	—	—

Quelle: Helno Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971, S. 196 und 216

Dok. G 11

Daten der Verfolgung und des Exils der Mitglieder des SPD-Vorstands von 1946

Zusammensetzung des ersten SPD-Vorstands nach dem Krieg, der auf dem Parteitag in Hannover vom 9.—11. 5. 1946 gewählt wurde:

Name/Funktion	Daten der Verfolgung und des Exils
<i>Vorsitzender</i>	
Kurt Schumacher	11 Jahre in verschiedenen KZ's
<i>Besoldete Vorstandsmitglieder</i>	
Erich Ollenhauer	seit 1933 Exil in der CSR, Frankreich und Großbritannien
Alfred Nau	14 Monate in Untersuchungsgefängnissen und KZ's
Fritz Heine	seit 1933 Exil in der CSR, Frankreich, Portugal und Großbritannien
Herbert Kriedemann	seit 1934 Exil in der CSR, Estland und den Niederlanden, nach der deutschen Besetzung mehrfach in Haft
<i>Unbesoldete Vorstandsmitglieder</i>	
Viktor Agartz	mehrere Verfahren bei der Gestapo
Fritz Henßler	von 1933—45 in verschiedenen Gefängnissen und KZ's
Erik Nölting	wiederholt verhaftet
Fritz Helmstädter	1943 Verfahren wegen „Wehrkraftzersetzung“
Julius Lossmann	1933/34 und 1944/45 Gefängnis und KZ Dachau

Walter Menzel
Adolf Grimme
Ernst Gnoß
Willy Knothe
Franz Böglar

von 1942—45 im Zuchthaus
von 1935—39 im Zuchthaus
1934 zu Zuchthaus verurteilt
1933 in Schutzhaft, nach Flucht Exil in Saarland, CSR, Frankreich, Schweiz

Andreas Gayk
Ludwig Metzger
Wilhelm Kaisen
Willi Eichler
Valentin Baur
Ellsabeth Selbert
Emil Gross

1936 Gestapo-Haft
vorübergehend in Schutzhaft
seit 1933 Exil in Frankreich und Großbritannien
seit 1933 Exil in Saargebiet und Schweiz

Anna Beyer
Robert Görlner

seit 1933 Exil in den Niederlanden, nach der Besetzung durch die Nazis Zuchthaus
seit 1937 Exil in Belgien, Frankreich und Großbritannien
seit 1933 Exil in Frankreich, nach der Besetzung Zuchthaus und KZ

Hermann Veit

Dok. G 12

Planungen in der Emigration für den Wiederaufbau der Gewerkschaften

Dok. G 12 a

Die Planungen in der Emigration: Schweden (1944)

Vorschlag für den Neuaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung

Einleitung:

Nach dem Zusammenbruch des jetzigen Regimes ist für das kommende demokratische Deutschland eine freie und unabhängige Gewerkschaftsbewegung eine selbstverständliche Notwendigkeit. Innerhalb der deutschen Arbeiterklasse ist auch der Wille vorhanden, eine solche gewerkschaftliche Arbeiterbewegung wieder aufzurichten, sobald die politischen Voraussetzungen vorhanden sind. Dieser Wille wird sich geltend machen unabhängig davon, in welcher Weise die DAF liquidiert wird.

Damit die neue Gewerkschaftsbewegung auf eine möglichst effektive Weise zustande kommt, muß die DAF als ein Teil des politischen Apparates des Naziregimes zur Unterdrückung der Arbeiterklasse aufgelöst werden. Da die nach dem Sturze des Naziregimes zu lösenden sozialen und politischen Aufgaben nur unter Mitwirkung einer gut organisierten Arbeiterklasse bewältigt werden können, wird die schnelle Organisation der in der DAF zwangswise erfaßten Arbeiter und Angestellten in dem neu zu schaffenden Gewerkschaftsbund angestrebt. Durch diese Maßnahme soll erreicht werden, daß die deutsche Arbeiterklasse wieder eine kampffähige Gewerkschaftsbewegung erhält. Es ist ferner größtes Gewicht darauf zu legen, daß den Arbeitern ihre in den früheren Gewerkschaften und der DAF erworbenen Unterstützungsansprüche erhalten bleiben.

1. Provisorische Konstituierung des neuen Gewerkschaftsbundes

Das Koalitionsrecht der Arbeiterklasse ist durch Gesetz erneut sicherzustellen. Die Gewerkschaftsorganisationen sind als Träger der Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten gesetzlich anzuerkennen. Das Ziel ist ihre Vereinigung in einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung.

Es ist zu erwarten, daß beim Zusammenbruch des Naziregimes in allen Orten und Betrieben Deutschlands die Arbeiterschaft zu spontanen Einzelaktionen mit dem Ziele der Wiederaufrichtung von Gewerkschaften greifen wird, welche zweckmäßig koordiniert werden müssen. Außerdem werden nach dem Umsturz eine Reihe von anderen Aufgaben erwachsen, die nur zentral gelöst werden können.

Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß sobald als möglich eine Zentralstelle geschaffen wird, die von sich aus alle zweckmäßigen Maßnahmen zur Vertretung der Arbeiterinteressen durch Koordinierung aller einzelnen gewerkschaftlichen Aktionen im Lande einleitet. Die Zentralstelle soll sich auf die Delegierten aus den wichtigsten Orten und Betrieben des Reiches stützen, die den Verhältnissen entsprechend zusammengerufen werden können. Sie gilt solange als zentrale Leitung der neuen deutschen Gewerkschaften, bis ein allgemeiner deutscher Gewerkschaftskongreß und die Kongresse der einzelnen Verbände eine endgültige Leitung gebildet haben.

In allen Betrieben und Orten sind unverzüglich Wahlen von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten vorzunehmen, die von sich aus eine örtliche Gewerkschaftsleitung bilden. Die im Kampfe gegen den Hitlerfaschismus entstandenen illegalen Gewerkschaftsgruppen werden ein wichtiger Faktor beim Wiederaufbau der Organisation sein.

[. .]

Quelle: Grundlagen der Einheitsgewerkschaft. Hrsg. von Ulrich Borsdorf u. a., Köln, Frankfurt/M. 1977, S. 250 ff.

Dok. G 12 b

Die Planungen in der Emigration: Großbritannien (1944/45)

Wir setzen im folgenden voraus, daß in Deutschland nach dem Sturz der Nazidiktatur der sofortige Wiederaufbau freier und unabhängiger Gewerkschaften für alle Arbeitnehmer in Angriff genommen werden kann.

Betriebliche Ausschüsse

Die ersten Formen gewerkschaftlicher Interessen-Vertretung werden sich aus den Kämpfen der illegalen Organisationen und Kräfte gegen Naziregime und Krieg entwickeln. Betrieblich und örtlich werden sich in Stadt und Land vom Vertrauen der Arbeitenden getragene Ausschüsse bilden. Sie werden die Interessen der Arbeitenden an der Arbeitsstelle und in der Selbstverwaltung zu vertreten und, besonders in der Übergangszeit in der örtlichen Verwaltung, in der Lebensmittellieferung und bei der Behebung sozialer und wirtschaftlicher Notstände mitzuwirken haben.

Gewerkschaftliche Organisationen

Örtlich und bezirklich, nach Industrien oder Berufen, werden sich aus diesen Ausschüssen gewerkschaftliche Organisationen bilden. Die Entwicklung wird wahrscheinlich nicht in allen Industrien und Berufen und in allen Bezirken gleichmäßig vor sich gehen.

Provisorische Bezirksausschüsse

In jedem Bezirk wird einer der aktivsten örtlichen Gewerkschaftsgliederungen die Aufgabe zufallen, den gewerkschaftlichen Aufbau zu fördern und zu koordinieren und mit den Vertretern anderer örtlicher Gliederungen einen provisorischen Bezirksausschuß zu bilden.

Ein einheitlicher Gewerkschaftsbund

In entsprechender Weise werden Vertreter dieser provisorischen Bezirksausschüsse die Arbeit der Bezirke zu koordinieren haben, mit dem Ziel der Bildung zentraler Industrie- oder Berufsverbände. Diese sind in einem einheitlichen allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund örtlich, bezirklich und zentral zusammenzufassen.

Organisationsgrundsätze

Alle Gewerkschaften und der Gewerkschaftsbund müssen von Anfang an unabhängig von Unternehmern, Staat und Behörden sein. Die Bildung einheitlicher Industrieverbände sollte angestrebt werden. Die Gewerkschaften sind freiwillige Zusammenschlüsse von Arbeitnehmern und machen die Aufnahme weder von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse, zu einem bestimmten Religionsbekenntnis oder zu einer bestimmten politischen Auffassung abhängig. Aktive Nazis und andere aktive faschistische Elemente können nicht Mitglied einer Gewerkschaft werden. Der Bundesausschuß des deutschen Gewerkschaftsbundes stellt hierfür Richtlinien auf und entscheidet über Einsprüche in letzter Instanz. Alle Mitglieder einer Gewerkschaft müssen gleiche Rechte und Pflichten haben und alle Leitungen müssen periodisch in demokratischem Wahlverhalten gewählt werden. [. .]

Quelle: Grundlagen der Einheitsgewerkschaft. Hrsg. von Ulrich Borsdorf u. a., Köln, Frankfurt/M. 1977, S. 254 ff.

Dok. G 13

Lea Fleischmann über die Bedeutung des Wortes „Wiedergutmachung“

Über die Bedeutung von Worten wurde in der Universität stundenlang debattiert. Abgrenzungen wurden vorgenommen, in Büchern nachgeschlagen, Definitionen verglichen, differenzierte Aspekte beleuchtet, Protokolle geschrieben, ohne daß jemals begriffen hätte, wozu man ein Wort so genau erfassen muß. Jahre später habe ich alles an einem einzigen Wort verstanden. Am Wort Wiedergutmachung.

Wiedergutmachung bekam meine Mutter für die erlittene fünfjährige Haft in verschiedenen Konzentrationslagern. Wiedergutmachung dafür, daß man ihre Familienschiedenen umgebracht, ihre Gesundheit ruiniert und ihre Seele zerstört hat. Wieder gut gemacht, ihre Gesundheit ruiniert und ihre Seele zerstört hat? Hat man ihre Gesundheit wieder gut gemacht? Hat man ihre Familie wieder gut gemacht? Hat man ihr Heim wieder gut gemacht?

Wer sich das Wort Wiedergutmachung ausgedacht hat, der hat den Schmerz und das Leid der Opfer nachträglich verhöhnt. Und das Unglück ist, daß die Juden das nicht gemerkt haben. Sie waren so geschockt und entsetzt über die Taten der Deutschen, daß sie auf die Bedeutung eines Wortes nicht achteten.

Die Wiedergutmachung war ein Almosen, eine geringe Rückgabe der gestohlenen materiellen Werte, ein Ersatz des geraubten Gutes. Gegen das Wort Wiedergutmachung hätte man sofort gerichtlich Einspruch erheben und verbieten müssen.

sen, es im Zusammenhang mit den Judenverfolgungen zu nennen. Worte haben Inhalte. Derjenige, der Wiedergutmachung zahlt, hat die Vorstellung, daß er etwas wieder gut gemacht hat, während die Juden das Gefühl haben, daß man nichts wieder gut machen kann. Es kommt hierzulande keiner auf die Idee, wenn ein Dieb einen Teil des gestohlenen Gutes wiedergibt, wenn ein Verbrecher Schmerzensgeld zahlt, es Wiedergutmachung zu nennen, oder wenn ein Menschenschinder jahrelang seine Arbeiter sklavisch ausbeutet und ihnen irgendwann eine minimale Summe zahlt, es Wiedergutmachung zu nennen. Aber bei den Juden nannte man es Wiedergutmachung.

Die Wiedergutmachungszahlungen waren der gemeinste Trick, den sich die Mörder von gestern für die Opfer in der Nachkriegszeit ausgedacht haben. Die überlebenden Juden waren nach dem Krieg vollkommen desorientiert. Nichts war geblieben außer dem Bewußtsein, daß man mit Geld sein Leben erhalten konnte. Derjenige, der sich vor dem Krieg ein Ausreisevisum kaufen konnte, überlebte, derjenige, der einem Bauern Geld gab, konnte sich bei ihm vielleicht verstecken und überleben, derjenige, der einen SS-Mann bestach und einen Posten in der Schreibstube ergatterte, erhöhte seine Überlebenschancen. Nach dem Krieg waren die Familien zerstört, Existenzen vernichtet und die Überlebenden hilflos. Und da bot man ihnen Geld an. Geld, das ihnen eine neue Existenzmöglichkeit schaffen sollte, Geld, verbunden mit einem großen Wort. Wiedergutmachung. Und die Opfer von gestern wurden zu Opfern von heute. Entwürdigende Untersuchungen mußten sie über sich ergehen lassen, bis deutsche Ärzte bestätigten, daß die Leiden tatsächlich verfolgungsbedingt waren. Schmachvolle Gerichtsverfahren, in denen sie nachweisen mußten, daß sie tatsächlich von den Deutschen geschädigt wurden. Deutsche Ärzte und Richter entschieden, ob Wiedergutmachung zu zahlen war oder nicht. Die Henker von gestern wollten ihre liebgegewonnene Rolle nicht aufgeben, und die Opfer konnten sich aus dieser Rolle nicht erlösen. Der Demütigung im Konzentrationslager folgte die Demütigung im Gerichtssaal. Das geschlagene Opfer trat als Bettler auf und der deutsche Richter als Herr, der entscheidet, ob das Opfer Anspruch auf ein paar Mark hat oder nicht. Die Deutschen haben Milliardenbeträge an Israel gezahlt. Jeder Stammtischbruder weiß das. Weiß er auch, daß die Deutschen Milliarden von den Juden geraubt hatten? Weiß er auch, daß sie den toten Juden ihre Goldzähne ausgebrochen und das Gold dem deutschen Reich oder der eigenen Tasche zugeführt haben? Über Wiedergutmachung stand in meinem Geschichtsbuch ein ganzes Kapitel, über den Raub an den Juden nichts.
[. . .]

Quelle: Lea Fleischmann, Dies ist nicht mein Land, Hamburg 1980, S. 70 ff.

Dok. G 14

Artikel in Lexika der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zum Stichwort: Widerstand

Dok. G 14 a

Bundesrepublik Deutschland (Brockhaus)

Die deutsche

Widerstandsbewegung 1933—45

Entstehung. 1933—38. Bald nach der Machtübernahme Hitlers (30. 1. 1933) bildete sich in Dtl. eine W. gegen das totalitäre Regierungssystem des Nationalso-

zialismus. Sie war jedoch organisatorisch und politisch äußerst uneinheitlich und beruhte vor allem auf einzelnen Persönlichkeiten, die jedoch aus allen Schichten des Volkes kamen: Kaufleute und Beamte, Arbeiter und Akademiker, Gewerkschaftler und Großgrundbesitzer, Offiziere und Hochschullehrer, Christen und Atheisten. Politisch reichte die W. von den Kommunisten und Sozialdemokraten bis zu den Liberalen und Konservativen.

Die dt. Kommunisten suchten sich als Untergrundbewegung auf breiter Basis zu organisieren, scheiterten jedoch (→Kommunismus, Abschnitt Deutschland). Sozialdemokraten, bes. sozialdemokr. Gewerkschaftler (*W. Leuschner*) suchten — allerdings ohne große Breitenwirkung — den Widerstand aus der Illegalität heraus zu aktivieren. Mit fortschreitender Diktatur traten in Dtl. aus dem Bereich der Sozialdemokratie in den Kreis der W. ein: *J. Leber, Th. Haubach, C. Mierendorff, A. Reichwein* u. a. Ansätze zu gemeinsamem Handeln zeigten sich früh in Kontakten zwischen Leuschner und J. Kaiser (Christliche Gewerkschaften) sowie *M. Habermann* (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband).

Der Kirchenkampf innerhalb der evang. Kirche sowie die sich ständig verschärfende kirchen- und christentumsfeindliche Politik der nationalsozialist. Partei- und Staatsführung rief den Widerstand kath. und protestant. Christen hervor. Aus christlich-humanitären Antrieben richtete sich der Protest vieler engagierter Christen gegen die totalitären Herrschaftsmethoden und Anschauungen (bes. gegen Judenfeindlichkeit und Euthanasieprogramm, Euthanasie) des Nationalsozialismus (Kardinal C. A. Graf v. Galen, M. Niemöller, *Th. Wurm* u. a.). Häufig traten polit. Motivationen hinzu (*D. Bonhoffler, A. Delp, J. Wirmser, B. Letterhaus*).

Die politisch vielfältig gegliederte bürgerlich-liberale und nationalkonservative Opposition suchte im Wissen um die sittliche Verpflichtung gegenüber den politisch-moral. Werten deutscher und preuß. Tradition der nationalsozialist. Gewaltpolitik entgegenzuwirken. Der liberale Jurist F. v. Schlabrendorff fand sich ebenso unter den aktiven Hitlergegnern wie der altkonservative E. v. Kleist(-Schmenzin) und der Süddeutsche *K. Th. v. u. zu Guttenberg*. Gelehrte und Diplomaten suchten Widerstand zu leisten: *E. Spranger, R. Smend, U. v. Hassell und H. A. Mumm von Schwarzenstein*. Führend in dieser Gruppe trat mit zunehmender Aktivität der ehemalige Oberbürgermeister von Leipzig, C. F. Goerdeler, hervor, der neben Gen. L. Beck zu einer entscheidenden Integrationsfigur der dt. W. wurde. Mit den Exzessen der Judenverfolgung seit 1938 stärkte die moral. Empörung auch die Kräfte des Widerstandes. Dennoch konnte sich keine über Einzelgruppen hinaus organisierte W. bilden. Hitlers außenpolit. Dynamik erschwerte die Möglichkeiten der polit. Opposition, zumal er in der *Fritschkrise* (→Fritsch 5) erfolgreich nach der Führung der Wehrmacht griff. Die durch Hitlers aggressive Außenpolitik (→Nationalsozialismus) entfachte Kriegsgefahr in Europa verstärkte die Bedeutung der Wehrmacht als Faktor des Widerstandes. In der *Sudetenkrise* (1938) entstanden Ansätze eines militär. Staatsstreiches. *L. Beck*, Generalstabschef des Heeres und einer der frühen Gegner Hitlers in der Wehrmachtsführung, hatte gegen die Außenpolitik Hitlers bes. gegenüber der Tschechoslowakei gehandelt. Sein Nachfolger F. Halder suchte ihm darin zu folgen. Im Zusammenwirken mit Gen. H. Oster wollte dieser Deutschland vor den Folgen eines aus der Sudetenkrise drohenden Weltkrieges bewahren. Er suchte dabei Kontakt zum Staatssekretär *E. v. Weizsäcker* im Auswärtigen Amt. Auch *GFM E. v. Witzleben* stellte sich zur Verfügung. Aber das für Hitler so erfolgreiche *Münchener Abkommen* ließ alle Staatsstreichspläne scheitern. Fortan versuchten die Angehörigen der W., vor allem aus dem Auswärtigen Amt, in Gesprächen mit ausländ. Staatsmännern vor Hitler zu warnen und einen Krieg zu verhindern.

Die W. im Kriege. Die großen milit. Anfangserfolge der dt. Wehrmacht, die vielfach Hitlers persönl. Verdienst zugeschrieben wurden, lähmten zunächst jeden ernsthaften Widerstand. Mit dem dt. Angriff auf die Sowjetunion (Juni 1941) entfaltete kommunistischerseits die Rote Kapelle ihre Tätigkeit. Der militär. Niedergang seit Ende 1942 (Schlacht um Stalingrad 1942/43), Nachrichten über nationalsozialist. Verbrechen in den besetzten Gebieten, bes. an Juden, gaben der Opposition neuen Auftrieb. Im Kreisauer Kreis H. J. v. Moltkes fanden sich Widerstandskämpfer verschiedener Richtungen — auch aus der Sozialdemokratie — zusammen. Münchener Studenten schlossen sich unter Führung Prof. K. Hubers in der Weißen Rose (u. a. die Geschwister Scholl) zusammen. Angehörige des Auswärtigen Amtes und Persönlichkeiten mit Auslandsbeziehungen bemühten sich bes. bei den westl. Alliierten um günstige Friedensbedingungen für Dtl. Im Falle eines antinationalsozialist. Umsturzes. Diese Bemühungen stießen jedoch bei den führenden Politikern der westl. Mächte stets auf mißtraulische Zurückhaltung. Zuletzt entzog die alliierte Forderung nach bedingungsloser Kapitulation der dt. Wehrmacht solchen Bemühungen weitgehend den Boden. Die nationalsozialist. Besatzungspolitik, die Judenverfolgung und der *Kommissarbefehl* (sofortige Erschießung gefangener sowjet. polit. Kommissare) sowie die militär. Katastrophe von Stalingrad hatten unter vielen Offizieren den Entschluß geweckt, Hitler zu verhaften und schließlich zu beseitigen. Jedoch schelsterten bis Sommer 1944 alle Attentatsversuche (u. a. H. v. Tresckow).

Die Verschwörung des 20. Juli 1944. Die vielfältigen Beziehungen zwischen dem konservativen und liberalen Kreis um Goerdeler, zu dem u. a. auch die Sozialdemokraten Leber und Reichwein gestoßen waren, mit der militär. Opposition (Gen. F. Olbricht, v. Tresckow, GFM G. v. Kluge, C. Graf Schenk von Stauffenberg) verdichteten sich seit 1943 zu einem Putsch- und Attentatsplan gegen Hitler. Nach gelungenem Staatsstreich und einer vorübergehenden Militärdiktatur sollte ein auf herkömmlichem Recht und Verfassungsgarantien beruhendes Staatswesen wiederhergestellt werden. Die Rückkehr zum Staatsaufbau der Weimarer Republik scheint von den wenigsten unter den Verschwörern erwogen worden zu sein. Als Staatsoberhaupt war Beck, als Reichskanzler Goerdeler, als Chef der Wehrmacht Witzleben vorgesehen. Als Außen-Min. standen F. W. v. d. Schulenburg und v. Hassell zur Debatte. So wenig hinsichtlich der Grundsätze für eine innere Neuordnung im einzelnen schon einhellig. Vorstellungen bestanden, so erhoffte man sich außenpolitisch doch — trotz fehlender Zusagen der Gegenseite — gegen die Räumung aller besetzten Gebiete und andere Zusagen mit den Westmächten zu einem Einvernehmen zu kommen, das die nationale Einheit und die Grenzen des Reiches bestehenblieben ließ. Eine Ostorientierung fand kaum Anhänger unter den Verschwörern. Mit dem Nationalkomitee Freies Deutschland in der Sowjetunion bestand keinerlei Verbindung. Das Reich war vielmehr weiterhin als Bollwerk gegen den Bolschewismus gedacht.

Als Instrument des Umsturzes war bes. das in Deutschland bestehende Ersatzheer vorgesehen. Im geeigneten Augenblick wollten die Verschwörer den Plan ‚Walküre‘ auslösen, der urspr. den Einsatz des Ersatzheeres im Falle eines inneren Notstandes auslösen sollte. Die Haltung des Befehlshabers des Ersatzheeres, Gen.-Oberst F. Fromm, war schwankend. Die Ernennung Stauffenbergs zum Stabschef des Befehlshabers des Ersatzheeres am 1. 7. 1944 bot den Verschwörern die Gelegenheit, ihren Staatsstreich und Attentatsplan auszuführen, da Stauffenberg in dieser Funktion an den militär. Lagebesprechungen Hitlers teilnehmen konnte. Auf diese Weise gelang es ihm, am 20. 7. 1944 in Hitlers Hauptquartier ‚Wolfsschanze‘ bei Rastenburg (Ostpreußen) unbemerkt eine Akten-

tasche mit einer Bombe unter den Konferenztisch zu legen und den Raum alsbald zu verlassen. Nach der bald darauffolgenden Explosion flog er sofort nach Berlin zurück.

Die Bombe tötete fünf Mitgl. der Umgebung Hitlers, verletzte diesen selbst jedoch nur unwesentlich. Die Verschwörer im Gebäude des OKW in der Berliner Bendlerstraße aber nahmen an, daß Hitler tot sei, und setzten die verabredeten Maßnahmen (P. ‚Walküre‘) zur Auslösung des Umsturzes in Gang und nahmen Fromm gefangen. Bald jedoch trafen Nachrichten vom Überleben Hitlers ein, die die Aufständischen unsicher machten. Der Kommandeur des Berliner Wachbattillons, Major E. Remer, wandte sich nach einem Telefonat mit Hitler gegen die aufständ. Offiziere. Auch außerhalb Berlins drangen die erteilten Widerstandsbefehle nicht mehr erfolgreich durch, da die Wehrkreisleitungen im Reich oft nicht hinreichend politisch geprüft und eingeweiht worden waren. Darüber hinaus gelang es den Verschwörern nicht, die Gewalt über den Rundfunk zu gewinnen. Nur in Paris gelang es, unter Gen. K.-H. v. Stülpnagel die gesamte Führung der SS und des SD vorübergehend festzusetzen. Der Oberbefehlshaber im Westen, GFM E. Rommel, der zum engeren Kreis der W. gehörte, war durch eine Verwundung als Mithandelnder ausgefallen. Mit dem allgemeinen Bekanntwerden von Hitlers Überleben am Abend des 20. 7. (Rundfunksprache Hitlers) brach der Aufstand zusammen, zumal viele hohe Offiziere sich nicht von ihrer Bindung an den geleisteten Eid lösen wollten. Einige der militär. Führer der W. in der Bendlerstraße begingen Selbstmord (Beck) oder wurden standrechtlich erschossen (Schenk v. Stauffenberg).

Nach dem Scheitern des Aufstandsversuchs vom 20. 7. 1944 traf die nationalsozialist. Reichsreg. umfassende Maßnahmen, um die Opposition zu zerschlagen. Die militär. Anführer der W. wurden aus der Wehrmacht ausgestoßen. Zusammen mit den zivilen Verschwörern wurden sie vor den *Volksgerichtshof* (Präs. R. Freisler) gebracht. Ohne wirksame Verteidigung wurden sie bei einem vielfach persönl. entehrenden Prozeßverlauf zum Tode verurteilt und hingerichtet. Gegenüber den Familienmitgliedern schreckte der nationalsozialist. Herrschaftsapparat vor der ‚Sippenhaft‘ nicht zurück. Darüber hinaus ergriff er auch viele Personen, die als oppositionell verdächtig waren: bes. Politiker aus dem Kreis der Parteien der Weimarer Republik. Zahlreiche Todesurteile, die auch über Personen aus diesem Bereich ergingen, wurden bis in das Frühjahr 1945 hinein gefällt. Häufig wurden in Konzentrationslagern und Gefängnissen polit. Gegner in standrechtlichen Scheinverfahren ermordet. Die Zahl der Opfer kann nicht genau erfaßt werden. Der Volksgerichtshof allein erließ nach dem 20. 7. 1944 über 200 Todesurteile, die vollstreckt wurden.

Die W. gegen den Nationalsozialismus war keine Volksbewegung. Sie entsprang der moral. Empörung, dem Mut und der Opferbereitschaft Weniger aus allen Volksschichten. Das Scheitern des Umsturzversuchs vom 20. 7. 1944 erscheint daher fast unausweichlich.

Die militär. Lage Deutschlands war 1944 so hoffnungslos geworden, daß eine Aufstandsreglerung kaum noch erfolgreich mit den Feindmächten hätte verhandeln können. Auch waren die innere Festigkeit des nationalsozialist. Staatsapparats und die Wirksamkeit der von ihm ausgehenden Propaganda immer noch zu stark. Nicht nur der Hitler elnst geleistete Eid hemmte viele Offiziere daran, aktiv Widerstand zu leisten, sondern auch die Abneigung gegen ein Attentat, auch wenn es sich gegen einen Tyrannen richtete. Viele der Verschwörer selbst (z. B. Goerdeler) waren im Zwiespalt über die Berechtigung eines Tyrannenmordes. Fast alle wurden von Zweifeln am Gelingen ihres Unternehmens geplagt, blieben

gung. Durch das Wirken des faschistischen Terrorapparates, den antikomunistischen Kräften in den Reihen der Sozialdemokratie, der bürgerlichen Hitleropposition u. a. gelang es nicht, die Mehrheit der Hitlergegner in einer umfassenden Kampffront zusammenzuschließen. Dennoch wurden dem faschistischen Regime durch den W. Schwierigkeiten bei der Durchsetzung seiner innen- und außenpolitischen Ziele entgegengesetzt, wurde die bedingungslose Unterwerfung der gesamten Arbeiterklasse unter der Hitlerdiktatur verhindert, dem Monopolkapital bestimmte soziale Zugeständnisse abgetrotzt und dazu beigetragen, die faschistische Diktatur zu zerschlagen. Die Widerstandsbewegung in Deutschland repräsentierte jene Kräfte, die der Menschlichkeit und dem sozialen Fortschritt zum Siege zu verheifen suchten. 3 Abb. — Als Vertretung der antifaschistischen Widerstandskämpfer wurde in der DDR das *Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer*, Sitz Berlin (jetzt auch mit territorialen Komitees in den Bezirken und Kreisen) gebildet. Als Repräsentant der antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR gehört es der FIR (Fédération Internationale des Résistants) an. Die Rechte der antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR sind durch gesetzliche Bestimmungen umfassend gesichert.

Quelle: Meyers Neues Lexikon, 2. Auflage, Band 15, Leipzig 1977, S. 211 f.

Dok. G 15

Darstellung des Widerstands in einem Lehrbuch für den Geschichtsunterricht in der Bundesrepublik (1968)

Seit der Machtübernahme Hitlers bildeten sich in Deutschland oppositionelle Gruppen, die den Nationalsozialismus bekämpften. Diese *Widerstandsbewegung* kam aus allen Kreisen und Partelen, die bis dahin das politische Leben in Deutschland getragen hatten. In Österreich z. B. entzündete sich der Widerstand an der Form, in der Österreich unter Mißachtung seiner historischen Bedeutung und des tief verwurzelten Heimatbewußtseins dem Deutschen Reich eingegliedert wurde. Die Einheit des Landes war aufgelöst, die Ländergrenzen geändert und Wien nur noch Gauhauptstadt. Die deutschsprachige Volksgruppe im ehemals österreichischen Südtirol erlitt durch Hitlers Zugeständnisse an Mussolini (Umsiedlung) große Verluste. Die Widerstandsbewegung stellte keine in sich geschlossene Organisation dar. Das verhinderte schon die Situation in einem so durchorganisierten Terrorstaat. Doch suchten die einzelnen Gruppen im Laufe der Jahre Fühlung untereinander, die sich schließlich zu einer gemeinsamen Front des Widerstandes verdichtete. Führende Gewerkschaftler, Sozialdemokraten, Kommunisten, Männer aus allen verbotenen Partelen, Christen beider Konfessionen, hohe Beamte und Offiziere standen Schulter an Schulter. So verschleuderten sie im einzelnen über eine politische Neugestaltung Deutschlands in der Zukunft dachten, einig waren sie in der sittlichen Neugebung, daß ein Herrschaftssystem, das keine moralischen Bindungen anerkannte und durch den ständigen Mißbrauch der Macht so weit entartet war, daß des Verbrechen nie gekannten Ausmaßes befehl, beseitigt werden müsse. Die Widerstandsbewegung konnte nur dann Erfolg haben, wenn in Ihren Reihen Männer standen, die Schlüsselstellungen im nationalsozialistischen Staat innehatten. Dazu gehörten in erster Linie hohe Offiziere der Wehrmacht, aber auch Diplomaten und führende Verwaltungsbeamte. Auf einen Staatsstreich drängten

besonders Carl Goerdeler, der bis 1937 Oberbürgermeister in Leipzig war, und Generaloberst Ludwig Beck, bis August 1938 Chef des Generalstabes des Heeres. Einsichtige Offiziere in führenden Generalstabsstellungen waren mit Beck der Auffassung, daß der Staatsstreich im Falle des Kriegsausbruchs unternommen werden müsse. So hatte General Halder, Becks Nachfolger, den Plan, im Falle des Kriegsausbruchs in der Sudetenkrise 1938 Hitler durch Berliner Truppen verhaften zu lassen. Die im letzten Augenblick erreichte friedliche Lösung in München verhinderte dieses Vorhaben. Im Winter 1939/40 lebte im Generalstab der Gedanke eines Staatsstreiches auf, doch der inzwischen begonnene Krieg, der ein nationales Zusammenstehen zu erfordern schien, ließ die Bedenken dagegen größer erscheinen. Mehrere Einzelaktionen zur Beseitigung Hitlers in den späteren Kriegsjahren schelberten an technischen „Zufällen“.

Da die Fortsetzung des sinnlosen Blutvergießens immer klarer als ein ungeheures Verbrechen am deutschen Volk angesehen werden mußte, blieb ein Attentat auf Hitler die letzte Möglichkeit, die verhängnisvolle Verstrickung zu lösen, die Millionen von Soldaten durch den Eid an Hitler band. Die am 20. Juli 1944 versuchte Beseitigung Hitlers sollte zugleich die Selbstreinigung der Nationen von den in Ihrem Namen begangenen Verbrechen einleiten. Das durch den Oberst Graf Schenk von Stauffenberg im Führerhauptquartier ausgeführte Bombenattentat mißlang jedoch, der Versuch des Staatsstreiches in Berlin brach zusammen. Hitler ließ die Männer der Widerstandsbewegung in grausamsten Formen hinrichten. Tausende von Verdächtigen wurden verhaftet, ein großer Teil von ihnen gefoltert, erschossen oder erhängt. Hitler behielt die Möglichkeit, den Krieg noch gewaltige Opfer an den Fronten und in der Heimat forderte, bis zur völligen Vernichtung Deutschlands fortzusetzen. Seine Auffassung war: „Wenn der Krieg verlorengelht, wird auch das Volk verloren sein . . . Es ist notwendig, auf die Grundlagen, die das Volk zu seinem primitivsten Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil, es ist besser, selbst diese Dinge zu zerstören, uns selbst zu zerstören. Denn das Volk hat sich dann als das schwächere erwiesen, und dem stärkeren Ostvolk gehört ausschließlich die Zukunft. Was nach dem Krieg übrigbleibt, sind ohnehin nur die Minderwertigen, denn die Guten sind gefallen.“

Quelle: Fernis/Haverkamp: Grundzüge der Geschichte, Oberstufe, Ausgabe B, Textbd. 2: Vom Zeitalter der Aufklärung bis zur Gegenwart, Frankfurt/M., Berlin 1968, S. 187 f.

Dok. G 16

Gerichtsurteil zum Widerstandsrecht

Ein gegen eine bestehende Unrechtsherrschaft geteilter Widerstand kann nur dann als rechtmäßig und demgemäß eine diesen Widerstand ahnende staatliche Maßnahme nur dann als Unrecht im Rechtssinne angesehen werden, wenn die Widerstandshaltung nach ihren Beweggründen, Zielsetzungen und Erfolgsaussichten als ein ernsthafter und sinnvoller Versuch gewertet werden kann, den bestehenden Unrechtsstaat zu beseitigen und in bezug auf dessen Übel eine allgemeine Wende zum Besseren herbeizuführen. [. . .] Von dieser Art war der Widerstand der Männer des 20. Juli 1944, den der Gesetzgeber in der Prämisse zum BEG [Bundesentschädigungsgesetz] ersichtlich als den beispielhaften Fall eines rechtmäßigen Widerstandes angesehen hat. [. . .]

Urteil des Bundesgerichtshofes v. 14. 7. 1961. Zit. n.: ebd. 15/1962/1. S. 195 f. Mit diesem oft kritisierten Urteil lehnte der BGH es ab, Wehrdienstverweigerung als Widerstand anzuerkennen.

Die im BGH-Urteil genannte Präambel des BEG lautet:

In Anerkennung der Tatsache,

daß Personen, die aus Gründen politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgt worden sind, Unrecht geschehen ist,

daß der aus Überzeugung oder um des Glaubens oder des Gewissens willen gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geleistete Widerstand ein Verdienst um das Wohl des Deutschen Volkes war, [. .]

hat der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrats das nachstehende Gesetz beschlossen.

Quelle: Dieter Langewiesche, Sozialistischer und kommunistischer Widerstand in Deutschland 1933—45, in: Materialien zum historisch-politischen Unterricht, Stuttgart 1975

Dok. G 17

CDU/CSU-Politiker zur Emigration Willy Brandts

[. .]

Trotz dieses Dilemmas und Warnungen der SPD verzichtete die CDU/CSU nicht darauf, Brandt mehrfach direkt oder indirekt öffentlich wegen seiner Exilzeit anzugreifen; offensichtlich versprach sie sich davon mehr Nutzen als Schaden. Um sich aber von vornherein gegen den Vorwurf abzusichern, sie trieben Emigrantenhetze, leiteten die Redner ihre Kritik an der Vergangenheit Brandts meistens mit dem Vorspann ein, die CDU/CSU wende sich nicht gegen die „Emigration an sich“ (Höcherl), sondern nur gegen ein Verhalten, das nicht „einwandfrei“ (?) gedeckt sei. Eine solche Hypostase diene jedoch stets nur als rhetorische Rückendeckung für unqualifizierte Vorwürfe gegen Brandt.

Nach dem Bundeswahlkampfleiter Kai-Uwe von Hassel respektierte die CDU bloß solche ehemaligen Emigranten, die sofort nach dem Kriege zurückgekehrt waren und ihre alte Staatsangehörigkeit gleich wieder angenommen hatten. „Ich bekenne mich als Deutscher und bin bereit, das Schicksal des deutschen Volkes und Vaterlandes zu tragen und zu teilen“, so äußerte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Ende Oktober 1960 in Helde. „Ich fühle mich diesem Schicksal verpflichtet in guten wie in bösen Tagen. Ich verleugne nicht meine Volks- und Staatsangehörigkeit persönlicher oder sonstiger Vorteile wegen. Ich kann diese Schicksalsgemeinschaft nicht verlassen, wenn es mir persönlich gefährlich erscheint, und ihr wieder beitreten, wenn das Risiko vorüber ist.“ Von Hassel sei zugute gehalten, daß er über die tatsächlichen und juristischen Voraussetzungen im unklaren war, die Brandt bewegen hatten, seine Staatsangehörigkeit zweimal zu wechseln. Ohne diese Benignität wäre es leicht, dem damaligen CDU-Wahlkampfleiter bis in die Diktion hinein („Schicksalsgemeinschaft“) nachzuweisen, daß er nationalistische, ja faschistische Agitation gegen einen Ausgebürgerten getrieben habe.

Noch schärfer polemisierten gegen Brandt führende CSU-Vertreter. Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß meinte am 15. Februar 1961 in Vilshofen: „Eines wird man doch aber Herrn Brandt fragen dürfen: Was haben Sie zwölf

Jahre lang draußen gemacht? Wir wissen, was wir drinnen gemacht haben.“ Diese hintergründige Rhetorik versetzte Brandt nachträglich in eine Art Anklagezustand — als ob er sich dafür zu rechtfertigen hätte, nicht im Deutschland Hitlers geblieben zu sein. Bundestagsvizepräsident Richard Jaeger, der im Bundestag am 8. März 1961 versicherte, es gebe „in diesem Lande keine Emigrantenhetze und schon gar keine Emigrantenhetze aus den Reihen der CDU und CSU“, scheute nicht davor zurück, Brandts Namenwechsel mit Hitler, der eigentlich Schicklgruber geheißten habe, in Verbindung zu bringen. Und Bundespostminister Richard Stücklen fragte am 11. August 1961 auf einer Wahlversammlung in Bogen (Niederbayern), was wohl zwischen 1945 und 1947 leichter gewesen sei: „Daß Millionen deutscher Männer und Frauen die Ziegelsteine in den zertrümmerten Städten abkratzten oder daß man nicht wußte, ob man Norweger oder Deutscher sein wollte.“ Zwar hatte Brandt eine Zurechtweisung verdient, da er gelästert hatte, es sei leichter, links des Rheins zu stehen als in Berlin „den Bukkel hinzuhalten“ — aber mußte deshalb gleich ein moralischer Tiefschlag gegen seine Exilzeit folgen?

Selbst Adenauer und Erhard, deren außerordentliche Verdienste um den demokratischen Wiederaufbau niemand ernstlich bestreiten kann, trugen wesentlich dazu bei, den Wahlkampf zu vergiften. Adenauer war am 14. August 1961 in Regensburg „der Auffassung, wenn einer mit der größten Rücksicht behandelt worden ist von seinen politischen Gegnern, dann ist das der Herr Brandt alias Frahm“, und er spielte dabei zugleich auf dessen uneheliche Geburt an; und Erhard konnte es nicht lassen, mehrfach zu verkünden, er habe bereits an den Plänen zur Währungsreform gearbeitet, als „Brandt noch nicht einmal wieder deutscher Staatsbürger“ geworden sei. *Groß* waren die Ovationen der unkritischen Masse, noch *größer* offensichtlich die Erwartungen, mit solchen Reminiszenzen Stimmen zu gewinnen, sonst hätte Erhard logischerweise nicht 1965 fortgesetzt, was Adenauer 1961 begonnen, aber am *größten* waren wohl die ideellen Schäden, die diese ebenso kurzsichtige wie fragwürdige Agitation anrichtete.

Quelle: Hans Georg Lehmann, In Acht und Bann, München 1976, S. 258 f.

Dok. G 18

Aufruf der Ministerpräsidenten an die deutschen Emigranten

Aufruf an die deutsche Emigration

Die in München versammelten Chefs der deutschen Länderregierungen richten an alle Deutschen, die durch den Nationalsozialismus aus ihrem Vaterland vertrieben wurden, den herzlichen Ruf, in ihre Heimat zurückzukehren. Ein tiefes Gefühl der Verantwortung erfüllt uns Ihnen gegenüber. Wir haben sie schweren Herzens scheiden sehen und werden uns ihrer Rückkehr freuen. Ihrer Aufnahme in unserem überfüllten und unwirtlich gewordenen Lande stehen zwar große Schwierigkeiten entgegen. Wir werden aber alles tun, um gerade Ihnen ein neues Heim zu schaffen.

Jene Emigranten, die Deutschland lieben und unsere Wirrsal in Ihrer geistigen und historischen Tiefe kennen, sind besonders berufen, Mittler zwischen uns und der übrigen Welt zu sein. Sie, die sich deutscher Sprache und Kultur noch verpflichtet wissen, mögen sich hier davon überzeugen, daß unser Volk auch heute noch in seinem Kern gesund ist und daß seine überwältigende Mehrheit keinen anderen Wunsch hat, als friedlich und arbeitsam im Kreise der übrigen Völker zu

leben. An einen wirklichen Neubeginn unseres Lebens ist aber nicht zu denken ohne die Hilfe der übrigen Welt, ganz besonders nicht ohne die Deutschen, die heute außerhalb unserer Grenzen weilen. Deshalb rufen wir sie auf, mit uns ein besseres Deutschland aufzubauen.

Quelle: Die deutsche Ministerpräsidentenkonferenz 1947 in München, herausgegeben von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München o. J., S. 121

Dok. G 19

Kontroverse um eine Ausstellung über den Widerstand Bericht der Süddeutschen Zeitung

Ausstellung zwischen Widerstand und Anerkennung

Dokumentation über Kampf gegen Hitlerregime ruft gegensätzliche Reaktionen hervor

Von unserem Redaktionsmitglied Michael Stiller

München, 27. März — Fast zehn Jahre ist es her, daß die „Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Verfolgtenorganisationen“ (ABV) den Beschluß faßte, eine Ausstellung über den Widerstand und die Verfolgung zwischen 1933 und 1945 in Bayern zusammenzustellen. Ausgehend von der gerade die Opfer des Nationalsozialismus damals wie auch noch jetzt bedrückenden Erfahrung, daß an den Schulen das düsterste Kapitel deutscher Geschichte nicht oder nur unzulänglich behandelt wird, wollte die Arbeitsgemeinschaft ein zusätzliches Angebot zu den ohnehin dürftigen Materialien über die Zeit der Nazidiktatur schaffen, damit sich vor allem junge Menschen authentisch über die Schreckenszeit, ihre Ursachen und ihre Opfer informieren könnten. Daß bei dem Vorhaben die ganze Breite des Widerstands und der Verfolgung so gut nur irgend möglich erfaßt würde, schien durch die Zusammensetzung der ABV gewährleistet. Ihr gehören alle Organisationen der wegen ihrer politischen Einstellung, ihrer rassischen Zugehörigkeit oder ihrer religiösen Überzeugung Verfolgten an, vom christlich-monarchistisch geprägten Widerstand über die Freiheitsaktion Bayern, die kirchlichen Gruppen, die israelitische Kultusgemeinde bis hin zu den Sozialdemokraten und Kommunisten.

Die Organisatoren der Ausstellung wußten von Anfang an, daß sie eine schwierige Aufgabe vor sich hatten. Die finanziellen Mittel der Verfolgtenorganisationen sind entsprechend dem geringen Stellenwert, der ihnen in der Bundesrepublik im Gegensatz etwa zu Ländern wie Frankreich oder Italien eingeräumt wird, bescheiden. Viele Mitglieder, auf deren Mithilfe man beim Aufbau der Ausstellung angewiesen war, sind alt, krank oder haben angesichts des öffentlichen Desinteresses an ihrem Schicksal und an ihren Erfahrungen im Kampf gegen die Diktatur resigniert.

Wie deutlich an ihrem Projekt aber der Widerspruch zwischen dem Bedürfnis nach Aufklärung vor allem bei jungen Menschen und der Bereitschaft staatlicher Stellen werden sollte, diesen Wissensdurst tatkräftig stillen zu helfen, ahnten die Organisatoren nicht. Auf der einen Seite weist das Besucherbuch der Ausstellung breite Zustimmung und Dankbarkeit von vielen der mittlerweile über 300 000 Menschen, darunter zahlreiche Schüler, aus, die diese Dokumentation bisher gesehen haben. Die offiziellen Verlautbarungen etwa der bayerischen Staatsregierung und von Politikern der CSU zeigen aber auf der anderen Seite, auf welche

Ressentiments, offene Aggressionen und kleinliche Schikanen der Versuch von Betroffenen gestoßen ist, die blutige Geschichte des Widerstands und der Verfolgung in Bayern nach bestem Wissen darzustellen.

Fünf Jahre, nachdem die Ausstellung in München eröffnet und in der Folge in annähernd 30 bayerischen Städten sowie auch außerhalb Bayern gezeigt worden war, steht immer noch nicht fest, ob dieses Zeugnis bayerischer Widerstandskämpfer und Verfolgter einen öffentlichen Träger finden wird, der die Ausstellung weiterführt. Die ABV selbst ist aus finanziellen und personellen Gründen dazu kaum noch in der Lage. Die CSU-Mehrheit im Landtag hat bereits 1979, der Argumentation von Kultusminister Hans Maier folgend, eine Übernahme in das Angebot der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit brüsk abgelehnt und sich auch geweigert, eine Empfehlung auszusprechen, die Ausstellung in die Schulen zu bringen. Die Staatskanzlei hat, wie kürzlich bekannt wurde, Kommunen wie etwa die Stadt Traunstein gewarnt, die Ausstellung zu zeigen.

„Wissenschaftliche Überarbeitung“ als Vorbehalt

Zwar gibt es seit längerer Zeit einen Beschluß des Münchner Stadtrats, die Dokumentation in städtische Regie zu übernehmen; die brachialen Töne aber, die von der CSU aus dem Landtag drangen, haben dazu geführt, daß die Übernahme von einer „wissenschaftlichen Überarbeitung“ verschiedener Texte auf den Schautafeln abhängig gemacht wurde — ein Vorbehalt, der die Organisatoren nach ihren Erfahrungen verständlicherweise mißtrauisch macht.

Dabei ließ sich die Zusammenarbeit mit dem Staat nach dem Grundsatzbeschluß der ABV von 1972 vielversprechend an. Ein Exposé für die Ausstellung fand die Zustimmung des Kultusministeriums, die staatlichen Archive wurden geöffnet und die Staatskanzlei gab einen Zuschuß von 10 000 Mark. Die Vorbereitungen wurden zunächst vom renommierten „Institut für Zeitgeschichte“ begleitet, das selbst seit längerer Zeit, vom bayerischen Landtag bisher mit zwei Millionen Mark unterstützt, am verdienstvollen Projekt der wissenschaftlichen Aufarbeitung von „Widerstand und Verfolgung der Bayern 1933—1945“ arbeitet. 1975 aber „haben sich dann die Wege gegabelt“, wie Kultusminister Maier im Landtag sagte. Das Institut habe „eine weitere verantwortliche Beteiligung an der Ausstellung ablehnen müssen, weil es sie für verfrüht und in der Konzeption für fragwürdig hielt“. Man könne — so Maier 1979 — „den historischen Stellenwert des Widerstands erst dann gerechterweise bewerten, wenn man alle Quellen ausgewertet hat, wenn man die ganze Breite des Widerstands kennt“.

Bis zur Auswertung auch der letzten Quelle aber wollten die Verantwortlichen der ABV 30 Jahre nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes nicht warten, denn sie hielten es für notwendig, nach den unübersehbaren Versäumnissen bei der Aufklärung endlich damit zu beginnen. Der Zuspruch, den die Ausstellung seit 1976 fand, gab ihnen recht. CSU-Bürgermeister hoben sich bei ihren Eröffnungsreden und Eintragungen ins Besucherbuch wohlthuend von der Meinung ab, die sich an der Spitze von Regierung und Partei zu formulieren begann. In Ingolstadt etwa äußerte sich Oberbürgermeister Peter Schnell beeindruckt: „Ich bin dankbar, daß diese bemerkenswerte Ausstellung auch in Ingolstadt gezeigt wird. Das Wissen um den Widerstand großartiger Menschen gegen eine unmenschliche Diktatur läßt die Jugend die Belastung durch das Nazi-Regime leichter ertragen.“

Ein Politologe sieht rot

In Bayreuth erlebte dagegen Clara Huber, die Witwe des von den Nazis ermordeten Münchner Professors Kurt Huber vom Widerstandskreis „Weiße Rose“ — sie fungiert zusammen mit Carola Karg als Ausstellungsführerin — dieses: Professor

Konrad Löw, Inhaber eines Lehrstuhls für Politik und Kommunalpolitiker der CSU, mißfiel die Darstellung des Widerstands der Kommunisten und die Mitarbeit der Witwe des Widerstandskämpfers Huber bei der Ausstellung. „Das ist ja allerhand. Ihr Mann würde sich ja im Grab umdrehen, wenn er wüßte, daß seine Frau hier Dienst tut“, fuhr er die 73jährige Frau an. Sie entgegnete: „Ich muß ja meinen Mann gekannt haben. Ich kann Ihnen nur sagen, er würde sich im Grab umdrehen, wenn er Sie hier als Professor für Politik hören würde.“ Löw startete jedoch eine Kampagne. „Als Sohn eines Widerstandskämpfers“ forderte er den Bayreuther Stadtrat auf, „umgehend zu veranlassen, daß die Ausstellung umgestaltet oder geschlossen wird“. Durch die Darstellung des Widerstands von Kommunisten sah der Politologe das Andenken demokratischer Persönlichkeiten mißbraucht. Er werde „jeden, der diese Ausstellung in der jetzigen Form fördert, einen bewußten oder leichtfertigen Förderer kommunistischer Zielsetzungen nennen“.

In Bayreuth stieß er auf Empörung und Ablehnung. Viele Ausstellungsbesucher rechneten bei ihren Eintragungen scharf mit dieser Form von politischer Wissenschaft ab. In München freilich fand er offene Ohren, CSU-Landtagsabgeordnete nahmen seine Argumente bereitwillig auf. Als SPD und FDP mehr staatliches Engagement für die Ausstellung forderten, brachen im Landtag die Aggressionen offen aus. Die Veranstalter wurden von der CSU in die Nähe von „Verfassungsfeinden“ gebracht, ihre Dokumentation als „vulgär-marxistisch“ und „einseitig kommunistisch“ diffamiert. Mit dem staatlichen Zuschuß von 10 000 Mark sei die Ausstellung bereits „überdimensioniert“ gefördert worden — was die Opposition auf die galoppierenden Kosten für die Wittelsbacher-Ausstellung hinweisen ließ, die sich mittlerweile der 15-Millionen-Mark-Grenze nähern.

Kultusminister Maier schließlich hatte plötzlich ein „Gutachten“ des Instituts für Zeitgeschichte zur Hand, mit dem er die CSU in ihrer ablehnenden Haltung bestärken konnte. Daß diese Beurteilung lediglich eine knappe „gutachtliche Stellungnahme“ auf zweieinhalb Schreibmaschinenseiten war, wie das Institut betont, daß es auch positive Aussagen über die Ausstellung enthält, störte den um wissenschaftliche Redlichkeit der ABV besorgten Politologen Maier nicht weiter. Zwei Schautafeln der Ausstellung, die zugegebenermaßen tatsächlich nicht die präziseste Darstellung der Hintergründe des Aufstiegs Hitlers beinhalten, gaben den Ausschlag. „Wir können nur ein Projekt fördern, das den Kriterien wissenschaftlicher Zuverlässigkeit und objektiver Darstellung gerecht wird. Es sprechen gute Gründe dafür, vom Ankauf und vom Zeigen dieser Ausstellung in den Schulen abzusehen“, lautete Malers Urteil, dem sich die Landtags-CSU einhellig anschloß.

Carola Karg, 1934 im Alter von 24 Jahren vom Volksgerichtshof auf Grund ihrer Tätigkeit in der sozialistischen Jugendbewegung wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, in der Haft häufig mißhandelt und erst 1945 wieder frei, hat zusammen mit Clara Huber seit 1976 rund 3000 Schulklassen durch die Ausstellung geführt. Ziel der Ausstellung ist es nach ihren Worten auch, durch das Zeigen des Widerstands „Leitbilder“ für die manchmal ziellose Jugend vorzuführen, damit jungen Leuten das bewußte Eintreten für die Demokratie leichter fällt und die Gefahren des Neonazismus klarer erkannt werden. Manche älteren Besucher hätten argumentiert, man solle nicht immer wieder an „dieses Thema“ rühren; beeindruckt habe sie aber, daß frühere NSDAP-Mitglieder nach dem Gang durch die Ausstellung ihre Scham und Betroffenheit offen bekannt hätten. Oft seien sie von ihren Kindern in die Ausstellung mitgebracht worden.

Frau Karg berichtet von Bedrohungen der Ausstellung durch Neonazis, die, von der Polizei kaum behelligt, Flugblätter über „KZ-Lügen“ verteilt hätten. In Neu-Ulm wurde das Ausstellungslokal stundenlang von Mitgliedern der türkischen Extremistenorganisation „Graue Wölfe“ belagert. Die 70jährige Frau hat sich aber nie einschüchtern lassen. „Mein ganzes Leben ist davon geprägt, das Vermächtnis der Toten und Verfolgten weiterzugeben“, sagt die Widerstandskämpferin, deren Verlobten die Nazis totgeschlagen haben.

Ob die Stadt München das Vermächtnis der bayerischen Verfolgten annimmt, wird sich in den nächsten Wochen entscheiden. Für die wissenschaftliche Begutachtung wurde der Historiker Karl Bosl gewonnen, dem nicht nur die ABV zutraut, daß er mit einer fundierten Stellungnahme dem Grundanliegen der Ausstellung gerecht werden und die durch beklemmende politische Auseinandersetzungen bewirkten Vorbehalte der Stadt München ausräumen kann.

Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 28./29. März 1981

Dok. G 20

Willy Brandt über Lehren des Widerstands

[. . .] Trotzdem: Es sagt sich so leicht, wir müßten aus der Geschichte lernen und dafür sorgen, daß sich nichts Böses wiederholt. Worin aber liegt nun die Lehre und warum sind viele besorgt, wenn wir doch wissen, daß sich nichts wiederholt — es sei denn als Farce.

Die Demokratie ist uns nach dem Zusammenbruch von Siegermächten in den Schoß gelegt worden. Wir haben sie leider nicht erkämpfen können, uns aber gut in ihr zurechtgefunden. Das will vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte viel heißen, auch wenn eine ernste Bewährungsprobe bisher nicht zu bestehen war.

Was also ist zu tun? Ich meine, vier Punkte hervorheben zu sollen:

1. Die Tradition des deutschen Widerstands muß wachgehalten, seine Erfahrungen müssen weitergetragen werden. Dies gehört dazu, wenn die Geschehnisse im Dritten Reich an Schulen und Hochschulen vermittelt werden. Die Heranwachsenden mit diesem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte vertraut zu machen, ist wichtiger noch als juristische Nachhutgefechte zum furchtbaren Thema der NS-Morde.
2. Wir müssen wachsam bleiben und unnachsichtig sein gegenüber menschenverachtenden Extremen. Dies können wir nur sein, wenn wir uns der Stärke der Demokratie bewußt sind. Wenn wir ihre Prinzipien zunehmend durchsetzen, Glaubwürdigkeit ausstrahlen und so das Ansehen der deutschen Demokratie vor Beschädigung bewahren.
3. Zur Geschichte des Nationalsozialismus gehört der Widerstand. Ich hatte angedeutet versucht, warum die Zeit des Dritten Reiches einschließlich des Widerstands so lange und so umfassend verdrängt worden ist. Aber vielleicht haben wir auch eigene Versäumnisse zu verzeichnen? Wieso haben wir es zugelassen, daß über Jahre hinweg der 20. Juli häufig in einem so einseitig kongelassen, daß über Jahre hinweg der 20. Juli häufig in einem so einseitig konservativen Licht dargestellt worden ist? Haben interessierte Kreise sich nicht damit ein Alibi schaffen wollen? Das braucht doch nicht so weiterzugehen, damit ein Alibi schaffen wollen? Das braucht doch nicht so weiterzugehen, damit ein Alibi schaffen wollen? Das braucht doch nicht so weiterzugehen, Darum die dringende, die herzliche Bitte: Sichert die Zeugnisse (Dokumente, Erinnerungsberichte), vermittelt die Lehren, wahrt die gute Tradition! Das

heißt auch, die Namen unserer Märtyrer nicht in Vergessenheit geraten lassen, sondern in Ehren halten!

4. Lange vor dem 20. Juli hatte Theo Haubach über den Sinn einer solchen Tat und des möglicherweise damit verbundenen Opfers nachgedacht und gesagt: „Die Grenze der Gewalt liegt darin, daß sie zwar die Person des Widerstands, aber nicht die Gesinnung des Widerstands vernichten kann.“
Hieraus ergibt sich für die eigene Partei, für uns alle: nicht nur Asche bewahren, sondern die Flamme des Geistes weiterreichen (und so auch die AvS neu in die Obhut der Gesamtpartei nehmen). Das Ringen um Menschenrechte nicht zur billigen Phrase werden lassen, sondern als harte Pflicht verstehen. Und Freiheit als etwas begreifen, was es — für andere mit — immer neu zu erringen gilt!

Quelle: Willy Brandt: Deutsche Sozialdemokraten und Ihr Widerstand gegen den Nationalsozialismus — In: Rechtsradikalismus in Vergangenheit und Gegenwart, Beiträge v. Willy Brandt u. a., hrsg. v. Presseauschuß Demokratische Initiative (PDI) München 1978, S. 16 f.

Dok. G 21

Kontroverse um Auftritt eines Widerstandskämpfers in einer bayerischen Schule

Behandlung des Widerstands in den Schulen

Anlässlich einer Ausstellung über den Widerstand in der NS-Zeit wollten Schüler eines bayerischen Gymnasiums auch einen ehemaligen KZ-Häftling befragen. Die Schulleitung verbot dies. Dies ist zwar keineswegs repräsentativ für die Behandlung des Widerstands in den Schulen, verdeutlicht aber einige Probleme des Geschichtsunterrichts und des verkrampten Umgangs mit der Geschichte des Widerstands. Die Süddeutsche Zeitung berichtet:

Schüler dürfen nicht mit Widerstandskämpfer reden

Direktorat verwehrt ehemaligem KZ-Häftling Mitwirkung an antifaschistischer Veranstaltung am Gymnasium

Von unserem Redaktionsmitglied Birgit Matuscheck

Augsburg, 1. August — Während die NPD in der Augsburger Kongreßhalle — zwar gegen den Willen der Stadtverwaltung und unter schwachem Protest der Bevölkerung, aber mit verwaltungsgerechtlicher Genehmigung — ihren Landesparteitag abhalten durfte, wurde einem ehemaligen Widerstandskämpfer und KZ-Insassen am Gymnasium Königsbrunn der Mund verboten. Die Schulleitung verhinderte den Auftritt des von der Schülermitverwaltung eingeladenen Naziverfolgers mit dem Hinweis auf die allgemeine Schulordnung.

Das Ganze kam ins Rollen durch eine von der Schülermitverwaltung (SMV) mit Genehmigung der Schulleitung organisierte antifaschistische Ausstellung in der Schulhalle des Gymnasiums. Darüber hinaus planten die Schüler die Aufführung eines Theaterstücks zum Maldanek-Prozeß sowie die Vorführung des Films „Nazis, gibt's die noch?“, alles mit Genehmigung des Direktorats. Im Anschluß an den Film wollte die SMV den Schülern Gelegenheit geben, mit einem Augenzeugen zu diskutieren und lud deshalb einen ehemaligen Widerstandskämpfer und KZ-Häftling ein.

Doch als der Unterricht in jüngster deutscher Geschichte anschaulich werden sollte, bekam die Schulleitung plötzlich kalte Füße, berichtet eine Schülerin. Das Direktorat bezog sich auf die allgemeine Schulordnung, als es verlangte: Auch ein Opfer des Hitlerfaschismus und Widerstandskämpfers brauche als schulfremde Person einen Lehrer, der seine Rede und Antwort garantieren könne.

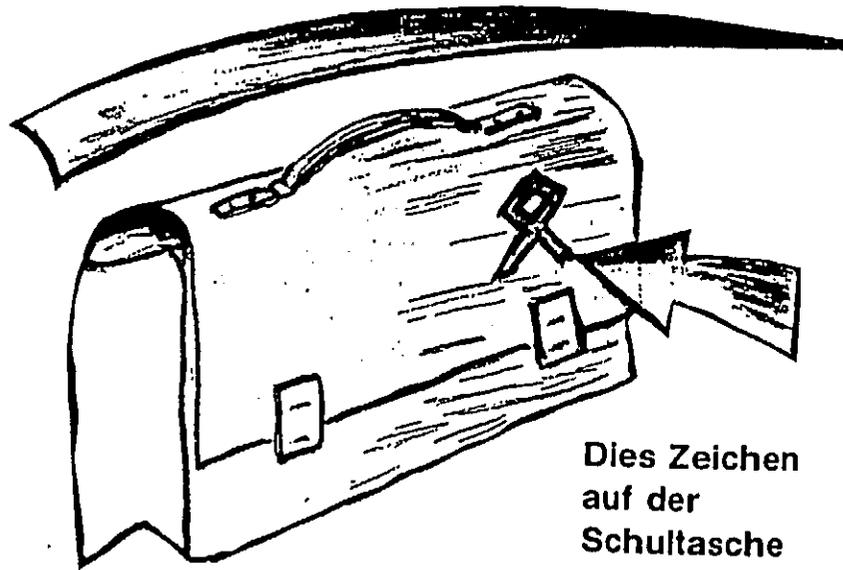
Eine erfüllbare Forderung, wie die Schüler erklären: Sogar drei Lehrer hätten sich bereitgefunden, doch plötzlich habe auch das dem Direktorat nicht mehr genügt. Jetzt habe es verlangt, unter Berufung auf einen anderen Paragraphen der allgemeinen Schulordnung, daß nicht irgendein Lehrer, sondern nur ein Geschichtslehrer als Bürge auftreten dürfe. Die Schüler: „Endlich hatte es die Schulleitung geschafft, denn ein Geschichtslehrer als Bürge fand sich nicht.“

Auf einem Flugblatt der Schüler zu diesem Vorfall heißt es: „Es ist eine Unverschämtheit, wenn das Demokratiebewußtsein eines Menschen, der unter Einsatz seines Lebens gegen den Hitlerfaschismus für Demokratie gekämpft hat, in Frage gestellt wird, noch dazu von jemandem, der sein ‚Demokratieverhältnis‘ hinter Paragraphen verstecken muß.“ Und für die Schüler stellt sich die Frage, wer da für wen bürgen müsse. Dem Direktorat jedenfalls werfen sie vor, es versuche nach Art der „Schreibtischtäter, hinter Paragraphen verschanzt, mit allen möglichen Tricks und Finten Antifaschisten und Widerstandskämpfer von der Schule fernzuhalten“.

Friedrich Luchner, Gymnasialbeauftragter für die Gymnasien in Schwaben, erklärte dazu, der Vorschlag des SMV, diesen Widerstandskämpfer einzuladen, sei sehr kurzfristig gekommen, so daß man über die betreffende Person, die am Gymnasium Königsbrunn nicht bekannt gewesen sei, auch keine Informationen mehr habe einholen können. Nach der Allgemeinen Schulordnung müsse die Schulleitung Veranstaltungen, die von nicht der Schule angehörenden Personen durchgeführt werden sollen, genehmigen, und diese Genehmigung müsse so früh beantragt werden, daß über die betreffende Person noch Erkundigungen eingezogen werden könnten. Ebenfalls nach der Allgemeinen Schulordnung sei der Schulleiter nämlich auch dafür verantwortlich, daß in der Schule politische Werbung unterbleibe.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Nr. 176 vom 2. 8. 1979

Mitschüler und Schülerinnen !



Dies Zeichen
auf der
Schultasche

zeigt Euren **Widerstand**
gegen die geistige Tyrannei gehirngewaschener
linker Pauker.

Wir helfen Euch:

W I K I N G - J U G E N D e. V.

Widerstand aus rechtsextremer Sicht

Wie alle von mir bisher veröffentlichten Schriften dient auch das vorliegende Heft der *Suche nach der Wahrheit!*
Es ist eine Kurzfassung des demnächst erscheinenden Buches über *Verrat, Sabotage, Widerstand* und deckt zahlreiche bisher unbekannte Zusammenhänge auf.

Aus der Fülle des vorhandenen Materials wurden vor allem die Abschnitte dargestellt, die wesentlich und ursächlich für so viele damals unerklärliche politische und militärische Rückschläge waren.

Mit dem hier verwendeten Begriff 'Widerstand' sollen die Figuren vorgestellt werden, die als grundsätzliche Gegner des NS-Staates nicht davor zurückschreckten, mit dem Feind gegen das eigene Volk gemeinsame Sache zu machen.

So sehr auch eine gewisse Meinungsmache ihren Volksverrat glorifizieren mag, die Zeit rückt immer näher, da eine erwachende Jugend den Nebelschleier der Lügner zerreißt und erkennt, wieviel Blut ihrer Eltern und Großeltern an den Händen derer klebt, die unter dem Vorwand des Kampfes gegen Hitler das niederträchtigste Verbrechen des Landesverrates begingen.

Diese Schrift ist all denen gewidmet, die die Treue zum eigenen Volk höher stellen als den Dienst an volksfremden Ideologien.

Heinz Roth

Quelle: Heinz Roth: Widerstand im Dritten Reich, Odenhausen/Lumda 1976, S. 1

Kontroverse um Herbert Wehner und den 20. Juli 1944

Der Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner sollte 1978 die Gedenkrede zum 20. Juli 1944 in Berlin halten. Der Sohn des Attentäters, der CSU-Abgeordnete Franz Ludwig Graf Stauffenberg, sprach sich wegen der politischen Vergangenheit Wehners gegen dessen Auftreten aus. Dies führte zu umfangreichen Reaktionen in der deutschen Presse. Herbert Wehner äußerte sich dazu nicht.

Widerstand: kein Privileg der Rechten

Ein offener Brief an Herbert Wehner

23. Juli 1978

Sehr geehrter Herr Wehner, tief betroffen haben wir gehört, daß Franz-Ludwig Graf Schenk von Stauffenberg, MdB, Ihnen das Rederecht zum Gedenken an die Opfer des 20. Juli besritten hat, die Es liegt uns daran, festzustellen, daß er nicht im Namen aller gesprochen hat, die dies betrifft. Sein Verständnis vom Widerstand gegen den Faschismus entspricht nicht dem unseren. Wir glauben aber, daß der unsrige demjenigen seines Vaters nähersteht.

Erschütternde Zahlen belegen, daß der Widerstand gegen den Naziterror nicht ein Privileg der Verschwörer des 20. Juli sein kann. Vom Tag der „Machtergreifung“ Hitlers am 30. Januar 1933 an setzte eine erbarmungslose Verfolgung gegen die Gegner des Nationalsozialismus ein; sie traf alle gesellschaftlichen Schichten und politischen Richtungen, vorwiegend jedoch, in den Anfängen, die Linken. Generell spielte die Frage nach parteipolitischen oder gesellschaftlichen Herkunft beim deutschen Widerstand eine absolut sekundäre Rolle. Die ungeheuerliche Last der Unterdrückung und das Gewissen, das sich dagegen erhob, schufen eine neue und besondersartige Solidarität von rechts bis links.

Wenn Bernd Glisevius in seinem Buch „Bis zum bitteren Ende“ schreibt, daß „die Fiktion einer sozialrevolutionären Verbrüderung der deutschen und fremdländischen Arbeitermassen dem energiegeladenen Stauffenberg-Kreis einen mächtigen Auftrieb“ gab und . . . „folgerichtig der engere Stauffenberg-Kreis das Bündnis mit der extremen Linken, den Kommunisten“ erstrebte, so ist damit die Offenheit der damaligen Widerstandskämpfer zu verstehen, die das gemeinsame Ziel über alle politischen und religiösen Verschiedenheiten stellten.

Es ist uns unverständlich, daß ein Sohn von Klaus von Stauffenberg weder diese historischen Fakten noch die aktuellen Entwicklungen respektiert hat. Zur dreißigsten Jahrgang des 20. Juli sprach vor vier Jahren im Reichstag in Berlin Ministerpräsident Hans Karl Filbinger. Einige wenige aus dem Kreis des 20. Juli protestierten damals gegen diese (heute furchtbare) Zumutung. Wer einen Mann wie Filbinger zum 20. Juli reden läßt und andersseits gegen einen zwar politisch Andersdenkenden, aber bekannten Antifaschisten wie Wehner Einwände hat, verfälscht das historische Verständnis des 20. Juli.

Mit freundlichem Gruß

Inge Aicher-Scholl (Schwester von Sophie und Hans Scholl, Weiße Rose München, hingerichtet am 22. Februar 1943)

Peter Finckh (Sohn des Oberst i. G. Eberhard Finckh, Kreis 20. Juli, hingerichtet am 30. August 1944)

Falk Harnack, Widerstandskämpfer

Roland Reichwein (Sohn von Professor Adolf Reichwein, „Kreisauer Kreis“, hingerichtet am 20. Oktober 1944)

Quelle: Die Zeit, Nr. 31, 28. 7. 78

Dok. G 23 b

Stauffenberg, Wehner und der 20. Juli

Der CSU-Abgeordnete Graf Stauffenberg antwortet auf eine ZEIT-Anfrage

Sehr geehrter Herr Sommer,

als Sie mich vergangene Woche auf das Thema „Wehner und der 20. Juli“ ansprachen und mich baten, angesichts des publizistischen Wirbels der vergangenen Tage selbst meine Position darzulegen, habe ich gezögert. Dafür bitte ich Sie noch nachträglich um Verständnis. Die Erfahrung zeigt, daß nur selten der fortgesetzte Austausch öffentlicher „Erklärungen“ geeignet ist, grundsätzliche Probleme zu klären. Zum zweiten bedingt Ihre Bitte, daß ich einige persönliche Anmerkungen machen muß, weil eine Reihe von Kommentaren zumindest einen mißverständlichen Eindruck über Zeitpunkt, Inhalt und Gründe meiner Haltung vermittelt haben. Ich möchte Ihnen gleichwohl antworten, weil ich Ihren verständlichen und berechtigten Fragen nicht ausweichen möchte.

1. Zunächst zum Anlaß der jüngsten publizistischen Kontroversen: Anfang April brachte die FAZ eine kurze Meldung, daß Herbert Wehner die Einladung angenommen habe, die Gedenkrede zum 20. Juli in der Berliner Stauffenbergstraße zu halten. Wie vorausszusehen, haben eine Reihe Ihrer Kollegen um Stellungnahme angefragt. Vor der Wahl, durch Schweigen Zustimmung zu suggerieren oder meinen Standort zu zeigen, mußte ich antworten. So brachte die Kölner Rundschau am 14. April die korrekte Meldung, daß ich die Einladung an Wehner bedauere, weil „der Widerstand des 20. Juli in einer anderen geistigen Tradition und in einer anderen geschichtlichen Zielsetzung stand, als sie die Person und Geschichte Herbert Wehners verkörpert: Das Gedächtnis an den 20. Juli erhalte mit Wehner eine falsche politische Färbung“. Wenig später zog Wehner seine Zusage zurück.

Vom 14. April bis nach dem Jahrestag des Attentats habe ich keine öffentliche Erklärung mehr abgegeben. Warum weite Teile der Presse über ein Vierteljahr gewartet haben, um die Kritik an der Einladung Wehners mitzutellen und zu kommentieren, bleibt ihr Geheimnis. Vermutlich war der Anlaß Berlins Regierender Bürgermeister Stobbe, der seine Gedenkrede vor dem Mahmal in der Stauffenbergstraße (der früheren Bendlerstraße) benutzte, um eine kameradschaftliche Ehrenerklärung für Herbert Wehner abzugeben. Ich glaube nicht, daß Stobbe damit seinem Parteifreund einen guten Dienst erwiesen hat.

2. Die Meinungsverschiedenheiten über die Gedenkfelern zum 20. Juli berühren in der Tat die geschichtliche Bedeutung des Widerstands, das heißt, das lebendige Hineinwirken der historischen Ereignisse in die Gegenwart unserer Tage. Staatsminister von Dohnanyi hat in der ZEIT eine Ortsbestimmung versucht. Seine Schlußfolgerungen mündeten in eine Darstellung der offiziellen Regierungslinie zu Fragen der Außenpolitik und der Menschenrechte. Natürlich kann Dohnanyi diese Schlußfolgerungen für sich selbst ziehen, ebenso wie seine Ableitungen als Gegenstand aktueller Politik zur Diskussion und zur Entgegnung stehen (was als Gegenstand aktueller Politik nicht geschehen kann). So vertritt zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland entgegen Dohnanyi nicht nur den freien Teil Deutschlands, sondern die Freiheit aller Deutschen. Aber dennoch machte es sich der Staatsminister mit solch stringenter Verblindung von geschichtlichem Widerstand und aktueller Regierungspolitik zu einfach. Er begibt sich auf die Linie Gerhard Jahns, der schon 1970 als damaliger Bundesminister versucht hatte, für die „neue Ostpolitik“ von Brandt und Bahr die Tradition des Widerstands vom 20. Juli 1944 zu beanspruchen.

3. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, der zu der Erhebung des 20. Juli führte, hat alle gesellschaftlichen Gruppen und viele politische Meinungen umfaßt: darunter Akademiker und Arbeiter, Geistliche, Gewerkschaftler und Soldaten, Konservative und Sozialdemokraten. Was sie vereint hat, war nicht nur die Ablehnung, die Gegnerschaft gegen das Hitlersystem. Sie verband — bei allen Meinungsunterschieden — eine tragfähige Gemeinsamkeit des Wofürs, ein Grundkonsens. Für Menschlichkeit gegen Menschenverachtung, für Recht gegen Verbrechen, für Freiheit gegen Unterdrückung. In dieser fundamentalen Übereinstimmung, die zur Tat führte und das Opfer des Lebens nicht scheute, liegt das Vermächtnis dieses Widerstandes für uns und unsere Nachkommen. Sie macht ihn zur lebendigen, mahnenden, verpflichtenden Geschichte. Die grundlegende Gemeinsamkeit des Wofürs erfaßt nicht die Anhänger kommunistischer Ideologie. Diese standen zwar zweifellos gegen Hitler, wenn sich auch ihre Führung in Moskau bis zum Ende des Hitler-Stalin-Paktes bemerkenswert zurückgehalten hat. Ihre Triebfeder und ihre Zielsetzung aber war völlig anders.

Sie kämpften gegen die Nazis für ein System des Kommunismus, eines totalitären Systems, an dessen oberster Spitze Josef Stalin stand.

Wenn Inge Aicher-Scholl, Peter Finckh, Falk Harnack und Roland Reichwein in ihrem „offenen Brief“ (ZEIT, 28. Juli) meinen, daß Ihr Verständnis vom Widerstand gegen den Faschismus demjenigen meines Vaters näher stehe als das meine, stellen sie eine kühne Behauptung auf. Ihre Berufung auf die National bolschewismus-These von Gisevius, wonach aus der „Fiktion einer sozialrevolutionären Verbrüderung“ folgerichtiger die engere Stauffenberg-Kreis das Bündnis mit der extremen Linken, den Kommunisten, erstrebte, ist jedenfalls ebenso absurd wie widerlegt, aber sie zeigt das zähe Fortleben einer geschichtlichen Lüge, die noch heute zu politischen Irrtümern führen kann.

Ich habe die Einladung an Herbert Wehner als Redner vor dem Mahnmal in der Stauffenbergstraße nicht deshalb bedauert, weil er einmal Kommunist gewesen ist. Ich habe sie noch weniger bedauert, weil ich zwischen einem „rechten“ und einem „linken“ Widerstand unterscheide (wie mir unterstellt worden ist). Ich habe die Einladung bedauert, weil Wehners Person und Geschichte eine andere geschichtliche Zielsetzung und eine andere geistige Tradition verkörpern. Diese Begründung gilt für die Gegenwart Wehners: sein Selbstverständnis und seine Selbstdarstellung, nicht für eine überwundene Vergangenheit.

Wenn Sie beispielsweise das Bundestagshandbuch zu Herbert Wehner aufschlagen, werden Sie finden, daß er sich als Zentralfigur des „Widerstands“ darstellt. Dieser Teil seiner Vergangenheit soll also ungebrochen und fortbestehend und gültig sein. So sieht ihn auch seine Partei, und so sahen ihn die, die ihn zu reden eingeladen haben. Ziel und Motiv seiner Gegnerschaft zum Nationalsozialismus aber dürfen nicht mehr gelten. Also nicht ein völliger, sondern ein selektiver Bruch im Vorleben des ehemaligen Kommunisten. Der Wert einer Tat (und damit die fortlebende Gültigkeit) liegt aber nicht im äußeren Handlungsablauf, sondern in ihrer inneren Finalität. Beides ist untrennbar. Die heutige Selbstdarstellung Wehners leugnet dies. Sie macht den äußeren Handlungsablauf zum Wert an sich, stellt die Frage nach dem Wofür nicht mehr.

„Ihr trugt die Schande nicht / Ihr wehrtet Euch / Ihr gabt das große ewig wache Zeichen / der Umkehr / opfernd Euer heißes Leben / für Freiheit Recht und Ehre.“ Das ist die Inschrift auf dem Mahnmal, das der Senat von Berlin den Widerstandskämpfern errichten ließ. Herbert Wehner war eingeladen, vor diesem Mahnmal in der Stauffenbergstraße zu sprechen — in der ungebrochenen Tradition des Widerstandskämpfers „für Freiheit, Recht und Ehre“?

4. Nun gehen Willy Brandt, Klaus von Dohnanyi und die Verfasser des zitierten „Offenen Briefes“ noch weiter. Für sie gehören die Erben Lenins und Stalins einfach dazu. Damit schicken sie das Koordinatensystem der politischen Moral auf Wanderschaft (es muß doch Dohnanyi gefröstelt haben, als er den Herbert Wehner von damals einen „verirrten Demokraten — aber nichtsdestoweniger Demokraten“ nannte). Sie berauben nicht nur die gültigen Werte, an die uns der 20. Juli mahnt, ihres Inhalts, um uns dann nur die hohle Schale des äußeren Handlungsablaufs als Wert feilzubieten. Sie pervertieren — vielleicht ungewollt — die Geschichte des Widerstandes zur demokratischen Rehabilitierung des kommunistischen Totalitarismus. Soll das alles sein, was die Deutschen aus jenen furchtbaren Jahren gelernt haben?

„Der 20. Juli 1944 war das erste sichtbare, weltlich wirkende Fanal, das der Welt zeigte, daß in Deutschland der Wille zur Freiheit und der Wille zum eigenen Leben nicht untergegangen war . . . Der Bogen vom 20. Juli 1944 spannt sich heute, ob wir wollen oder nicht, zu dem großen Tage des 17. Juni 1953, zu jenem Tag, an

dem sich ein gepelnigtes und gemartertes Volk gegen seine Unterdrücker und gegen seine Bedränger erhob . . . Das Verbindende dieser Ereignisse ist der feste Wille, nicht unterzugehen als Volk, ist der feste Wille, frei zu werden so wie uns Gott geschaffen hat, ist der feste Wille, unser Volk über alle Nöte und Hindernisse hinweg zu dem Tag zu führen, an dem über unseren Häuptern die schwarz-rot-goldene Fahne der Freiheit wehen wird und an dem wir einmal sagen können: Wir haben vollendet, was diese Männer uns aufgetragen haben.“

Das sind nicht meine Worte. Es sind die Worte Ernst Reuters, des Sozialdemokraten, gesprochen 1953 bei der Enthüllung des Mahnmals in der Bendlerstraße. Wie weit entfernt ist das von Willy Brandt! Ich meine, wir sollten diese Worte ernst nehmen, konkret in der Entscheidung unseres Tuns, über alle Parteien hinweg. Ich habe, sehr geehrter Herr Sommer, niemals die Testamentsvollstreckung oder das Wächteramt über den Widerstand beansprucht. Die Geschichte des Widerstands gehört allen Deutschen — als Auftrag und Verpflichtung. Ich habe — gerade wegen meines politischen Mandats — alle Jahre Aufforderungen ausgesprochen, zum 20. Juli zu sprechen oder zu schreiben. Noch gebe ich vor, für irgend jemand anders zu reden als für mich, meine Überzeugung. Aber deshalb kann mir nicht gleichgültig sein, was andere aus diesem, unserem gemeinsamen Erbe machen. Ich laufe weder unserer Geschichte, noch meiner Herkunft, noch meinem Gewissen davon.

Das Erbe des Widerstands sollte für uns alle lebendig bleiben: Nicht als eine Geste des Alibis, sondern als leidenschaftliche Erfüllung eines Auftrags: „Für Freiheit, Recht, Ehre.“

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Franz Ludwig Graf Stauffenberg

Quelle: Die Zeit, Nr. 32, 4. 8. 78

Dok. G 24

Zum Widerstandsbegriff

Die folgenden Abschnitte beleuchten die unterschiedlichen Positionen zum und im Widerstand.

Dok. G 24 a

Ausschnitte aus dem Grundsatzprogramm der Sozialdemokratie (1959)

[. . .] „Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden — nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben.“ (S. 140)

[. . .] „Wir widerstehen jeder Diktatur, jeder Art totalitärer und autoritärer Herrschaft, denn diese mißachten die Würde des Menschen, vernichten seine Freiheit und zerstören das Recht.“ (S. 140 f.)

[. . .] „Erziehung und Bildung sollen allen Menschen die Möglichkeit geben, Ihre

Anlagen und Fähigkeiten unbehindert zu entfalten. Sie sollen die Widerstandskraft gegen die konformistischen Tendenzen unserer Zeit stärken." (S. 154)
[. . .]

Quelle: Grundsatzprogramm Sozialdemokratische Partei — In: Programme der deutschen Sozialdemokratie, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn 1978

Dok. G 24 b

Widerstand gegen Diktatur

[. . .]

Wie stehen Sie zum aktiven oder passiven Widerstand gegen den Staat, wenn er den Bürger unterdrückt beziehungsweise ihn in bestimmte politische Formen zwingt?

„Ein solcher Staat ist die Bundesrepublik nicht. Dort, wo es Anzeichen dafür gibt, daß manche die Befugnisse der Behörden so auslegen, wie Sie es eben beschrieben haben, ist es notwendig, sich um die Tatbestände zu kümmern und dafür zu sorgen, daß überall, wo verwaltet und wo regiert wird oder Gesetze und Verwaltungsvorschriften ausgeführt werden, dies im Sinne der Demokratie geschieht. Insofern verstehe ich wohl Protestregungen und -bewegungen bei der jungen Generation. Ich bin und bleibe aber bemüht, dies nicht zu einer Konfrontation zwischen diesen jungen Menschen und der Demokratie, wie sie wirklich ist, werden zu lassen.“

Um noch einmal nachzuhaken: Wie stehen Sie generell — nicht auf die Bundesrepublik bezogen — zum Problem des Widerstandes?

„Ich bin doch kein Amateur gewesen, sondern jemand, der von Anfang an steckbrieflich verfolgt war. Ich habe mich dessen nie gerührt und rühme mich auch heute nicht dessen. Aber wo — wie damals in Deutschland 1933 — eine Diktatur errichtet worden ist, die dann bis 1945 dauerte, bis sie zusammenbrach mit dem verlorenen 2. Weltkrieg, den diese Diktatur angezettelt hatte, heißt es doch: Widerstand ist dort am Platze, wo Diktatur herrscht.“

[. . .]

Quelle: Interview mit Herbert Wehner, In: Das Parlament, Nr. 9 vom 1. 3. 1980

Dok. G 24 c

Legitimation von Widerstand aus der Sicht der Ökologiebewegung

Man mag es für falsch und „überleben“, oder aber (mit Erfahrungen wie denen der Bürger von Harrisburg im Kopf) für durchaus zutreffend halten, wenn die Kernenergiefrage als eine Frage von „Leben und Tod“ behandelt wird. Wichtig ist in unserem Zusammenhang indes nur, daß dies für Millionen von Bürgern der Bundesrepublik empirisch der Fall ist (und zu bleiben verspricht). Wenn das so ist (und niemand bestreitet es), dann liegt die ganze Dramatik des erwähnten Konflikts zwischen zwei Legitimationsprinzipien auf der Hand. Wo es um Leben und Tod geht, läuft die Mehrheitsregel leer; überstimmen läßt man sich nur in den subjektiv zweit- und drittichtigsten Fragen. Wo es so ernst wird, wie große Minderheiten der Bevölkerung glauben, daß es bereits geworden ist, schlägt die Tatsache, daß sie Minderheiten sind, überhaupt nicht.

In der Tat sind ja die Gehorsampfllichten, die sich für Minderheiten gegenüber dem Willen der Mehrheit ergeben, wie der Freiburger Politikwissenschaftler Guggenberger überzeugend begründet hat, an eine Reihe von Voraussetzungen gebunden. Die Minderheit muß die Chance haben, selbst einmal zur Mehrheit zu werden; sie darf nicht in elementaren Lebensinteressen bevormundet werden; die Entscheidungen der Mehrheit müssen umkehrbar bleiben; die Mehrheitsrepräsentanten müssen über den Verdacht erhaben sein, ihre Mehrheit beruhe auf Manipulation und Täuschung; und die Geltung gemeinsamer kultureller Traditionen und Werte muß stark genug sein, um bei der Minderheit das Vertrauen darauf zu nähren, die Mehrheit werde die Interessen der Minderheit achten und schonen.

Nichts davon trifft im Falle der Minderheit, die sich in der Bewegung der Kernkraftgegner und den Bürgerinitiativen artikuliert, zweifelsfrei zu. Die Folge ist, daß das demokratische Formalprinzip der Mehrheitsentscheidung, das die Gehorsampflichte derer begründen soll, die anderer Meinung sind, heute in einer Reihe von wichtigen Politikbereichen stumpf geworden ist. Infolgedessen verbürgt die Mehrheitsregel staatliche Herrschaft nur noch lückenhaft. Darin besteht, wenn nicht die Aktualität, so doch eine klar absehbare Ausgangskonstellation des „ökologischen Bürgerkrieges“.

Quelle: Claus Offe In Die Zeit, Nr. 46/79

Dok. G 24 d

Sinn des Widerstandes

Hatte der deutsche Widerstand also „einen Sinn“? Der „Realist“, der nach dem unmittelbar praktischen Erfolg fragt, wird die Frage verneinen. Wer vor der „normativen Kraft des Faktischen“ nicht kapituliert, wird andere Normen haben, dem er selbst in äußerlich hoffnungsloser Lage folgt. Julius Leber, der demokratische Sozialist, sagte kurz vor seiner Hinrichtung: „Für eine gute und gerechte Sache ist der Einsatz des eigenen Lebens der angemessene Preis.“ Alfred Delp, der Jesuitenpater, schreibt in Erwartung seines Todesganges von der „Bewahrung des Glaubens und Vertrauens bis zum äußersten Punkt der Möglichkeit“, und der Generalmajor Henning von Tresckow sagte einen Tag vor seinem Tode: „Wenn einst Gott Abraham verheißt hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte daran seien, so hoffe ich, daß Gott auch Deutschland um unseretwillen nicht verderben wird. Niemand von uns kann über seinen Tod Klage führen. Der sittliche Wert eines Menschen beginnt erst dort, wo er bereit ist, für seine Überzeugung sein Leben hinzugeben.“ Diese Widerstandskämpfer und ihre namenlos dahingegangenen unzähligen Mitkämpfer haben gezeigt, wie das „andere Deutschland“ aussah und wie das ganze Deutschland aussehen kann, wenn wir ihrem Beispiel und ihrer Haltung folgen.

Quelle: Willi Eichler: 100 Jahre Sozialdemokratie, Bonn 1971, hrsg. vom Vorstand der SPD, S. 68

Gewerkschaften und Widerstand heute

„Widerstandsrecht der Gewerkschaften“

Associated Press

Frankfurt — Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Einzelgewerkschaften werden das demokratische Widerstandsrecht ausüben, „wenn die Demokratie in unserem Lande, wie in Weimar, tödlich bedroht ist“. Dies erklärte IG-Metall-Vorsitzender Loderer gestern in Frankfurt und hob hervor, die Ausübung dieses Rechts gehöre zu den zentralen gewerkschaftlichen Aufgaben. Loderer sprach auf einer Feierstunde in der Frankfurter Paulskirche, mit der seine Organisation des 60. Jahrestages der Abwehr des Kapp-Putsches im Jahre 1920 durch die Gewerkschaften gedachte. Der Gewerkschaftsvorsitzende sagte, die Anwendung des politischen Streiks zur Abwehr jenes Putsches sei Ausdruck und Beweis dafür, „daß die Gewerkschaften eine politische Gesamtverantwortung für die demokratische Ordnung übernommen haben“. Diese Einstellung prägte bis in die Gegenwart die Beziehung der Gewerkschaften zur Demokratie.

Quelle: Stuttgarter Zeitung vom 12. 3. 80

Bürgerinitiativen und Widerstand

Die folgenden Abschnitte verdeutlichen den Widerstandsbegriff von Bürgerinitiativen gegen den Ausbau der Kernenergie. Dabei handelt es sich vor allem um den Widerstand gegen das Kernkraftwerk in Wyl.

[. . .]

Allen diesen Aktionsgruppen ist jedoch eines gemeinsam: Kämpfen für die Erhaltung oder Verbesserung ihrer Lebensbedingungen gegen inhumane, teilweise unüberlegte und am privatwirtschaftlichen Profit orientierte Planungen (wobei staatlich initiierte und gewerkschaftlich unterstützte Projekte immer größere Bedeutung erlangen) oder Unterlassungen. In Bürgerinitiativen setzen sich betroffene Bürger zur Wehr, deren berechnete Interessen an humanen Wohn- und Umweltbedingungen, angemessenen Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten oder einer guten Ausbildung ihrer Kinder innerhalb unseres politischen und ökonomischen Systems keine oder nur ungenügende Berücksichtigung finden.

Frägt man sich nun nach den Folgen dieses Widerstandes, so lassen sich zwei Wirkungsebenen von Bürgerinitiativen unterscheiden: die Sachebene und die Erfahrungsebene.

Auf der Sachebene wird danach gefragt, ob die Initiativgruppe inhaltliche Erfolge erreicht, welche Veränderungen sie in dem Bereich, in dem sie tätig ist, erzielt.

Auf der Erfahrungsebene wird untersucht, welche Erfahrungen die an Bürgerinitiativen Beteiligten miteinander im Umgang mit der Administration, mit Parteien, Gewerkschaften, Unternehmen und Verbänden machen. Es geht also darum, eventuell ablaufende Lernprozesse und daraus resultierende Änderungen von Einstellungen und Verhaltensweisen aufzuzeigen. [S. 7]

[. . .]

Widerstandsaktionen

Die letzte Stufe innerhalb einer Aktionskette in einer Bürgerinitiative sind über die Mobilisierung der Betroffenen hinausgehende Widerstandsaktionen gegen konkrete Maßnahmen oder Handlungen der Gegenseite. Sie beginnen beim Sit-In oder Go-In, etwa um die Mitglieder eines Gremiums an einer Abstimmung zu hindern und eine Diskussion zu erzwingen; reichen über Boykottmaßnahmen, beispielsweise Straßenbahnboykott gegen die Erhöhung der Tarife im öffentlichen Nahverkehr oder Käuferstreik gegen zu hohe Fleischpreise; und über Zahlungsverweigerungen (Mietstreik, Stromzahlungsboykott) bis hin zu in bestimmten Situationen unumgänglichen und legitimen Aktionen wie Schulstreik und Haus- bzw. Bauplatzbesetzungen. [S. 36]

[. . .]

Das Motto, daß der Zweck die Mittel heiligt, gilt hier nicht. Bürgerinitiativen müssen — und darin liegt gerade in der direkten Konfrontation ihre Stärke — mit gewaltfreien Aktionsformen agieren. Gewaltfreiheit bedeutet in diesem Zusammenhang nicht Gesetzestreue um jeden Preis, sondern schließt auch illegale Aktionen gewaltfreien Widerstandes bewußt ein. [S. 37]

[. . .]

Das Erlernen gewaltfreier Widerstandspraktiken in Bürgerinitiativen

These:

Bürgerinitiativen bieten für die Beteiligten die Möglichkeit der Einübung in gewaltfreie Widerstandspraktiken, die dann zu einer gelernten Verhaltensdisposition werden. Dabei handelt es sich um Kenntnisse und Fähigkeiten, die auch bei späteren Gelegenheiten wieder angewandt werden können.

Im Verlauf ihrer Aktionen sind Bürgerinitiativen gezwungen, sich einer Reihe unterschiedlicher gewaltfreier Interventions- und Demonstrationshandlungen zu bedienen, da ihnen die systemüblichen Mittel zur Proklamation und Durchsetzung ihrer Ziele in der Regel fehlen. Die Skala solcher Handlungen und Praktiken reicht vom Entwerfen und Verteilen eines Flugblattes, Durchführen von Versammlungen, Ausstellungen und Dokumentationen, über Demonstrationen, Sit-In's, Go-In's und Happenings bis hin zu Selbstbeichtigungskampagnen, Hausbesetzungen und Bauplatzbesetzungen.

Das schrittweise Einüben dieser Widerstandspraktiken, die im Verlauf der Auseinandersetzungen vom Verteilen der Flugblätter bis hin zu illegalen Aktionen wie Besetzungen eskalieren können, bewirkt, daß sie als legitime Verhaltensweisen anerkannt gelernt und somit auch über den Bestand der Bürgerinitiative hinaus allgemein als Verhaltensmöglichkeit zur Verfügung stehen und angewandt werden. So wäre beispielsweise der sehr weitgehende und für die Beteiligten unter Umständen folgenschwere Schritt der Bauplatzbesetzung in Wyl und vor allem die lange Dauer der Aktion aller Wahrscheinlichkeit nach nicht möglich gewesen ohne die Vorerfahrung der fünf Monate dauernden Besetzung des Baugeländes der Chemischen Werke München in Markolshelm.

Man kann davon ausgehen, daß bei den meisten Menschen in unserer Gesellschaft aufgrund der bisherigen Sozialisation eine große Angst vor Nonkonformismus und Ungehorsam jeder Art vorhanden ist.

„Diese Angst könne man nicht verbal überwinden, etwa durch die Lektüre psychoanalytischer Bücher, sondern nur dadurch, daß man sie in sich selbst besichtigt.“ Durchbrechung gesellschaftlicher Regeln und Tabus Stück für Stück besichtigt ist eine wichtige Voraussetzung, zumindest aber Erleichterung für diesen Prozeß ist

der Rückhalt in einer Sicherheit und Solidarität vermittelnden Gruppe. Eine Bürgerinitiative kann eine solche Gruppe sein, die sich zusätzlich noch dadurch auszeichnet, daß sie über ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Motivation verfügt. [S. 61 f.]

Quelle: W. Beer: Lernen im Widerstand. Politisches Lernen und politische Sozialisaton in Bürgerinitiativen. Hamburg 1978

Dok. G 25

Widerstand und Menschenrechte

Klaus von Dohnanyi, bis 1981 Staatsminister im Auswärtigen Amt und Sohn eines 1945 hingerichteten Widerstandskämpfers, deutete 1978 (während des politischen Streits um die geplante Gedenkrede Herbert Wehners zum 20. Juli) das Vermächtnis des Widerstands gegen Hitler als Verpflichtung für die Bonner Politik.

Der 20. Juli wird weiterhin für den Tagesverbrauch ausgedroschen. Ich möchte deswegen drei Vorbemerkungen machen.

Erstens: Widerstand war die Ausnahme, Anpassung die Regel. Man muß nicht zum Widerstand gehört haben, um ein anständiger Deutscher gewesen zu sein. Um so verwerflicher ist die mißbräuchliche Berufung auf den Widerstand. Wer sich persönlich auf den Widerstand beruft, muß mindestens einen Teil der Gefahren des Widerstandes getragen haben. Selbsternannte Widerstandskämpfer, von denen sich herausstellt, daß sie an der Exekutive des Nationalsozialismus unbehelligt und aktiv teilgenommen haben, schaden dem Ansehen der Männer und Frauen des Widerstandes und damit dem Ansehen des deutschen Volkes in der Welt.

Zweitens: Der Gedenktag des 20. Juli läuft auch weiterhin Gefahr, die unverbindlichen Leerformeln über Demokratie und Menschenrechte zu vermehren. Unverbindlichkeit aber war unvereinbar mit Denken und Handeln der Widerstandskämpfer, denn die Entscheidung für den Widerstand war unzweideutig und unwiderrufflich.

Drittens: Die Wahl des 20. Juli 1944 als Tag des ganzen deutschen Widerstandes birgt die Gefahr, daß der deutsche Widerstand nachträglich eine einseitig konservative Färbung erhält. Ich habe vor zehn Jahren schon auf die Geschichte deutscher Patrioten von links und auf Ihre Brüderschaft mit dem Widerstand nach 1933 hingewiesen. Ich möchte deswegen ganz offen sagen, daß die jüngste öffentliche Feststellung von Graf Stauffenberg, das Gedächtnis an den 20. Juli erhalte mit einer Rede von Herbert Wehner eine falsche politische Färbung, unzulässig war.

Zunächst einmal sei festgestellt, daß auch die Kommunisten in den zwanziger Jahren politische Gegner des Nationalsozialismus und seiner deutschnationalen Allianz waren. Sicherlich hat auch die Politik der Kommunisten dazu beigetragen, daß die Weimarer Republik zusammenbrach. Trotzdem waren während der zwanziger Jahre viele Mitglieder der Kommunistischen Partei in ihrer Zielsetzung Demokraten. Und Herbert Wehner zählte zu ihnen. Wer Herbert Wehners Irrtümer mit den Perversionen der Faschisten vergleicht, wie dies heute in Deutschland immer wieder geschieht, tut nicht nur Unrecht an diesem Mann. Diese Gleichsetzung von Kommunisten und Faschisten in Weimar ist zugleich eine Quelle gefährlicher Fehldeutungen der deutschen Geschichte und jenes blinden

Antikommunismus, der gerade seine Vertreter daran hindert, die wahren Ursachen des Kommunismus — und damit die Gefahren, in denen wir leben — zu verstehen.

Die Bedeutung des 20. Juli für die Bürger eines demokratischen Rechtsstaates kann nicht in erster Linie darin liegen, zu geloben, daß Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in unserem Lande erhalten bleiben: Dies bleibt unsere selbstverständliche Verpflichtung, für die es des 20. Juli nicht bedurft hätte. Besondere aktuelle Bedeutung scheint mir demgegenüber die Beziehung zwischen Widerstand und politischen Grundrechten zu haben. Der deutsche Widerstand war von Anfang an in erster Linie darauf gerichtet, im Kampf gegen den Faschismus die Menschen- und Bürgerrechte wiederherzustellen. Nach 1933 zunächst in Deutschland und dann, nach 1939, auch in den von Deutschland überfallenen Ländern.

Denn anders als in diesen Ländern war der deutsche Widerstand nicht gegen eine Fremdherrschaft gerichtet, sondern gegen die eigene Regierung. Es waren die Verbrechen der Nazis an politischen Gegnern, an Juden, an Menschen religiösen Bekenntnisses, an den Bewohnern anderer Länder, die dem Widerstand großen moralischen Tyrannenmord seine rechtliche Legitimation gaben. Ich bis hin zum gescheiterten Tyrannenmord seine rechtliche Legitimation gebestrelte nicht, daß auch diejenigen, die zu später Stunde, als die Niederlage gebestrelte nicht, daß auch diejenigen, die zu später Stunde, als die Niederlage geworden war, unnötiges Blutvergießen verhindern wollten und im Widerstand zur Reichsregierung retten wollten, was zu retten war — daß auch sie Tapferkeit und Mut gezeigt haben. Der moralische Anspruch des deutschen Widerstandes jedoch wird nicht von denen getragen, die das Ausmaß der Niederlage begrenzen wollten, sondern von jenen, die einem verbrecherischen, aber national noch erfolgreichen Hitler das Handwerk legen wollten. Und ihre Legitimation war eben die Legitimation der Menschenrechte.

Der deutsche Widerstand hat damit über die nationalen Grenzen und schenbar den Mittelpunkt gestellt. Und wenn wir heute von der Verantwortung sprechen, die ein jeder damals trug, so meinen wir die Verantwortung, die der Wissende und der Handelnde für die unveräußerlichen Rechte seiner Mitmenschen immer trägt.

Aktuell heißt das für die heutige politische Debatte, daß auch wir verantwortlich sind für die Wahrung der Menschenrechte, soweit wir wissen von ihrer Gefährdung und Verletzung und soweit wir handeln können.

In diesen Tagen haben wir erneut von unmenschlichen Verurteilungen in der Sowjetunion erfahren; Verurteilungen in der DDR liegen nur wenige Wochen zurück. Wir schließen uns den Protesten in der Welt an, besonders denen der Europäischen Gemeinschaft. Diese Proteste sind keine Einmischung, sie stützen sich auch nicht allein auf die Schlußakte von Helsinki, sondern auf unsere Verantwortung gegenüber den Menschen- und Bürgerrechten im allgemeinen. Gerade deswegen müssen wir darauf achten, daß wir es uns nicht zu leicht machen. Wir kennen, zum Beispiel, die Brutalität der Apartheid in Südafrika; wir haben noch vor kurzem eingehende Schilderungen gemeiner Folterungen von Schwarzafricanern durch südafrikanische Einheiten. Wir wissen von langen Listen politisch Verfolgter in anderen Staaten Afrikas, in vielen Staaten Lateinamerikas und in einigen Staaten Asiens. Es darf in Fragen der politischen Bürgerrechte keine Einmütigkeit geben.

Was ist nun unsere Verantwortung? Wie soll sich die Bundesrepublik Deutschland zur Problematik politischer, rassistischer und religiöser Verfolgung in der Welt verhalten? Was sind unsere Möglichkeiten und wo sind unsere Grenzen?

Die Geschichte des deutschen Widerstandes kann, so meine ich, helfen, glaubwürdige Antworten auf diese Fragen zu finden. Wir dürfen dabei weder leichtgläubig sein noch kleingläubig; weder ohne Einsicht in die Realitäten der Macht, noch dürfen wir vor der Macht kapitulieren. Wir müssen deutlich sein, aber auch hilfreich. Lassen Sie mich versuchen, meine Antwort in zehn Prinzipien zu geben:

1. Die Bundesrepublik Deutschland vertritt den freien Teil Deutschlands: Dies ist Anspruch und Verpflichtung zugleich. Denn als freier Teil Deutschlands müssen wir jene Traditionen mit einbeziehen, die in der deutschen Geschichte den demokratischen Widerspruch gegen autoritäre und faschistische Macht markierten. In der Verantwortung für diese Traditionen gilt es zunächst, die Gefahren zu erkennen, die im eigenen Lande auf uns lauern.

Der demokratische Widerspruch wurde in der deutschen Geschichte weitgehend von linken Kräften getragen, im 19. Jahrhundert, im Kaiserreich, aber auch in der Weimarer Republik. Wir müssen deswegen Männer und Frauen des demokratischen Widerspruchs allein wegen ihres demokratischen Engagements auch dort in die Tradition der Bundesrepublik Deutschland fest einbeziehen, wo sie in einzelnen politischen Zielen geirrt haben. Das gilt für Rosa Luxemburg ebenso wie für Carl von Ossietzky. Und deswegen schadet eine Kontroverse über die Frage, ob eine deutsche Universität im Jahre 1978 Carl-von-Ossietzky-Universität heißen kann oder nicht, unserem Land. Ich weiß, daß die niedersächsische Kultusverwaltung — übrigens unter Sozialdemokraten und Christdemokraten gleichermaßen — sich der Namensgebung für die Oldenburger Universität nicht wegen der Person Carl von Ossietzky entgegengestellt hat, sondern weil die Studenten die Namensgebung eigenmächtig vorgenommen hatten und man dieser Eigenmächtigkeit aus prinzipiellen Gründen nicht weichen will. Wir gefährden aber die Tradition des demokratischen Widerspruchs in der deutschen Geschichte, wenn wir Carl von Ossietzky die ihm gebührende Ehre wegen einer Machtprobe zwischen Verwaltung und Studenten versagen. Wo Kasernen den Namen Stauffenberg tragen können, muß auch an einer deutschen Universität Platz für den Namen Carl von Ossietzky sein.

Wir müssen darüber hinaus wohl insgesamt die Gefahr wachsender Intoleranz gegenüber Andersdenkenden, insbesondere in der jungen Generation, erkennen. Wer sich auf den Widerstand beruft, muß wissen, daß Widerstand im entscheidenden Augenblick immer nur von Leuten geleistet werden kann, denen die Erziehung jene innere Stärke zur abweichenden Meinung und den Mut zur einsamen Tat verliehen hat. Wir erziehen deswegen eine Jugend nicht im Geist des 20. Juli, wenn wir Duckmäusertum und Anpassung fördern. Diese Bemerkung gilt für Fehlentwicklungen des sogenannten Extremistenerlasses ebenso wie für die Haltung mancher Erzieher und „Chefs“ gegenüber Jugendlichen in Schule, Betrieb und Hochschule.

2. Der deutsche Widerstand richtete sich gegen eine Regierung, die unvorstellbare nationale und internationale Verbrechen gegen die Menschenrechte unternahm durch Krieg, Unterdrückung, Judenvernichtung, Konzentrationslager. Die Bundesrepublik als Erbe der freien und demokratischen Traditionen Deutschlands muß diesem Tatbestand gerecht werden. Das heißt konkret zum Beispiel: Wenn es um die Unterstützung von Organisationen wie *amnesty international*, dem *International Defence and Aid Fund* und ähnlichen Organisationen geht, müssen wir uns dieses Zusammenhanges bewußt sein. Sicherlich, es gibt auch in diesen Organisationen Übertreibungen und Einseitigkeiten. Aber wir müssen dafür sorgen, daß die Bundesrepublik Deutschland im Zweifel auf der richtigen Seite steht — und das ist die Seite jener Organisationen, die politische Unterdrückung

aufdecken und versuchen, dem einzelnen in seiner Verfolgung konkret zu helfen.

Mancher in unserem Lande, und auch in Bonn, muß auch seine Einstellung zu den Anti-Apartheid-Bewegungen überprüfen. Mit diesen Organisationen zu reden, heißt ja nicht, alles zu übernehmen, was sie sagen oder fordern. Aber kein Deutscher, der sich der Nazi-Rassenverfolgung erinnert, darf eine Gelegenheit auslassen, um mehr über Rassendiskriminierung und Möglichkeiten der Hilfe zu erfahren. Anti-Apartheid-Bewegungen, die in anderen Hauptstädten der westlichen Welt akzeptierte Gesprächspartner sind, müssen dies endlich auch in Bonn werden.

3. Wir haben als Deutsche die Verletzung von Menschenrechten am eigenen Leibe gespürt. Wir wissen auch, daß, wer die Menschen- und Bürgerrechte verletzt, selbst seine Menschlichkeit verliert. Menschenrechte werden immer auf beiden Seiten zerstört, beim Opfer und beim Werkzeug. Wir müssen aus dieser Erfahrung schließen, daß eine moralische Unterstützung der Befreiungsorganisationen in allen Teilen Afrikas, in denen Apartheid praktiziert wird, zugleich ein Eintreten für die Unterdrückten und für die mißbrauchten Unterdrücker darstellt. Es darf keinen Zweifel daran geben, wo die Bundesrepublik Deutschland in dieser Frage steht. Parteilnahme für die Befreiungsbewegungen bedeutet nicht Parteilnahme für die Gewalt. Aber Parteilnahme bedeutet, daß wir die Ursachen der Verstrickung verstehen.

4. Für die gerechte Sache einzutreten, birgt die Versuchung der Selbstgerechtigkeit. Wenn wir uns für die Menschenrechte in der Welt einsetzen, müssen wir auf der Hut sein, daß wir dies im Interesse der Verfolgten und nicht etwa im Interesse einer möglichst reinen *eigenen* Weste tun.

Deswegen heißt Klarheit im Grundsätzlichen nicht notwendig, auch ständig lautstarke Erklärungen abzugeben. Diese sind nämlich im allgemeinen eher für den Eigenverbrauch gedacht. Statt dessen müssen wir unsere Arbeit für die politisch Verfolgten so anlegen, daß sie für diese das Beste bewirkt. Und das heißt, daß wir — wohlgemerkt: von einer unmißverständlichen Grundsatzposition aus — unsere pragmatische Arbeit für die Leidenden von Land zu Land unterschiedlich und nur am Erfolg orientiert leisten.

Zu diesem Erfolg gehört auch die Erhaltung eines Klimas der Entspannung und des politischen Gesprächs über die Blöcke hinweg. Der Frieden ist die Voraussetzung für die Verwirklichung der Menschenrechte — der Krieg ihr ärgster Feind. Wer ständig nur das lautstarke Bekenntnis für einige Einzelfälle fordert, kann also am Ende die praktische Arbeit nicht leisten. Die Bundesregierung orientiert sich an diesem Grundsatz, aber nicht alle Parteien befolgen ihn.

5. Wer praktische Arbeit für die Menschenrechte in der Welt tun will, darf sich nicht vor diplomatischen Barrieren fürchten. Die Bundesrepublik Deutschland ist heute stark genug, um es sich leisten zu können, durch ihre Diplomaten und politischen Repräsentanten leise, aber energisch und zielbewußt in Menschenrechtssachen die Einmischung in die inneren Verhältnisse anderer Länder handeln: Menschenrechte sind eine internationale Verantwortung.

Unsere Botschaften sind in diesen Fragen aufrichtig engagiert. Ich will allerdings auch offen bekennen, daß einige unserer Diplomaten (sicherlich in vermeintlicher Erfüllung der Aufgabe, den Beziehungen zwischen dem Gastland und der Bundesrepublik Deutschland zu dienen) hier gelegentlich noch zu zögerlich sind. Insbesondere wirtschaftliche Rücksichtnahmen sind dann nicht am Platze, wenn auf diplomatischen Kanälen ebenso leise wie unmißverständliche Einzelfälle von

Menschenrechtsverletzungen beanstandet werden. Ich glaube, daß in dieser Beziehung auch die Weisungen aus der Bundesregierung selbst noch deutlicher werden können. Und wenn hier oder da einmal eine Mißstimmung eintritt — oder auch ein Auftrag nicht erteilt wird —, so scheint mir dies angesichts der Bedeutung, die die Menschenrechte für uns Deutsche haben müssen, ein tragbares Risiko.

6. Eine praktische Arbeit für die Menschenrechte in der Welt setzt allerdings auch voraus, daß diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zu möglichst allen Ländern der Welt aufrechterhalten bleiben. Wer bei der Verletzung von Menschenrechten den Abbruch von diplomatischen oder wirtschaftlichen Beziehungen fordert, der läuft Gefahr, eine Kapitulation vor der Verletzung der Menschenrechte zu fordern. Denn wo diplomatische Beziehungen nicht bestehen, kann man auch kaum Einfluß auf die Menschenrechtslage in den betreffenden Ländern nehmen.

7. Wenn sich die Bundesrepublik Deutschland für die Menschenrechte in der Welt einsetzt, muß sie offen sein für politische Flüchtlinge.

Die Bundesrepublik tut in dieser Beziehung viel. Die Bundesregierung hat sich vor kurzem zum Beispiel bereit erklärt, mehr als 400 Argentinier aufzunehmen; die meisten westeuropäischen Länder liegen mit ihren Aufnahmequoten weit darunter. Verglichen mit den 43 000 bis 45 000 Verfolgten, die Argentinien von 1933 bis 1945 aus Deutschland aufnahm, bleibt dies dennoch eine kleine Zahl. Im übrigen schneiden wir bei Vergleichen der Aufnahmezahlen von Verfolgten aus anderen Herkunftsländern nicht immer so günstig ab, wie es die argentinischen Zahlen vermuten lassen.

Ein wichtiger Grund hierfür ist, daß wir in unseren Entscheidungen oft noch zu langsam sind. Soweit dabei Bedenken eine Rolle spielen, die aus der finanziellen Belastung der Länder und Gemeinden resultieren, sollte es möglich sein, eine Lösung zu finden. Allerdings neigen die Innenminister, aus verständlichen Gründen der Sicherheitsüberprüfung, dazu, manchmal allzu lange mit der Genehmigung zur Einreise zu zögern. In einigen anderen Staaten geht dies schneller als bei uns. Ferner neigen unsere Behörden noch allzu häufig dazu, die Auskunft anderer Regierungen über die politischen Aktivitäten politisch Verfolgter ungeprüft zu übernehmen. Wir müssen aber aus eigener Erfahrung mit dem Nationalsozialismus daran erinnern, daß politische Häftlinge immer von den jeweiligen Regierungen diffamiert und verketzert werden. Friedliche politische Dissidenten werden zu Terroristen und Gewalttätern gestempelt. Hier müssen wir im Zweifel den Betroffenen, ihren Familien und den internationalen Organisationen glauben und nicht den voreingenommenen Behörden der betreffenden Staaten.

Auch hier sollten wir aus unserer Geschichte lernen. Wie verbittert war mancher deutsche Emigrant der dreißiger Jahre, als er in anderen Staaten auf ebensoiche Sicherheitsbedenken stieß! Unser Prinzip sollte sein, lieber gelegentlich ein Risiko einzugehen, als im Einzelfall die Schuld an einer fortdauernden Verhaftung des politisch Verfolgten auf uns zu laden.

8. Großzügig Asyl zu gewähren, heißt auch: überlegen, in welchem Umfang politische Flüchtlinge in ihrem Gastland politisch tätig sein dürfen. Die Offenheit für die Gewährung politischen Asyls steht in einem wechselseitigen Zusammenhang mit der Großzügigkeit, mit der das Gastland den Asylsuchenden politische Betätigung erlaubt. Die Rechtsordnung des Grundgesetzes ist in dieser Hinsicht außerordentlich liberal. Sollte es sich herausstellen, daß aus diesem Grunde Bedenken gegen eine großzügigere Asylpraxis entstehen, müßte man prüfen, wie die Prioritäten im Interesse der politisch Verfolgten selbst zu setzen sind.

9. Wer Asyl gewährt, hat nicht nur politische, sondern auch soziale Verpflichtungen. Die Fürsorge für politische Flüchtlinge in unserem Land heute ist nur eine geringe Wiedergutmachung für die Fürsorge, die Abertausende von deutschen Emigranten nach 1933 im Ausland erhielten. Damals waren die aufnehmenden Länder weniger wohlhabend als wir heute und manche Länder, wie die Schweiz oder Schweden, noch dazu sehr viel kleiner. Nach 1939 bestand Krieg. Und wer die Emigranten-Literatur ein bißchen kennt, weiß, wieviel moralische Qual damals gerade in der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Flüchtlinge wurzelte. Ich glaube deswegen, daß die Bundesregierung überlegen sollte, ob die Einrichtung einer großzügigen Stiftung den politischen Flüchtlingen in unserem Land dazu verhelfen könnte, ohne unnötige Abhängigkeit und Betteln menschenwürdig zu leben.

10. Vor uns liegt vermutlich eine Zeit, in der die Verletzung der Menschenrechte in der Welt ebenso zunehmen wird wie unsere Verantwortung in dieser Frage. Ich glaube, daß wir in der Bundesregierung für diese Etappe organisatorisch noch nicht gerüstet sind. Mir scheint allerdings, daß wenig Vorteile in der Bestellung eines weiteren Menschenrechtsbeauftragten liegen würden; eher sehe ich hierin die Gefahr, aktive Hilfspraxis mit lautstarken Erklärungen zu verwechseln. Aber wir erfahren in der Bundesregierung oft noch nicht rechtzeitig und eingehend genug von den Fällen, in denen unsere Hilfe gebraucht wird und möglich wäre. Es mag sein, daß ein gefolterter Mensch nur deswegen warten muß, weil wir die Chancen für konkrete Hilfe noch nicht mit Sorgfalt durchdacht und entsprechende Weisungen an unsere Vertreter noch nicht gegeben haben. Hier muß unsere Arbeit verbessert werden.

Der 20. Juli enthält ein menschenrechtliches Vermächtnis, das uns verpflichtet. Ich glaube nicht, daß wir dieser Verpflichtung heute schon voll entsprechen. Wir können sie nicht in Gedenkreden erfüllen, sondern nur in täglicher Arbeit.

Quelle: Klaus von Dohnanyi: Widerstand und Menschenrechte, in: DIE ZEIT, Nr. 31 vom 28. 7. 1979

Dok. G 26

Emigration aus Deutschland 1933—1948

[...]

Die Väter des Grundgesetzes haben das Asylrecht in die Verfassung aufgenommen, weil sie damals noch unter dem unmittelbaren Eindruck der Schreckensherrschaft der Nazis standen.

In der Zeit zwischen 1933 und 1941 haben mehr als 600 000 Deutsche ihr Land als politische Flüchtlinge verlassen müssen. Sie alle waren auf das Asylrecht ihrer Gastländer angewiesen, die zur damaligen Zeit mit dem Deutschen Reich im Kriegszustand waren. Fast 190 000 Bürger unseres Landes sind noch nach dem Krieg bis 1948 aus wirtschaftlichen Gründen ins Ausland gegangen und dort aufgenommen worden.

Es kann und darf deshalb keine Rede davon sein, unser Grundgesetz hinsichtlich des Asylrechtes zu ändern.

Notwendiger dagegen ist es, das neue vereinfachte Verfahrensrecht strikt anzuwenden, um die Aufenthaltszeit in der Bundesrepublik zu verkürzen, in der noch nicht feststeht, ob ein Asylsuchender ein Anrecht auf Asyl hat oder nicht.

[...]

wegen dieser Befürchtung nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als Staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will“.

Diese Begriffsbestimmung umfaßt bei sachgerechtem Verständnis nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts alle denkbaren Fälle politischer Verfolgung und trägt dem Erfordernis weiter Auslegung, das dem Grundrecht auf Asyl nach Entstehungsgeschichte und Zielsetzung Innewohnt, die gebotene Rechnung.

Asylerhebliche politische Verfolgung liegt immer dann vor, wenn dem Asylsuchenden wegen des geltend gemachten Verfolgungsanlasses bei verständiger Würdigung der gesamten Umstände seines Falles mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit aus politischen Gründen in seinem Heimatstaat Verfolgungsmaßnahmen mit Gefahr für Leib und Leben oder Beschränkungen seiner persönlichen Freiheit drohen, so daß ihm nicht zuzumuten ist, im Heimatstaat zu bleiben oder dorthin zurückzukehren. Vielfach befinden sich Asylsuchende in einem gewissen Beweisnotstand insbesondere bei asylbegründeten Vorgängen im Heimatstaat. Hieraus hat die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts hergeleitet, daß ein Asylbewerber asylbegründende Vorgänge im Ausland in der Regel lediglich glaubhaft zu machen hat, während asylbegründende Vorgänge innerhalb der Bundesrepublik Deutschland (sog. „Nachfluchtgründe“) grundsätzlich des Nachweises bedürfen.

Inhalt und Grenzen des Asylrechts

Das Grundrecht auf Asyl hat zunächst einen klar umrissenen unverzichtbaren Kerngehalt. Es verbürgt demjenigen, der vor politischer Verfolgung Schutz sucht, daß er

1. an der Grenze nicht zurückgewiesen wird,
2. nicht in einen möglichen Verfolgerstaat abgeschoben wird, was einschließt, daß er auch in keinen Staat abgeschoben werden darf, in dem die Gefahr der weiteren Abschiebung in einen Verfolgerstaat besteht,
3. nicht ausgeliefert wird, wenn politische Verfolgung droht und auch nach dem Grundsatz der Spezialität kein wirksamer Schutz zu erlangen ist.

Andererseits ist durch das Bundesverwaltungsgericht aber auch klargestellt worden, daß Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 GG keinen absoluten Schutz gegen eine Abschiebung gewährleistet. In der genannten Grundsatzentscheidung stellt das Gericht fest, daß die aus der Genfer Konvention übernommene Regelung des § 14 Abs. 1 Satz 2 AuslG verfassungskonform ist, die die Abschiebung eines politisch Verfolgten auch in einen Verfolgerstaat zuläßt, wenn er „aus schwerwiegenden Gründen als eine Gefahr für die Sicherheit anzusehen ist oder . . . eine Gefahr für die Allgemeinheit bedeutet, weil er wegen eines besonders schweren Verbrechens rechtskräftig verurteilt wurde“.

Mit Rücksicht auf die Einheit der Verfassung und die von ihr geschützte gesamte Wertordnung könne auch das Grundrecht auf Asyl Beschränkungen erfahren. Die Sicherheit von Staat und Allgemeinheit seien Verfassungswerte, die nicht schlechthin hinter dem Recht auf Schutz vor politischer Verfolgung zurückzutreten hätten. § 14 Abs. 1 Satz 2 AuslG sei aber eng auszulegen; seine Anwendung könne immer nur als „ultima ratio“ in Betracht kommen. [. . .]

Das Bundesverwaltungsgericht hat in einer Entscheidung vom 19. September 1978 — 1 B 303.78 — (DÖV 1979, 296) auch klargestellt, daß das Asylrecht des Artikels 16 Abs. 2 Satz 2 GG dem Schutz der politisch Verfolgten in dem oben

umschriebenen Sinne dient, nicht aber die Aufgabe hat, vor allgemeinen Unglücksfolgen zu bewahren, die aus Krieg, Bürgerkrieg, Revolution und sonstigen Unruhen hervorgehen. Soweit Schutz und Hilfe vor solchen Unglücksfolgen geboten erscheinen, seien sie auf anderen Wegen zu gewähren. Auf die Beantwortung der Frage 8 wird in diesem Zusammenhang hingewiesen. [. . .]

4. Wie läuft ein „normales“ Asylverfahren ab?

Einleitung des Asylverfahrens

Das Asylverfahren beginnt — wie in der Antwort auf Frage 3. bereits ausgeführt — in den meisten Fällen mit der Stellung eines Asylantrags bei einer Ausländerbehörde. Nur ein geringer Prozentsatz der Asylanträge (etwa 1 bis 2 v. H.) wird schon unmittelbar nach der Einreise bei den Grenzbehörden gestellt. Von der Ausländerbehörde bzw. der Grenzbehörde ist eine Niederschrift aufzunehmen, die die wesentlichen Angaben des Antragstellers zu seinem Asylbegehren (insbesondere die Gründe für das Verlassen des Heimatstaates) enthält. Die Länder sind Anfang 1979 vom Bundesminister des Innern gebeten worden, einer Empfehlung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen zu folgen und den Asylbewerbern, falls erforderlich, Dolmetscher zur Verfügung zu stellen. Dem Asylbewerber ist ferner Gelegenheit zu einer schriftlichen Äußerung in der von ihm gewählten Sprache zu geben.

Die Niederschrift über das Asylbegehren wird zusammen mit den überreichten Schriftstücken dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf übersandt. Nach Eingang des Asylantrags findet dort zunächst das in der Antwort auf Frage 3. beschriebene Verteilungsverfahren statt. Sobald feststeht, welchem Bundesland ein Asylbewerber zugeteilt ist, wird von den zuständigen Landesbehörden die Entscheidung über den weiteren Aufenthalt innerhalb des Bundeslandes während des Asylverfahrens getroffen.

Das eigentliche Asylverfahren vor dem Bundesamt Vorprüfung

Nach der Zuteilung des Asylbewerbers an ein Bundesland wird zunächst der dem Asylantrag zugrunde liegende Sachverhalt in einer Vorprüfung geklärt (§ 29 Abs. 2 AuslG). Der Asylbewerber erhält dabei Gelegenheit, sein Vorbringen zu ergänzen und zu konkretisieren. Anhörungen im Rahmen der Vorprüfung werden grundsätzlich in der Heimatsprache des Asylbewerbers unter Heranziehung eines Dolmetschers durchgeführt. Das Ergebnis der Anhörung wird in einer Niederschrift festgehalten.

Verfahren vor dem Anerkennungsausschuß

Nach Abschluß der Vorprüfung wird der Asylantrag dem zuständigen Anerkennungsausschuß zugeleitet. Maßgeblich ist dabei der vom Leiter des Bundesamtes festgelegte Geschäftsverteilungsplan. Die Anerkennungsausschüsse setzen sich aus einem Vorsitzenden (mit Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst) und zwei Beisitzern zusammen. Sie entscheiden weisungsunabhängig mit Mehrheit. Soweit es zur Aufklärung des Sachverhalts erforderlich ist, erheben die Ausschüsse Beweise (Anhörung des Asylbewerbers, Auskünfte von Instituten oder Behörden, Beiziehung von Dokumenten). Die Entscheidung geht schriftlich nach einer Verhandlung in nichtöffentlicher Sitzung. Der mit der Rechtsmittelbelehrung versehene Bescheid wird dem Antragsteller über die Ausländerbehörde bzw. seinen Verfahrensbevollmächtigten zugestellt.

Das Gerichtsverfahren

Gegen die Ablehnung eines Asylantrags durch das Bundesamt kann ein Asylbewerber Klage zum Verwaltungsgericht erheben. Bestätigt das Verwaltungsgericht die Entscheidung des Bundesamtes, so kann gegen diese Entscheidung Berufung zum Oberverwaltungsgericht eingelegt werden. Die Berufung ist jedoch ausgeschlossen, wenn das Verwaltungsgericht eine Klage einstimmig als offensichtlich unbegründet abgewiesen hat (vgl. Antwort auf Frage 2.). In einem solchen Fall kann (ebenso wie gegen die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts) Revision bzw. im Falle der Nichtzulassung der Revision Beschwerde zum Bundesverwaltungsgericht eingelegt werden.

5. Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung bisher mit Versuchen, das Asylrecht zu mißbrauchen, gemacht? Gibt es Hinweise auf berufsmäßigen Menschenschmuggel?

Mißbrauch des Asylverfahrens

Aus der Antwort auf Frage 6. ist ersichtlich, daß der Prozentsatz der Ausländer, die vom Bundesamt als Asylberechtigte anerkannt werden, seit 1970 von etwa 60 v. H. auf derzeit etwa 10 v. H. gesunken ist. Die Zahl der Asylbewerber ist vor allem in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. Hieraus ergibt sich, daß es der weitaus überwiegenden Zahl der Asylbewerber lediglich darauf ankommt, das Asylverfahren dafür auszunutzen, einen aus wirtschaftlichen Gründen gewünschten Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland zu erwirken.

Einschleusungen von Asylbewerbern

Einer der Hauptgründe für den zunehmenden Mißbrauch des Asylverfahrens zur Umgehung der Einreisebestimmungen muß darin gesehen werden, daß Ausländer in ihren Heimatstaaten — oft unter Vorspiegelung falscher Tatsachen — von Schleppern oder Schieberorganisationen in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust werden.

Den Grenzpolizeibehörden liegen zahlreiche Hinweise auf derartige gewerbsmäßig durchgeführte Einschleusungen aus der Türkei, Ghana, Pakistan, Indien, Bangladesch und Sri Lanka vor. Diese werden sowohl von Einzelpersonen als auch von Schleuserorganisationen betrieben, die in den jeweiligen Heimatstaaten, in der Bundesrepublik Deutschland und besonders im europäischen Ausland operieren. Es kann davon ausgegangen werden, daß zumindest in Rom, Mailand und Paris und in den Grenzgebieten Belgiens, Frankreichs, der Schweiz und Österreich Organisationen tätig sind. In der Bundesrepublik Deutschland liegen Schwerpunkte in den Ballungsgebieten Hamburg, Köln, Frankfurt a. M. und Berlin.

Bei der Grenzschutzdirektion Koblenz wurde 1976 eine „Zentralstelle zur Bekämpfung der unerlaubten Einreise von Ausländern“ gebildet, die deutsche und ausländische Staatsangehörige erfaßt, die verdächtig sind, bei Schleusungen mitzuwirken oder mitgewirkt zu haben. Den zuständigen Strafverfolgungsbehörden wurden in mindestens 250 Fällen durch Übersendung von Hinweisen gegen Personen wegen Beihilfe zum unerlaubten Grenzübertritt Ermittlungsansätze gegeben.

Zusammenarbeit von Schleusern und Rechtsanwälten

Zur Zeit sind eine Reihe von ehrengerichtlichen Verfahren gegen Rechtsanwälte anhängig, denen Verletzungen der Berufspflichten im Zusammenhang mit der Vertretung von Asylbewerbern vorgeworfen wird. Unter anderem sollen sie sich z. B. Asylbewerber als Klienten von Schlepperorganisationen haben zuführen

lassen. Straftaten sind Rechtsanwälten dabei regelmäßig nicht nachzuweisen, da sie an der Einschleusung unmittelbar nicht beteiligt sind. Im April 1979 wurde in einem ehrengerichtlichen Verfahren gegen einen Rechtsanwalt in Berlin ein Vertretungsverbot in Verwaltungsrechtssachen von zwei Jahren verhängt. Die Bundesländer wirken in Fällen, in denen ein hinreichender Verdacht vorliegt, auf die Einleitung und den beschleunigten Abschluß von Ehrengerichtsverfahren gegen Rechtsanwälte hin. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge unterstützt die Länder durch Mitteilung einschlägiger Erkenntnisse.

6. Wieviel Anträge auf Anerkennung als Asylberechtigte sind in den letzten zehn Jahren — nach Jahren aufgeschlüsselt — gestellt worden, und wieviel wurden davon vom Anerkennungsausschuß abgewiesen? Wie hoch ist die Zahl derjenigen, die im Rechtswege Erfolg hatten? Weshalb kamen die Gerichte zu einer anderen Beurteilung?

Zahl der beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge registrierten Asylanträge

Jahr	Fälle	mit Personen
1970	6 423	8 645
1971	4 302	5 388
1972	4 521	5 289
1973	4 792	5 595
1974	8 183	9 424
1975	8 230	9 627
1976	8 854	11 123
1977	13 859	16 410
1978	28 223	33 136
1979	41 953	51 493
1980 (bis 30. April)	43 419	48 862

Zahl der von den Anerkennungsausschüssen abgewiesenen Asylanträge
Um ein genaues Bild über die Entscheidungspraxis der Anerkennungsausschüsse des Bundesamtes zu gewinnen, muß die Zahl der ablehnenden Entscheidungen mit der Gesamtzahl der von den Anerkennungsausschüssen getroffenen Entscheidungen in Vergleich gesetzt werden. Dann ergibt sich folgendes Verhältnis:

Zahl der von den Anerkennungsausschüssen abgewiesenen Asylanträge

Jahr	Anerkennungen		Ablehnungen		Einstellungen	
	Fälle	mit Personen	Fälle	mit Personen	Fälle	mit Personen
1970	2 203	3 488	762	1 027	805	1 087
1971	3 591	5 530	1 608	1 812	1 381	1 773
1972	1 796	2 464	2 009	2 275	970	1 141
1973	1 444	1 862	1 537	1 709	1 081	1 157
1974	2 993	3 961	4 351	4 683	1 540	1 715
1975	2 091	2 764	4 642	4 985	1 471	1 629
1976	1 883	2 530	6 052	6 550	892	1 047
1977	1 133	1 689	7 021	8 764	1 025	1 341
1978	1 257	1 838	10 165	11 838	1 569	1 746
1979	3 431	5 899	22 389	25 827	3 497	3 966

Zahl der erfolgreichen Rechtsmittel bei den Verwaltungsgerichten

Jahr	Verwaltungsgericht		Verwaltungsgerichtshof		Bundesverwaltungsgericht	
	Fälle	mit Personen	Fälle	mit Personen	Fälle	mit Personen
1970	28	46	—	—	2	2
1971	29	50	1	1	—	—
1972	56	74	12	20	3	4
1973	16	23	3	3	—	—
1974	9	9	2	2	—	—
1975	6	6	3	6	2	2
1976	10	10	8	13	—	—
1977	39	45	—	—	—	—
1978	96	111	11	12	1	1
1979	188	239	23	23	2	3

Danach wurden in den Jahren 1970 bis 1979 in 550 Fällen Entscheidungen im Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge von den Gerichten aufgehoben. In diesem Zeitraum ergingen andererseits rund 18 000 Entscheidungen der Gerichte, durch die Entscheidungen des Bundesamtes durch die Gerichte bestätigt wurden. Eine genaue Analyse der Gründe, die zur Aufhebung von Entscheidungen des Bundesamtes durch die Gerichte führten, läßt sich nicht durchführen. Als Hauptgründe werden vom Bundesamt tatsächliche Veränderungen des vorgetragenen Sachverhalts sowie höchstrichterliche Grundsatzentscheidungen (z. B. zur Frage der drohenden Bestrafung wegen „Republikflucht“ als Asylgrund) angegeben. [. . .]

Quelle: Asylrecht: Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und FDP, Drucksache 8/4278 des Deutschen Bundestages v. 20. 6. 1980

Dok. G 28

Rechtsextremistische Aktionen

Aktionen und Ausschreitungen

Seit 1974 nehmen Aktivitäten und Ausschreitungen mit neonazistischem Hintergrund ständig zu. 136 Ausschreitungen im Jahr 1974 stehen bereits 1533 im Jahr 1980 gegenüber, wobei die statistische Erhebung für den Zeitraum 1980 noch nicht abgeschlossen ist.

1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
136	206	319	616	992	1 483	1 533

Besonders in den letzten Jahren ist ein starker Anstieg dieser Fälle zu beobachten. Sie reichen von Hakenkreuzschmierereien an Synagogen und jüdischen Friedhöfen und KZ-Gedenkstätten über Raubüberfälle auf Militärdepots, Banken und Privatpersonen bis hin zu offenen terroristischen Aktionen wie der Sprengstoffanschlag während des Münchener Oktoberfestes 1980. Bei all diesen Aktionen werden — auch bei Raubüberfällen — im Konfliktfall Tote bewußt einkalkuliert.

Der Anteil der Gewalttaten an neonazistischen Ausschreitungen ist in den letzten Jahren ebenfalls kontinuierlich angestiegen. Für das Jahr 1980 wurden bisher 104 Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund registriert (1978: 52, 1979: 97). Hierzu zählen 7 spektakuläre Sprengstoff- bzw. Brandflaschenanschläge der „Deutschen Aktionsgruppen“ des Rechtsanwalts Röder und anderer auf Ausländerwohnheime (2 Tote, 2 Verletzte). Der Anschlag auf der Theresienwiese in München forderte 13 Todesopfer und über 200 Verletzte.

Quelle: Argumentationsvorlage zum Thema Rechtsradikalismus, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der verfolgten Sozialdemokraten (AVS) Bonn 1981, F 1

Dok. G 29

Attraktivität des Rechtsextremismus bei Jugendlichen

Zur Attraktivität rechtsextremistischer neonazistischer Organisationen bei Jugendlichen

- Sie knüpfen an die Unzufriedenheit vieler Jugendlichen über Ihre Situation in Familie, Schule, Gesellschaft an. Sprechen Ihre Bedürfnisse und Interessen, geben sich kämpferisch, jung, dynamisch, entschlossen im Kampf für neue Ideen, neue Lösungen, eine bessere Zukunft.
- Kameradschaft, Disziplin, Gehorsam sind Schlüsselbegriffe im Selbstverständnis dieser Gruppen. Mit Ihnen kommen die Gruppen den Wünschen zahlreicher Jugendlicher nach Orientierung, Geborgenheit, sinnvoller Betätigung und einer idealistischen Lebenseinstellung entgegen.
- Kameradschaft, Disziplin, Unterordnung, Einsatzbereitschaft und Zuverlässigkeit sind auch die Verhaltensweisen, mit denen sich die Jugendlichen von der „abgefreakten“, „down-gepushten“, „ultrapeacefulen“ „Marx- und Coca-Cola-Generation“ der Gleichaltrigen distanzieren. Mit ihrer Resignation und Lässigkeit, ihrer Abhängigkeit von Nikotin, Alkohol und Rauschgift wollen sie nichts zu tun haben. Auch nichts mit „linker intellektueller Arroganz“. Gegen die Blue-Jeans setzen sie ihre Ledermontur, gegen die „weiche Welle“ (make love not war) Ihre Ästhetik der Härte.
- In den rechtsradikalen Gruppen sehen viele Jugendliche die Möglichkeit sinnvoller Betätigung, machen sie die Erfahrung, daß sie gebraucht werden, daß man sich persönlich um sie kümmert und sie akzeptiert. Sie können sich mit Vorbildern identifizieren, erfahren Kameradschaft und leiden nicht unter der schrittweisen Aufgabe Ihrer Individualität.
- Zu den Voraussetzungen des Erfolgs bei den Jugendlichen zählt die Tatsache, daß die Organisationen ein breites Angebot an vielfältigen Möglichkeiten für Mitarbeit und Engagement bereitstellen. Für die 7—14-Jährigen gibt es pfadfinderische Angebote (BHG und Wiking-Jugend), wer Härte training und Kampf will, geht zu den Wehrsportgruppen, wer Politik wünscht, zu den „Jungen Nationaldemokraten“.
- Diskussion, Aktion und Emotion, politische Indoktrination, persönliche Gespräche und praktische Lebenshilfe werden angeboten.
- Verstärkend wirkt sich auch die Erfahrung aus, daß die zu Hause geschätzten Normen und Verhaltensweisen wie z. B. Pünktlichkeit, Ordnung, Sauberkeit mit ideologischer Sinngebung gefüllt werden. Es kommt dem Jugendlichen entgegen, den Staat zwar ändern zu wollen, sich selbst aber nicht ändern zu müssen. Viele der Jugendlichen haben es als für sich zu anstrengend erfahren.

ren, nicht nur alternative Politik zu machen, sondern auch alternative Lebensformen zu entwickeln.

Quelle: Argumentationsvorlage zum Thema Rechtsradikalismus, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der verfolgten Sozialdemokraten (AVS) Bonn 1981, H 3 f

Dok. G 30

Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland (SINUS-Studie)

Das Hauptergebnis dieser Untersuchung, die in der Zeit vom 17. Oktober 1979 bis 25. Februar 1980 mit insgesamt 6 968 Interviews durchgeführt wurde, ist: Insgesamt 13 Prozent der Wahlbevölkerung haben ein ideologisch geschlossenes rechtsextrêmes Weltbild, dessen Hauptstützen ein nationalsozialistisches Geschichtsbild, Haß auf Fremdgruppen, Demokratie und Pluralismus sowie eine übersteigerte Verehrung von Volk, Vaterland und Familie sind.

Fast die Hälfte der 13 Prozent rechtsextrem Eingestellten akzeptiert gewaltsamen Protest. Dies bedeutet, daß rund 6 Prozent der Wahlbevölkerung politisch rechts motivierte Gewalt bis hin zur terroristischen Gewalt gegen Menschen billigen. Sie stellen ein hohes Sympathiepotential für rechtsterroristische Tätergruppen dar. Für die empirische Auswertung wurden fünf Faktoren gebündelt, die die ideologischen Fremdmuster der extremen Rechten beschreiben (vgl. S. 65 ff.):

1. „Das reaktionäre Menschenbild, Haß und Abneigung gegen alles Andersartige kann als inhaltliches Rückgrat des rechtsextremen Weltbildes verstanden werden.“
2. Die Bedrohung des deutschen Volkes, der Rasse, der eigenen Identität wird heute in der Regel an ausländischen Mitbürgern festgemacht.
3. Harmoniestreben und Antipluralismus machen die Unzufriedenheit mit der Verfassung der BRD und die Neigung zum Führerstaat deutlich.
4. Die übersteigerte, krankhafte Wertschätzung von Volk, Vaterland und Familie ist auf das Harmoniestreben und Geborgenheitssehnsüchte zurückzuführen.
5. Der „Siegfried-Komplex“ der deutsche aufrechte Recke, der von bösen Feinden bedroht ist. Die Feindbilder des Nationalsozialismus (Linke Intelligenz, Sozialisten, Kommunisten, Freimaurer, Juden, das Ausland) sind für die heutigen Rechtsextremen immer noch gültig.

Soziale Struktur des rechtsextremen Potentials

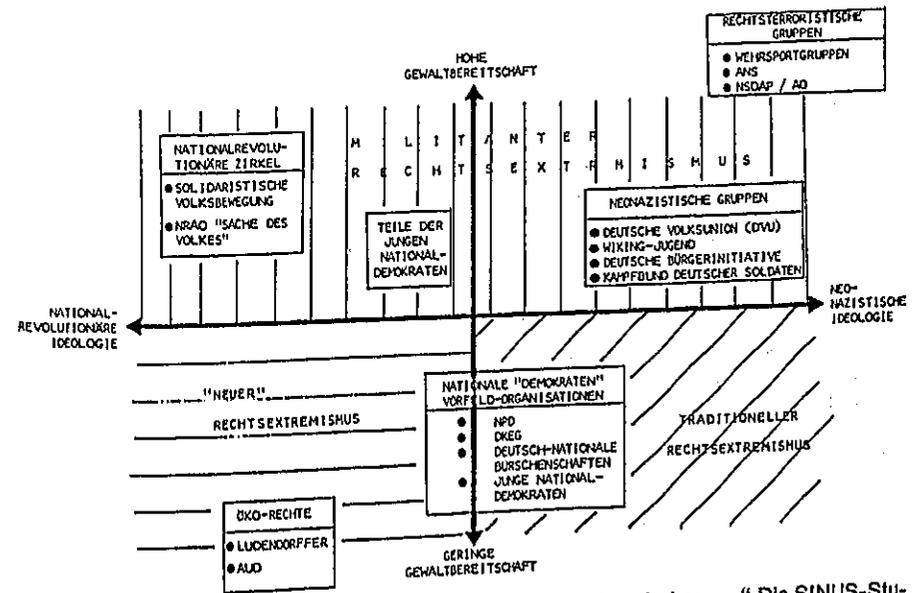
Der Anteil der

- Jugendlichen (8 Prozent der Wahlbevölkerung 18—21jährige) liegt bei Rechtsextremen bei 4 Prozent. Sie sind also besser als ihr Ruf, während sich bei den Älteren ab 55 in der Altersstruktur der Rechtsextremismus ein deutliches Übergewicht zeigt. Generell läßt sich sagen, daß alle Altersgruppen unter 40 Jahren überdurchschnittlich resistent gegenüber rechtsextremer Ideologie sind.
- Frauen sind für Rechtsextremismus ebenso anfällig wie Männer
- Landwirte, Selbständige und Personen ohne Berufsausbildung sind anfälliger als andere Berufsgruppen.
- Gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer neigen in wesentlich geringerem Umfang zum Rechtsextremismus als andere Gruppen.
- Katholiken und Protestanten sind gleichermaßen betroffen.

Autoritäre Tendenzen bei politisch nicht extremistischen Bevölkerungsschichten
 „Führerkult, Militarismus, die Verehrung der nationalsozialistischen Herrschaft und die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie finden außerhalb des rechtsextremen Einstellungspotentials von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik kein Echo“ (S. 92 im Original hervorgehoben). Dennoch werden autoritäre Einstellungen von 37 Prozent der Wahlbevölkerung akzeptiert.

Allerdings läßt die Untersuchung den Schluß zu, daß rechtsextreme Propaganda bei nichtextremistischen Wählerschichten am ehesten erfolgreich sein könnte, wenn sie bei den Grundstimmungen des Bedrohtseins, der Verlorenheit und Machtlosigkeit ansetzen würde. „Ausnutzen können Rechtsextreme auch die Sehnsüchte nach nationaler Identität und einer von Industriegesellschaftlichen Konflikten befreiten ‚hellen Welt‘.“ (S. 94)

RECHTSEXTREME POLITISCHE EINSTELLUNGEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
 IDEOLOGISCHES SPEKTRUM DES ORGANISIERTEN RECHTSEXTREMISMUS



Quelle: 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben ...“ Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. Mit einem Vorwort von Martin Greiffenhagen, Reinbek 1981 (rororo aktuell 4929).

Bekämpfung des Neonazismus

Was jeder tun kann

Anzeigen

Wenn auf Flohmärkten, in Antiquitätengeschäften, auf Ausstellungen NS-Propaganda angeboten wird, nimmt jeder Polizist eine Anzeige entgegen. Wenn bei Versammlungen strafbares NS-Material verteilt wird, kann die Veranstaltung nach § 5 des Versammlungsgesetzes verboten werden.

Aufklären

Wichtiger ist es jedoch, über Ursachen, Wirkung und Geschichte des Rechtsradikalismus aufzuklären. 1. Beispiel: Als in Unna Neo-Nazis aktiv wurden, weil die NPD auf einem Bauernhof ein Schulungszentrum aufbaute, gab der SPD-Unterbezirk eine Broschüre heraus, in der über die Gefahr aufgeklärt wurde. 30 000 Exemplare wurden an die Haushalte verteilt. Interessenten können die Broschüre beziehen bei: SPD-Unterbezirk Unna, Untere Husemannstraße 50, 4750 Unna. 2. Beispiel: Als in Nassau (Lahn) auch in diesem Jahr ehemalige Angehörige der Waffen-SS-Division „Leibstandarte Adolf Hitler“ ihr Pfingsttreffen durchführten, organisierte die SPD eine Gegendemonstration, auf der über die Tradition, die dort beschworen wurde, informiert wurde. Bei derartigen Veranstaltungen können die Ortsvereine oft auf die Erfahrung älterer Genossen zurückgreifen, die den Nazi-Terror am eigenen Leib erlebt haben. 3. Beispiel: Als in Hannover die Aktivitäten der Neo-Nazis erschreckend zunahmen, als jüdische Mitbürger verhöhnt und eingeschüchert wurden, führte die SPD gemeinsam mit dem DGB und der jüdischen Gemeinde eine Aufklärungsveranstaltung durch.

Abwehren

Als sich in Mittelfranken rechtsradikale Aktivitäten häuften, jüdische Gebäude mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert wurden, die Staatsanwaltschaft es aber ablehnte, gegen die namentlich bekannten Initiatoren vorzugehen, rief der SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Haase ein Bürgerkomitee zur Abwehr neonazistischer Umtriebe ins Leben. Vertreter der FDP, der Gewerkschaften und der jüdischen Gemeinde — nicht aber der CSU — beteiligten sich. Ziel des Komitees: Bessere Information über die NS-Zeit, Aktivierung der Öffentlichkeit gegen rechtsradikale Tendenzen.

Quelle: Sozialdemokratmagazin (hrsg. v. SPD-Partei Vorstand), Heft 7 1980, S. 10